

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,50 Mk. monatl. 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die hochgelobte Kolonial-
gehe über deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Breiten-

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.M. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Februar 1911.

Expedition: S.M. 68, Lindenstrasse 69-
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Imperialismus und Militarismus
in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der „imperialistische Aufschwung“, den Oesterreich-
Ungarn mit der glorreichen Annexion erlitten hat, präferiert
nur seine Rechnung, und die Rechnung endet wie alle solche
Abenteuer mit wahnwitzigen Rüstungen. Nicht weniger als
eine halbe Milliarde Kronen wird in diesem Jahre von den
Delegationen als „ordenliches Militärerfordernis“ begehrt,

Dem Wahnsinn dieser Rüstungen fehlt sogar die Rechtfertigung,
auf die sich anders gelegene und anders gelagerte
Staaten, wenngleich natürlich auch zu Unrecht, berufen
können. Oesterreich-Ungarn macht die Mode der Dread-

auch keine Zügel an. Wohl steht es um den österreichischen
Imperialismus so, daß er etwa in einer Volksabstimmung
die entschiedenste Ablehnung gewärtigen müßte, und daß,
wenn es möglich wäre, darüber, ob die Dreadnoughts gebaut
werden sollen, das Urteil der Wähler anzurufen, für die
Marinerüstungen nicht ein Heller zur Verfügung stünde.

Es ist das Ferdinandische Zeitalter, das in diesen
Rüstungen seine Schatten vorauswirft. Der unruhvolle Geist,
der zu den militärischen Forderungen führt und die Groß-

Der Reichskanzler beim Festmahl des
Landwirtschaftsrats.

Seit vielen Jahren gehört es zum guten Brauch, daß der
Reichskanzler beim Festmahl des Deutschen Landwirtschafts-
rats eine Dinerrede hält und den anwesenden Vertretern der
notleidenden Landwirtschaft versichert, daß er ein agrarischer
Reichskanzler sei, der für alle Wünsche der Landwirtschaft,

Was der Kanzler redete, war, trotzdem er die Rede schön
einstudiert hatte, nicht neu. Humor und seine Satire besitz
der fürste Kanzler nicht; und um die Originalität seiner
Gedanken ist es auch sehr mäßig bestellt. Ueberdies was läßt
sich über das alte abgedroschene Thema: „Mein Herz ge-

Nach dem Bericht des Wolffschen Bureaus lauten die
wichtigsten Teile der Dinerrede des Kanzlers:

Ich bin dem Herrn Grafen v. Schwerin ganz besonders
dankbar für das unumwundene Anerkenntnis, daß die Preise
einzelner Fleischsorten im vorigen Jahre eine ungelände Höhe
erreicht hatten, die weite Schichten des Volkes in bedauerlicher
Weise belästete.

begonnen, wenn ich diese Frage unbedingt bejahe, und wenn ich es
zugleich als eine wirtschaftlich und politisch überaus ernste Pflicht
unserer Landwirtschaft bezeichne, diese Aufgabe mit allen ihr zu-

Über sie muß es auch. Unsere Wirtschaftspolitik hat nicht nur
den Schutz der nationalen Arbeit im Auge. Sie basiert zugleich
auf dem Willen und der Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft,

In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monats-
hefte“ kommt auch ein sozialdemokratischer Schriftsteller auf
Grund einer unbefangenen und, wie mir scheint, sachkundigen
Vereinsführung zu dem Schluss, daß für Deutschland diejenige
Agrarpolitik die richtige sei, welche die inländische Fleisch-

In seiner Kaisergeburtstagsrede hat der Graf Schwerin daran
erinnert, daß die 17 Millionen Deutschen, um die das Reich seit dem
Regierungsantritt des Kaisers zugenommen hat, im eigenen
Landes Nahrung und Unterkunft gefunden haben. Bei einem solchen

Die wirtschaftliche und soziale und damit die allgemein-staat-
liche Bedeutung solcher Unternehmungen kann nicht hoch genug ver-
anschlagt werden. (Zustimmung.) Es genügt nicht, mit einem mis-
günstigen Seitenblick auf die Städte über die Entvölkerung des

Begnadigt wider Willen.

New York, 2. Februar. (Fig. Ver.) Genosse Frederick
Warren, Redakteur des weitverbreiteten sozialistischen
Wochenblattes „Appeal to Reason“, der vom Bundesrichter
Pollock wegen Mißbrauchs der Post zu sechs Monaten Gefängnis

Die Begnadigung erfolgte ohne Zutun des Verurteilten und entspricht durchaus nicht dessen Wünschen. Womit indessen nicht gesagt sein soll, daß Genosse Warren sich schuldig fühlt und seine Schuld sühnen möchte. Vielmehr sucht Laft durch seinen Akt der aus der Verurteilung Warrens resultierenden lebhaften Protestbewegung gegen die niederträchtige Klassenjustiz und das Wesen mit zweierlei Maß den Boden zu entziehen und gleichzeitig in einer hinterlistigen Form der sozialistischen Bewegung ein auszuweichen und in abfälliger Weise die sogenannte Straftat Warrens zu glorifizieren.

Worin bestand das „Verbrechen“ Warrens und welche Motive hatten ihn dazu veranlaßt? Im Jahre 1904 waren die Genossen Haywood, Mayer und Pettibone, die Führer der Western Federation of Miners (Bergarbeiterverband des Westens) in Verbindung mit dem Attentat auf den Gouverneur Steunenberg von Idaho im Staate Colorado verhaftet und sofort im Widerpruch mit der Verfassung, ohne Auslieferungsverfahren bei Nacht und Nebel nach Idaho geschleppt und dort ins Gefängnis gemorfen worden. Dieser Gewaltakt wurde von dem seitens der Verhafteten angeordneten Oberbundesgericht auf Verreiben des damaligen Präsidenten Roosevelt durchaus sanktioniert; nur ein Richter des Kollegiums, McKenna mit Namen, hatte Mut genug, Roosevelt zu trohen und in einer Minoritätsentscheidung den Transport der Arbeiter als das zu bezeichnen was er war: Menschenraub.

Um nun festzustellen, ob nur dann verbriefte Rechte verletzt werden dürfen, wenn es sich um Arbeiter handelt, die, wie der Ausgang des Prozesses gezeigt hat, obendrein unschuldig waren, setzte Genosse Warren einen Preis auf die Gefangennahme des Justizflüchtling Exgouverneur Taylor von Kentucky und dessen Auslieferung nach Kentucky aus. Taylor war in dem an seinem politischen Gegner, Gouverneur Goebel von Kentucky, begangenen Reuchelmord verwickelt. Seiner Prozessierung hatte sich Taylor durch die Flucht in einen Nachbarstaat entzogen. Sein Aufenthalt war allgemein bekannt, aber man lieferte ihn nicht aus, weil er im hohen Rate der republikanischen Partei eine große Rolle spielte. Aber warum gegen Taylor nicht das vom Oberbundesgericht im Falle Haywood gebilligte Verfahren anwenden? Warren erließ deshalb im „Appeal to Reason“ die folgende Notiz:

Tausend Dollar Belohnung. Der „Appeal to Reason“ wird 1000 Dollar in Gold demjenigen oder demjenigen zahlen, die den Exgouverneur Taylor abfangen und den Staatsbehörden in Kentucky übergeben, wo er unter der Beschuldigung, Goebel ermordet zu haben, verfolgt wird.

Die gleiche Bekanntmachung ließ Warren auf die Vorderseite der vom „Appeal to Reason“ benutzten Briefumschläge drucken, nachdem ihn der Postmeister in Girard, Kansas, dem Erscheinungsorte des Blattes, versichert hatte, daß diese Aufforderung einwandfrei sei und nicht gegen die Postgesetze verstöße. Aber dennoch brachte ihm die Aufschrift eine Anklage wegen Verletzung der Post zur Herabsetzung des Charakters und zur Verbreitung einer Drohung ein, und bei dem Prozeß vor dem Bundeskreisgericht wurde Warren vom Richter Pollock zu sechs Monaten Gefängnis und 1500 Dollar Geldbuße verurteilt, und die angerufene Appellinstanz bestätigte das Urteil.

Aber damit waren Warren und der „Appeal to Reason“ nicht zum Schweigen gebracht, vielmehr entfaltete jetzt die gesamte sozialistische Presse und die Partei eine ungemein lebhafteste Protestbewegung gegen das Massenurteil, welcher sich auch die Genossenschaften angeschlossen. Die Bewegung nahm einen derartigen Umfang an, daß man darob selbst in Washington bedenklich wurde. Und als kürzlich Genosse Warren seine Gefängnisstrafe antreten wollte, wurde ihm bedeutet, auf ausdrücklichen Wunsch aus Washington dürfe man ihn nicht aufnehmen. Zwei Tage später erfolgte die Begnadigung, obwohl Warren, wie Präsident Laft bemerkt, zweifellos schuldig ist. Laft fährt dann fort:

„Das Gericht hat (bei der Strafmaßbestimmung) nicht das Beweismaterial dieses Falles allein in Betracht gezogen, und ist zur Ueberzeugung gekommen, daß Warren der Herausgeber und Redakteur einer Zeitung ist, die durch heftige und greifbar grundlose Anschuldigungen einen Kreuzzug führt gegen Staat und Gesellschaft.“

Nach diesem offenen Eingeständnis des Präsidenten, daß für das Gericht die sozialistische Gefinnung des Angeklagten maßgebend war, führt Laft weiter aus, es sei sehr verkehrt, Warren ein Martyrium zu verschaffen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich als das Opfer eines Vorurteils des Richters hinzustellen. Strenge mit ihm zu verfahren, sei um so weniger angebracht, weil kein vernünftiger Mensch seine wüsten und verschrobenen Scharbeieren ernst nehme und seine Artikel sich ohnedies selbst richten. Deshalb begnadige er ihn.

Aber dieser Gnademakt ist keineswegs geeignet, die bittere Ungerechtigkeit, die dem Falle Warren zugrunde liegt, vergessen zu machen. Und wenn Laft glaubt, der sozialistischen Agitation gegen die Klassenjustiz, die täglich neue Orgien feigt, einen Niesel vorschreiben zu können, ist er erst recht im Irrtum befangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar 1911.

Die Zustände auf den Marinewerften.

Aus dem Reichstag, 16. Februar. Der eigentliche Marinestat wurde heute in zweiter Lesung zu Ende beraten. Zunächst kam es zur namentlichen Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Sicherung der Arbeiterinteressen bei der Vergebung von Marine-Lieferungen. Er wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Ebenso wurden dann zwei gleichartige Zentrumsanträge angenommen.

Wiederum kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Zustände auf den Marinewerften, die Genosse Severing auf Grund eigener Nachforschungen einer gründlichen Kritik unterzog. Er konnte dabei Beweise dafür erbringen, daß auch jetzt noch, trotz einer gewissen Besserung, doch nicht die Mißstände aus der Welt geschafft sind, die zu dem großen Skandalprozeß in Kiel geführt haben. Aber auch darüber ließ er keinen Zweifel, daß die Arbeiter noch über schwere Benachteiligungen bei der Lohnfestsetzung zu klagen haben. Was es mit der sozialen Wohlfahrtspflege auf sich hat, zeigte er an der Erfahrung, die ein mehr als sechzigjähriger Arbeiterwalde gemacht hat, als er, in Not geraten, zu einer kaiserlichen Pension eine Zusage aus der Marinewerftunterstützungskasse erbat. Ihm wurde eine monatliche Unterstützung von 55 Pfennigen gewährt. Diese überwältigende Freigebigkeit muß solche dauernde Fremdengefühle in dem Manne ausgelöst haben, daß er gegen Ungleichheit ein für allemal geseit ist.

Dem Marineminister nahmen zwei Flottenpatrioten, Weber (natl.) und Erzberger (Z.), die Laft der Verteidigung mit glühendem Eifer ab. Sie sind nämlich beide einmal befaßungsweise durch die Werften geführt worden und sind ganz geblendet durch all das Schöne, was sie gesehen haben. Hört man sie reden, so müßte man glauben, daß es so etwas wie den Kieler Werftprozeß nie gegeben hat.

Im weiteren Verlauf der Debatte zog der fortschrittliche Abg. Ahlhorn gegen einen auf der Werft Wilhelms-Haven bestehenden Wohlfahrtsverein zu Felde, der angeblich als Konsumverein die dortigen Händler und Handwerker schwer schädige. Herr Ahlhorn hatte ein ganzes Bündel Waren auf dem Tisch des Hauses deponiert, die er dort seiner Ansicht nach zu billig erstanden habe. Er fand Unterstützung bei dem nationalliberalen Dr. Semler, zu dessen Wahlkreis Wilhelms-Haven gehört. Er verlangte die Einmischung des Staatssekretärs. Ein Regierungskommissar bestritt, daß der Verein irgendwie regierungsseitig materiell unterstützt werde.

Genosse Vebel geistelte darauf in kräftigen Worten das Verhalten dieser liberalen Politiker, die von den Konsumgenossenschaftlichen Idealen des früheren Liberalismus sich so weit abgewandt hätten, daß Schulze-Delitzsch sich im Grabe umdrehen würde, wenn er die wirtschaftspolitische Rückständigkeit seiner Nachfahren sehen könnte.

Bei der Beratung der zum Marinestat eingegangenen Petitionen lag eine sozialdemokratische Resolution vor, die Forderung der Marinetechnik auf Anerkennung ihres Koalitionsrechts dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Nachdem Genosse Koste die Resolution mit dem Hinweis auf die Verdrängung der Techniker zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen begründet und der fortschrittliche Dr. Strube sie unterstützt hatte, wurde sie gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

Morgen steht der Etat des Schutzgebietes Kiautschou auf der Tagesordnung.

Polizeifragen im Junterparlament.

Allerhand Polizeifragen wurden am Donnerstag im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht. Das Sündenregister der Polizei auf allen Gebieten, vom einfachsten Schutzmännchen bis hinauf zur höchsten Spitze, ist so groß, daß man Wochen hindurch darüber reden könnte und es trotzdem auch nicht annähernd erschöpfend aufzählen würde. Das weiß die Mehrheit des Junterparlamentes auch. Da sie aber ein lebhaftes Interesse an der Verhältnisse von Tatsachen hat, so suchte sie wieder durch Schlußanträge die sozialdemokratischen Redner mundtot zu machen. So passierte es unserem Genossen Ströbel, daß ihm, obwohl er als dritter Redner zu dem Kapitel Polizeiverwaltung in den Provinzen auf der Liste stand, das Wort gewaltsam abgeknippt wurde. Er versuchte dann, in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung gegen das Verfahren zu protestieren. Die Folge war, daß Herr v. Kröcher entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung ihm nach zweimaligem Ordnungsruf das Wort entzog. Die Geschäftsordnung schreibt deutlich vor, daß eine Wortentziehung erst nach dreimaligem Ruf zur Ordnung oder zur Sache, und auch dann nur auf Beschluß des Hauses möglich ist. Die sozialdemokratische Fraktion wird natürlich gegen dies junterlich-landräuliche Willkürregiment des Präsidenten protestieren.

Vorher hatte sich der Oberstschärfmacher Herr v. Jedlich allerhand törichte Ausfälle gegen die Sozialdemokratie erlaubt und seine Behauptung, daß nach dem Urteil des Gerichtshofes die Zeugen im Roobiter Prozeß unter sozialdemokratischer Suggestion gestanden haben, zum vierten Male wiederholt. An Wahrheit gewinnt sie dadurch freilich nicht. Genosse Liebknecht gab ihm das in einer persönlichen Bemerkung auch ungewidmet zu verstehen.

Aus dem sachlichen Inhalt der Debatte ist hervorzuheben, daß der Minister v. Dallwig den Grundsatz aufstellte, daß die Polizei in erster Linie verpflichtet ist, Arbeitswillige zu schützen. Daß dem so ist, war ja schon längst bekannt; es offen ausgesprochen zu haben, ist das Verdienst des neuen Ministers, und zwar das einzige Verdienst, das ihm in seiner bisherigen Tätigkeit anzurechnen ist.

Zwischen durch ging eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Berliner Abgeordneten Cassel und Rosenow auf der einen, und dem Dreiecksminister Dallwig-Jedlich-Hammer auf der anderen Seite über die Behandlung der Berliner Stadtverwaltung durch den Polizeipräsidenten. Trotzdem ihm die Jedlich und Hammer zu Hilfe eilten, gelang es Herrn v. Dallwig nicht, Herrn v. Jagow reinzuwaschen.

Zum Schluß fesselte Genosse Hoffmann das Haus durch eine kurze, aber drastische Schilderung des Unfalls, den die Behörde mit den Polizeihunden treibt. Der erste Teil seiner Rede war so humoristisch und satirisch zugleich gehalten, daß die Zuhörer aus der Heiterkeit gar nicht herauskamen. Im zweiten Teil gab er ergreifende Fälle von Mißbrauch der Polizeihunde; der Minister blieb trotz der schweren Anklagen auch diesmal die Antwort schuldig. Die weitere Beratung wurde dann auf eine Abend Sitzung verlagert.

Die Abend Sitzung nahm ihren Auftakt mit einem scharfen Protest des Genossen Ströbel, dem Jordan v. Kröcher am Nachmittag in geschäftsbordnungsweiser Weise das Wort entzogen hatte. Bei der Gelegenheit bewährte sich Vizepräsident Dr. Krause als ein würdiger Vertreter seines Kollegen Kröcher. Beim Titel Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei ließ Adolf Hoffmann das korrupte System der politischen Geheimpolizei Revue passieren. Eine lange Liste von Schandthaten, die aus dem System entspringen, konnte der Redner vorführen. Treffend wies Hoffmann nach, daß die Einrichtung der politischen Geheimpolizei mit Naturnotwendigkeit zum Lockspiegelium führen müsse. Aber vergeblich war der Appell des Genossen Hoffmann an die Mehrheit, daß aus Kleinlichkeitsgründen jeder anständige Mensch gegen eine Unterstützung dieses Polizeisystems sich wenden müsse. Die politische Geheimpolizei ist eine Machtstütze des reaktionären Preußen und wird es bleiben, bis das preussische Junterparlament hinweggefegt ist.

Der Schluß der Sitzung brachte noch eine lebhafteste Auseinandersetzung zwischen dem Genossen Ströbel und dem Präsidenten v. Kröcher, der offenbar immer noch nicht lassen kann, daß auch in diesem hochbeden Hause die Sozialdemokratie aus einem Objekt der Gefehgebung zu einem Subjekt derselben geworden ist. Als erster Punkt der Tagesordnung steht auf der Tagesordnung der Antrag v. Brandenstein auf Abänderung der Geschäftsordnung, sodann Etatberatung.

Ein Einschüchterungsversuch.

Die Regierung versucht die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Elsaß-Lothringischen Verfassungsgesetzes und im weiteren Sinne die hinter der oppositionellen Mehrheit dieser Kommission stehenden Reichstagsfraktionen einzuschüchtern, indem sie mit der Zurückziehung des Verfassungsentwurfs droht.

In der heutigen Sitzung der Kommission gab Staatssekretär Dr. Delbrück folgende Erklärung ab:

Die Verhandlungen in der Kommission haben einen anderen Verlauf genommen, als die Verbündeten Regierungen nach den Beratungen im Plenum erwarten konnten. Während dort die Redner mehrerer großer Parteien den Entwurf der Verbündeten Regierungen als eine geeignete Grundlage für die weitere Behandlung erklärt hatten, haben die in der Kommission zum Teil mit großer Majorität gefassten Beschlüsse von vornherein die Grundlagen, auf denen die Verbündeten Regierungen die Frage der Lösung entgegenführten wollten, verlassen. Den Beschluß, Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat zu machen, mit allen hieraus sich ergebenden Konsequenzen habe ich entsprechend dem schon im Plenum vom Bundesratstisch aus abgegebenen Erklärungen als unannehmbar für die Verbündeten Regierungen erklären müssen. Auch die noch zur Beschlußfassung stehenden Anträge liegen, wie die schon gestern dazu gegebenen Erläuterungen erkennen lassen, jenseits der Grenze, innerhalb deren nach meiner persönlichen Auffassung vielleicht eine Verständigung möglich wäre. Unter diesen Umständen erscheint es mir im Interesse einer Erfolg versprechenden Fortsetzung Ihrer Beratung notwendig, daß die Verbündeten Regierungen zunächst zu der durch Ihre Beschlüsse geschaffenen Lage Stellung nehmen. Ich habe daher den Herrn Reichskanzler gebeten, eine solche Stellungnahme herbeizuführen. Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, Sie zu bitten, Ihre Beratungen auszuweichen, bis sich die Verbündeten Regierungen schlüssig machen können. Ich hoffe, daß dieses in Kürze geschehen wird.

Die Kommission hat sich hierauf bis auf weiteres verlagert. In den Reihen der Kommissionsmitglieder wiegt, wie verlautet, die Meinung vor, daß diese Erklärung die demnächstige Zurückziehung des Verfassungsentwurfs für die gegenwärtige Tagung bedeutet. Wir meinen, man sollte die Erklärung des Herrn Delbrück nicht tragisch nehmen. Allem Anschein nach handelt es sich nur um einen blinden Schreckschuß. Vielleicht soll auch dem Zentrum Gelegenheit geboten werden, unter Verusung auf den sogen. „Ernst der Lage“ den Rückzug anzutreten.

In unserem Bericht über die Mittwochsitzung der Kommission ist irrtümlich mitgeteilt worden, daß ein fortschrittlicher Antrag angenommen worden sei, nach dem an der Spitze Elsaß-Lothringens ein Statthalter stehen soll, der vom Kaiser unter Begenezeichnung des Reichskanzlers und auf Vorschlag des Landtages zu ernennen wäre. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde folgender Zentrumsantrag angenommen:

„In der Spitze des Bundesstaates steht ein Statthalter, der auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser unter Begenezeichnung des Reichskanzlers auf Lebenszeit ernannt wird und nur durch Bundesratsbeschluß abberufen werden kann.“

Der Wahltermin.

Die konservative „Schlesische Zeitung“ meldet: „Nach eingehenden Ermägungen hat sich, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, die Regierung entschlossen, die nächsten Reichstagswahlen erst im nächsten Jahre stattfinden zu lassen. Der Termin soll so spät als möglich angelegt werden. An eine Auflösung des Reichstages ist in keinem Augenblick gedacht worden.“

Neuwahl im vierten Berliner Landtagswahlkreis.

Die Wahlprüfungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte in ihrer Donnerstagsitzung die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Kreiling im vierten Berliner Wahlkreis für ungültig. Die Kommission hatte darüber zu entscheiden, ob die 1908 gewählten Wahlmänner rechtmäßig gewählt sind. Bekanntlich sind im Jahre 1900 die Wahlen der Wahlmänner für die vier Sozialdemokraten wegen falscher Auffstellung der Wählerlisten für ungültig erklärt worden. In Konsequenz dieser Entscheidung des Landtages erklärte trotz Einspruch eines Regierungsvertreters die Wahlprüfungs-Kommission die Mandate der 1908 gewählten Wahlmänner für ungültig. Es bleiben nun noch 133 neu gewählte Wahlmänner übrig, von denen 13 für ungültig erklärt wurden. Von den für gültig erklärten Wahlmännern haben 40 für Kreiling und 50 für den Genossen Grundwald gestimmt. Zufolgedessen erklärte die Kommission die Wahl des Abg. Kreiling einstimmig für ungültig.

Der Reichskanzler und die konservativ-national-liberale Fehde.

Wie eine hiesige halbamtliche Korrespondenz zu berichten weiß, hat das Redebuell zwischen dem nationalliberalen Abgeordneten Schäffer und dem konservativen Führer Dr. v. Heydebrand im Abgeordnetenhaus in den maßgebenden Regierungskreisen sehr überhastet. Man war auf derartige scharfe Auseinandersetzungen nicht vorbereitet und billig diese Fehde nicht:

„Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, die nach dem Wunsch der Regierung ein Zusammenarbeiten aller bürgerlichen Parteien notwendig machen, um den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Erfolg ausnehmen zu können, müssen die Erklärungen des Abg. Schäffer und des Abg. v. Heydebrand besonders bedauert werden. In den Kampf selbst will sich der Reichskanzler nicht einlassen, er hofft jedoch, daß die plötzlich angelegte Fehde zwischen den beiden großen Parteien keine weiteren Folgen zeitigen und eine Verständigung zwischen ihnen bis zu den Reichstagswahlen stattgefunden haben wird. Ob eine solche Verständigung allerdings möglich sein wird, hält man in parlamentarischen Kreisen für ziemlich ausgeschlossen. Die Nationalliberalen geben den Konservativen Schuld an der Verstimmung, die Konservativen erklären ein Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen unmöglich, solange der Unliberalismus bei den Nationalliberalen die Oberhand hat. Wenn sich die augenblicklichen Zustände nicht bessern, so wird der lachende Dritte die Sozialdemokratie sein, deren Chancen durch den Kampf im bürgerlichen Lager noch erheblich gestärkt werden.“

Die nationalliberale Antwort.

Gegen die konservativ-kriegserklärende „Nationalliberale Korrespondenz“ folgendermaßen die Lippe:

„Man konnte zunächst vielleicht noch im Zweifel darüber sein, was die Rechte mit dem gestrigen unqualifizierbaren Vorstoß des Abgeordneten v. Wiederstein beabsichtigte. ... Nach der Uebersicht wie nach den Schlußwendungen der „Konf. Korresp.“ aber, in denen erneut die konservativ-fördernde sozialdemokratische Wahlfrage auf Kosten der Nationalliberalen in Aussicht gestellt wird, und die wiederum mit der illoyalen Insinuation eines Blochs von

Wassermann bis Vebel" operieren, — nach dieser parteiamtlichen Auslassung gewinnt es immer mehr den Anschein, als ob die in die Länge getriebene konservative Parteileitung ein politisches Hazardspiel zu spielen, eine Politik zu treiben entschlossen ist, welche das im Sommer 1900 begonnene frivole Spiel mit den nationalen und monarchischen Interessen auf die Spitze treiben will, um für die konservative Partei zu retten, was noch zu retten ist. Herr v. Heydebrand und seine Gruppe scheinen jetzt endlich Klarheit gewonnen zu haben über das, was ihrer im Osten wartet; über den außerordentlichen Umsturz in der Stimmung der Bevölkerung, den die konservativ-ultramontane Intimität notwendig herbeiführen mußte, und über die Konsequenzen, welche daraus auch für die bisher sichersten konservativen Hochburgen folgen. Es gab für die Partei der Reichsfinanzreform und des Kanzlersturzes in dieser Situation zwei Möglichkeiten. Die eine war die Rückkehr auf den Boden des Vaterlandes, wie sie schon ein Bismarck 1880 von der konservativen Partei forderte. Aber Herr v. Heydebrand scheint es vorzuziehen, zu der zweiten zu greifen; zum Va Banque-Spiel. Es ist das der Weg, der durch rote Meer hindurchgeht, und zu äußerst gefährlichen Experimenten mit dem Wohl der Gesamtnation, unter Umständen zu schweren Krisen für unser Verfassungsleben führt.

Dah die Konservativen auf innere Krisen loszutreten und vor allem das Reichstagswahlrecht beseitigen möchten, ist gewiß richtig. Aber die nationalliberale Wahlschlappigkeit würde sich daran nicht hindern. Uns aber ist vor den Krisen nicht bange. Wir wissen, so heimtlich und gefährlich der konservative Getrud ist, er wird doch zuletzt auf der Strecke bleiben.

Hamburger Staatsfinanzen.

Die Staatshaushaltsabrechnung des Hamburgischen Staates für 1910 ergibt einen Reibetrag von 2376 455 M., während er nach dem Budget mit 9 283 886 M. veranschlagt war; außerdem sind im Laufe des Jahres 8 567 858 M. nachbewilligt. Die Reibereinnahmen betragen rund 10 700 000, die Minderausgaben 4 763 000 M.

Oesterreich.

Passive Resistenz.

Wien, 16. Februar. Die „Neue Freie Presse“ aus Triest meldet, letzte Woche früh eine passive Resistenz der Staatsbeamten ein. Sie macht sich insbesondere auf dem Telephon, Telegraphen, Briefpost, Warenpost und Zollamt fühlbar.

Frankreich.

Die Freilassung Durands.

Havre, 16. Februar. Der gestern freigelassene Syndikatssekretär Durand wurde bei seiner Ankunft in Havre von einer großen Menge begrüßt und sodann ins Volkshaus geleitet, wo er in einer Versammlung von 2500 Arbeitern, die ihm stürmisch jubelten, den Vorsitz führte. Durand dankte für die zu seinen Gunsten unternommenen Schritte und forderte die Arbeiter auf, an der Syndikatsbewegung festzuhalten. Er erzählte, daß er außerordentlich ermüdet sei und daß die über ihn verhängte Todesstrafe ihn vollständig deprimiert habe. Er hätte absolut keine Hoffnung mehr gehabt, nochmals in Freiheit gesetzt zu werden. Durand erklärte schließlich, daß die endgültige Freisprechung durch ein neues Schwurgericht das einzige Ziel sei, auf das er hinarbeiten werde, da er sich mit einer einfachen Kassation des Urteils nicht begnügen könne.

Portugal.

Gegen den Klerikalismus.

Oporto, 16. Februar. Nach Schluß einer Katholikenversammlung wurden die Teilnehmer beim Verlassen des Saales von einer Gruppe von Manifestanten ausgepfiffen und verfolgt. Ein Katholik, der einen der Manifestanten durch einen Revolvererschuß verwundet hatte, wurde geschlagen. Eine große Menge versammelte sich vor der Redaktion eines katholischen Blattes, wobei Revolvergeschüsse geworfen wurden. Die Menge schlug dann die Türen zu dem Vereinshaus der katholischen Arbeiter ein und zerbrach dort alles. Darauf zogen die Manifestanten durch die Straßen der Stadt. Die Polizei war machtlos. Der Zivilgouverneur hat seine Entlassung gegeben.

England.

Die Homerule-Debatte.

London, 15. Februar. Im weiteren Verlauf der Homerule-Debatte erklärte der Führer der Iren, Redmond, die irische Partei nehme des Premierministers Erklärung von Homerule in vollem Umfange an, und er glaube, sie werde eine endgültige Regelung der irischen Frage sicherstellen. Die Iren wählten, daß ihre Sache im schnellen Fortschreiten zum Siege begriffen sei, und hofften, die neue Regierung würde zu einer noch glücklicheren Gestaltung werden, wenn der König in Person das Parlament einer freundlich gestimmten, versöhnten irischen Nation eröffnen werde. (Beifall.)

Nach lebhafter Debatte wurde das von der Opposition eingebrachte Amendement mit 329 gegen 213 Stimmen abgelehnt und die Adresse angenommen.

Türkei.

Die Kämpfe in Yemen.

Konstantinopel, 16. Februar. Nach Blättermeldungen haben die Aufständischen neuerdings Echa angegriffen, wurden aber mit einem Verlust von 400 Toten zurückgeschlagen.

Amerika.

Auch eine „revolutionäre“ Wirkung.

Bekanntlich hatte sich der Staat Honduras geweigert, bei den New Yorker Bankiers eine Anleihe aufzunehmen. Das Haus Morgan hatte darauf eine „Revolution“ finanziert, und der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Wie aus Washington telegraphiert wird, hat sich Honduras bereit gefunden, mit amerikanischen Bankiers eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar abzuschließen, die in New York unterzeichnet wurde.

Gegen den Hochschützoll.

Washington, 16. Februar. Infolge der vorherrschenden Ansichten in den verschiedenen Staatslegislaturen, Handelskammern und Stadträten hat der Demokrat Garrison im Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, in der Last aufgefördert wird, unmittelbar nach dem 4. März eine außerordentliche Session des Kongresses zu einer Herabsetzung der Tarife einzuberufen.

Das Verhältnis zu Kanada.

Washington, 16. Februar. Präsident Taft hat in einer Unterredung mit einigen Kongressmitgliedern seinem Ersuchen darüber Ausdruck gegeben, daß der Sprecher des Repräsentantenhauses Clarke in die Debatte über die Reziprozität mit Kanada auch nur den entferntesten Gedanken einer Annexion Kanadas hineinzuwerfen habe. In einem Schreiben an das Kongressmitglied, das

die Gesetzkollage über die Reziprozität eingebracht hat, erklärte Taft, das genannte Abkommen habe keine politische Bedeutung. Die Unterhändler auf beiden Seiten hätten mit keinem Gedanken an eine politische Annexion oder Vereinigung in der Zukunft gedacht.

Abgeordnetenhaus.

Abendigung vom 16. Februar, Beginn 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Beratung wird bei dem Kap. Distriktskommissare in Posen fortgesetzt.

Abg. Ströbel (Soz., zur Geschäftsordnung):

Der Herr Präsident hat mir heute bei einer Bemerkung zur Geschäftsordnung das Wort entzogen. Diese Wortentziehung war nach der Geschäftsordnung unzulässig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach § 48 der Geschäftsordnung kann eine Wortentziehung überhaupt nur nach dreimaligem Ordnungsruf erfolgen. Der Herr Präsident hat mich aber nur zweimal zur Ordnung gerufen.

Vizepräsident Dr. Krause: Sie können nicht jetzt, wo wir in die Beratung eines Kapitels eingetreten sind, allgemeine Erörterungen über Fragen der Geschäftsordnung anstellen.

Abg. Ströbel:

Nach der Geschäftsordnung kann ich jederzeit das Wort zur Geschäftsordnung erhalten.

Vizepräsident Dr. Krause: Ja, aber natürlich nur zur geschäftlichen Behandlung des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes. Ich gebe Ihnen anheim, bei anderer Gelegenheit auf die Sache zurückzukommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Frage, ob der Präsident berechtigt war, eine Wortentziehung vorzunehmen, ist aktuell für jede Debatte.

Vizepräsident Dr. Krause: Sie werden sich selbst sagen, daß dann jede sachliche Verhandlung unmöglich wäre. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Ströbel:

Aber es muß mir doch im Laufe der Sitzung möglich sein festzustellen, daß mir das Wort geschäftsordnungswidrig entzogen ist.

Vizepräsident Dr. Krause: Das widerspricht dem Brauch des Hauses seit einem Vierteljahrhundert.

Abg. Ströbel:

Eine geschäftsordnungswidrige Wortentziehung ist eben so lange noch nicht vorgekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich kann Ihnen das Wort hierzu jetzt nicht gestatten.

Abg. Schiffer (natl.): Darin, daß im gegenwärtigen Moment die Frage der Wortentziehung nicht erörtert werden kann, bin ich mit dem Herrn Präsidenten einer Meinung. Die sachliche Debatte kann nicht jeden Moment unterbrochen werden. Natürlich kann am Schluß der Debatte auf Vorgänge, die sich innerhalb der Debatte abgepielt haben, zurückgekommen werden. Das hat der Herr Präsident auch nicht bestritten.

Das Kapitel wird hierauf nach kurzer unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim Kapitel Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei beantragen die Abg. Vorkmann (Soz.) und Genossen den Titel „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei — 300 000 Mark — zu streichen und die Regierung zu ersuchen, die politische Geheimpolizei abzuschaffen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Die Geschichte der politischen Geheimpolizei ist ein Schandfleck in der Geschichte Preußens.

Die Sicherheit in Preußen würde erhöht werden, wenn die Intelligenzen aus der politischen Geheimpolizei der Polizei, die sich mit der Aufdeckung der Morde usw. beschäftigt, getrennt würden. Der Geheimfonds muß als Korruptionsfonds wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Reichstag hat man unsere Beschwerden hierüber immer mit der Bemerkung abgewiesen, gehen Sie damit in den Landtag, das gehört dorthin. Bitte, jetzt sind wir da. (Große Heiterkeit.)

Der Minister v. Hammerstein hat es grundsätzlich abgelehnt, über Vorgänge bei der Geheimpolizei Auskunft zu geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das beweis, daß diese Dinge das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In den 60er Jahren haben selbst die Nationalliberalen erklärt, eine Regierung, die eines solchen Fonds bedürfe, sei nicht wertig zu existieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Anfang der 70er Jahre beantragte Eugen Richter die Streichung dieses Fonds. Er sagte, der Fonds erinnere an falsche Zeugen und gefälschte Aktenstücke. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die jetzige Regierungspartei sans phrase war während des Kulturkampfes gegen den Geheimfonds. Vor und nach dem Kulturkampf hat das Zentrum freilich für diesen Fonds gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Waldeck bezeichnete den Fonds als unmoralisch und das Denunziantentum befördernd. Das Zentrum sollte daran denken, daß es auch wieder einmal eine Abgabe erhalten könnte, wie jetzt die Nationalliberalen durch Herrn v. Heydebrand (Heiterkeit). Zur Zeit des Kulturkampfes haben auch Ledspiegel gegen das Zentrum eine große Rolle gespielt. Ich erinnere an die Kennzeichnung des Polizeikommissars v. Meerfeldt. Gulliesse bei dem Prozeß in Marlingen. 1900 ist der Fonds auf 300 000 M. erhöht worden. Die Regierung erklärte die Erhöhung für nötig zur Bekämpfung der Anarchisten. In der Tat wird der Fonds zum Teil benutzt, die Anarchistenbewegung aufrecht zu erhalten, die die Reaktion braucht. Das ist trotzdem nicht gelungen ist, in Deutschland den Gewalt-Anarchismus zu züchten, ist das Verdienst der Sozialdemokratie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was in Deutschland an Gewalt-Anarchismus besteht, ist ja neun Zehntel Ledspiegel. Die erbärmlichsten Subjekte, die der Erdboden trägt, sind als solche Ledspiegel tätig. Oder wollen Sie die Edelanarchisten überwachen, dann hätten Sie auch den verführten Freund des Königs von Sachsen, Herrn von Egidi, überwachen müssen.

In dem Gummischlauchprozeß ist festgestellt, daß eine

Arbeitslosenversammlung von einem Ledspiegel einberufen

wurde, der vorher gesagt hatte: ohne Blut würde es nicht abgehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In diese Versammlung mischten sich Kriminalbeamte mit Gummiknüppeln. Es kam sogar vor, daß solche Kriminalbeamte von Schußfeuten nach Strich und Faden verwundet wurden. Ich will mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage auf den bekannten Schröderprozeß nicht ausführlich eingehen. Freilich fragt sich, ob wir immer weiter werden auf die Geschäftsfrage werden Rücksicht nehmen können, die die Regierung durch zu späte Einberufung des Landtags verschuldet. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Sache.) Vielfach erfinden die Spindel angeblende anarchische Taten, weil sie doch etwas tun müssen. Auch gegen unbedeutende Elemente in der Regierung wendet sich die Geheimpolizei. Der redert-Vöhringprozeß hat es ja gezeigt, wie der Staatssekretär v. Marschall-Wieberstein vor der Geheimpolizei in die Öffentlichkeit flüchten mußte. Und ich erinnere an Normann-Schumann, der täglich Standalartikel schrieb, deren Verfasser herauszufinden, er dann von der Geheimpolizei herausgetragen wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß selbst Polizeibeamte als Ledspiegel tätig sind, hat unser verstorbener Genosse Singer am 8. Februar 1888 im Reichstag nachgewiesen. Noch 1900 aber bestritt in diesem Hause

der Minister des Innern, daß es agents provocateurs (Ledspiegel) gäbe. Es ist ja freilich nicht sehr wunderbar, daß unsere Minister wissen, was im Parlament geschehen ist, denn Minister kommen und gehen, man weiß nicht von wannen er kommt und wohin er geht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

So wie man früher die Spindel brauchte, um Material für das Sozialistengesetz zu erhalten, so braucht man sie noch heute, um der Reaktion den Rücken zu steifen. Singer wurde damals aus Mache von dem Polizeipräsidenten von Berlin ausgewiesen; der von ihm gebrandmarkte Spindel Thüring-Mahlow aber erhielt das allgemeine Ehrenzeichen und wurde befördert. Und da verlangen Sie von uns Glauben an die Gerechtigkeit in Preußen. Ich empfehle Ihnen zur aufmerksamen Lektüre die Broschüre unseres Genossen Eugen Ernst: „Polizeispindel und Ausnahmegeetze“. Ich erinnere auch an Raparra, der selbst verbotene Schriften an polnische Genossen schickte und dann am nächsten Tage bei diesen Genossen haussuchen ließ. Ist das noch Spindelgeld oder ist das nicht Ledspiegelgeld? Fünfzehn Jahre Gefängnis sind auf Grund der Aussagen dieses Ledspiegels Raparra über unsere Genossen verhängt worden. All dies sollte Sie doch endlich veranlassen, der

ungeheuer anwachsenden Schlammflut des Ledspiegelgeldes

einen Damm entgegenzusetzen. Gegen den Geheimkommissar von Schöne, der einem Russen gefälschte Dokumente übergab und ihn zum Vaterlandsverrat verleiten wollte, indem er ihm einen Verdienst bis 16 000 M. in Aussicht stellte, ist bis heute nicht vorgegangen worden. Herr Minister, das sind Ihre Beamten und Sie haben die Pflicht, gegen sie vorzugehen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Abg. Hirsch (Soz.): Die Kriegenachorden! gegen diese Elemente, die wir zum Teil für unser Verbrecheralbum (Heiterkeit) photographiert haben, muß sich jeder anständige Mensch wenden. Sogar um die Verbreitung unserer Flugblätter bemühen sich Ledspiegel. Aber wir machen unsere Sache lieber allein. Sogar an Gefangene in der Haft sind Geheimpolitisten herangetreten! Run zu Raabit. (Lärm rechts.) Von Raabit werden Sie noch oft hören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort haben die Geheimpolitisten „Blutbunde“ mißgerufen. Und als berechtigt auf solche Mißgerufe eingeschlagen wurde, erlöste der Ruf: Hall Kollegel! (Hört! hört! links.) Auch der

Kranzenger Schreiber

aus dem Beddinge roch gehört hierher, der seine Strafe nicht anzutreten brauchte, weil er Polizeigeuge war.

Solche Verbrecher werden aus dem Geheimfonds bezahlt.

Wie brüdig muß Ihre Gesellschaft sein, wenn Sie sich auf solche Elemente stützen müssen! Wer nur ein wenig auf politische Reinlichkeit hält, muß sich schauernd davon abwenden. Selbst Ihr Bismarck tat das in manchen Stunden. Der Strafrechtslehrer Robert v. Mohl sagt, daß von Ehrenhaftigkeit bei diesen Spindeln keine Rede sein kann und durch diese Subjekte lassen Sie ehrliche Arbeiter bespödeln, provozieren und verführen. Man bespödel jetzt sogar schon bürgerliche Kreise, wie das Komitee Konfessionslos. Die Handschrift dieses Briefes zu erkennen, war, da wir auch schon Handschriftenfälschungen haben, eine Kleinigkeit. Der Mann wollte angeblich auch Leute zum Austritt aus der Landeskirche bewegen usw. Herr Minister, wenn das Ihr Kollege vom Kultus erzählt! (Heiterkeit.) Sie wünschen ja, wir machen ein böhmisches Revolution, womöglich noch vor der Reichstagswahl! Aber so dumm sind die Arbeiter nicht, darauf hineinzufallen. Wir haben die Brüder immer beim Schlafittchen genommen und vorgeführt. Sie beschwören die Gewalt herauf, reizen das Volk bis zum Äußersten, indem Sie ihm solche Lumpen auf den Hals hehen.

Sorgen Sie nur, daß Sie sich nicht in Ihren eigenen Schlingen fangen. Diese Geheimpolizei provoziert die Revolution, und daß Revolutionen sehr oft durch solche Spindel und Rechtsverleugung von oben herbeigeführt sind, das hat ein holländischer Richter erklärt und das holländische Oberlandesgericht hat es bestätigt. Wer noch auf deutsche Treue und Menschlichkeit hält, muß uns Sozialdemokraten helfen, diese Korruption zu beseitigen. Jeder Abgeordnete, der noch Reinlichkeitssinn hat, muß gegen diesen Fonds stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Haus vertritt sich.

Der Protest gegen die Wortentziehung.

Abg. Ströbel (Soz., zur Geschäftsordnung):

Der Herr Präsident hat mir heute während einer Bemerkung zur Geschäftsordnung das Wort entzogen. Ich bin genötigt, festzustellen, daß diese Wortentziehung nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung unzulässig war. Der § 48 der Geschäftsordnung bestimmt, daß eine Wortentziehung bei einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung erst nach dreimaligem Ordnungsruf erfolgen kann. Ich habe durch Einsichtnahme in das Stenogramm festgestellt, daß der Präsident mich nur zweimal zur Ordnung gerufen hat. Es ist auch der im § 48 vorgeschriebene Hinweis auf die Folgen eines dreimaligen Ordnungsrufes nicht erfolgt, und schließlich hat die im § 48 vorgeschriebene Befragung des Hauses nach vergeblich erfolgtem zweimaligem Ordnungsruf nicht stattgefunden. Ich konstatiere, ohne auf die weiteren Momente heute einzugehen, daß der Herr Präsident ein Verbrechen verübt hat, das mit der Geschäftsordnung in jedem Punkt im schreiendsten Widerspruch steht. Die Kritik an einem solchen Vorgehen überlasse ich dem Hause und der Öffentlichkeit! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Ich darf mich zwar nicht in eine Diskussion über meine Geschäftsführung einlassen, halte aber doch dafür, in diesem Falle dem Hause Aufklärung zu geben. § 48 betrifft nicht die geschäftsordnungsmäßigen und persönlichen Bemerkungen und Erklärungen, sondern bloß die Redner zur Sache. Da die Geschäftsordnung für die Bemerkungen meines Wissens nichts über die Wortentziehung vorsieht, halte ich es für die Pflicht des Präsidenten, diese Sachen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen zu erledigen. (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Da es mir mißfiel, mich mit dem Abg. Ströbel zu verständigen, blieb nichts übrig als die Wortentziehung. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Ströbel (Soz.):

nachdem ihm vom Präsidenten ein Eingehen auf dessen Erklärung verweigert worden war — Ich glaube, es wird notwendig sein, nachdem sich hier herausgestellt hat, daß einem Redner das Wort entzogen wurde, als er zur Geschäftsordnung sprach, daß ...

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen nicht ...

Abg. Ströbel (Soz.):

Das heißt doch absolut ...

Präsident v. Kröcher ruft Abg. Ströbel zur Ordnung! Sie haben andere Wege nach der Geschäftsordnung!

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir werden schon selbständig ... (Stimme des Präsidenten.) Abg. Hoffmann (Soz.): Der reine Gewaltanarchismus.

Abg. Reinert (Soz.)

erhebt schriftlich Einspruch gegen den Ordnungsruf wegen des

Ausdrucks „Reichstagenverband“, also wegen Kennzeichnung eines außerhalb des Hauses stehenden Verbandes.

Präsident v. Kröcher: Das Haus wird zu einer mir geeignet erscheinenden Zeit über den Einspruch abstimmen.

Die Tagesordnung der nächsten, Freitag, den 17. Februar, 11 Uhr vormittags, stattfindenden Sitzung wird auf Antrag des

Freiherrn v. Redlich folgendermaßen festgesetzt: 1. Antrag v. Brandenstein (L.) auf Aenderung der Geschäftsordnung, 2. Staatsberatung.

Schluß 11 Uhr nachts.

Gewerkschaftliches.

Göttliche Gewerkschaften.

Der „Vorwärts“ wies vor einigen Tagen darauf hin, daß es die katholischen „Canisiusstimmen“ schon so weit gebracht haben, in den Handlungen des Papstes, also auch in denen, wo er sich mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigt, Eingebungen übernatürlicher Kräfte zu sehen. Die übernatürlichen Repräsentanten übernatürlicher Gewerkschaftsorganisationen, wie Stegerwald, Giesberts, Imbusch, Hüses, Effert usw., sind aber den gewerkschaftlichen Anhängern der evangelischen Konfessionsreligion dabei nur nachgehinkt. Daß die Gewerkschaften nicht etwa nur durch die übernatürlichen Eingebungen des Papstes geleitet werden, sondern daß sie — natürlich nur die sogenannten christlich-nationalen — direkt Gottes Werk sind, das hat man da schon seit etwa vier Wochen öffentlich bekanntgemacht.

Es handelt sich nicht etwa um eine simple Führerautorität der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, sondern um den D. Fr. Mahling, der Professor an der Berliner Universität ist. Er hat die Schaffung der christlich-nationalen Gewerkschaften durch den lieben Gott beobachtet und einwandfrei festgestellt. Dessenhalb verkündet wurde dies erschütternde Resultat praktischer Glaubensforschung zuerst durch den lieben Viz. Mumm, der vor einigen Tagen im evangelisch-konservativen „Reichsboten“ das Zitat des Herrn Professors in folgender, also wohl authentischer Form brachte:

„In dem Auftreten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung grüßt uns das Morgenrot eines neuen Tages in der Entwicklung der Arbeiterfrage überhaupt, und in der Entwicklung des Kulturlebens unseres Volkes. Es ist meine feste persönliche Überzeugung, daß das hier nicht bloß Menschenwerk geleistet worden ist, sondern daß wir Gottes Werk darin erblicken, welcher unserem deutschen Volk den Weg zeigen wollte, auf welchem es aus der Umklammerung eines antichristlichen Materialismus und einer allmählichen Verdünnung wieder heraus- und heraussteigen könnte zu den Lebensquellen frischer geistiger Arbeit.“

Damit haben wir also den blüdigsten Beweis — beiseibe nicht dafür, daß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung „verodet“ —, sondern dafür, daß sie die Gewerkschaften des lieben Gottes sind. Die christlichen Gewerkschaften katholischer und interkonfessioneller Couleur sind damit endgültig aus dem Felde geschlagen. Sie können sich ja nur rühmen, auf dem Umwege über den Papst übernatürlich beeinflusst zu sein, aber die christlich-nationalen Organisationschén, sie können sich stolz damit brüsten, die eigentlichen Himelsgewerkschaften darzustellen. Sie haben heute allerdings gerade nur noch einmal so viel Mitglieder als die Gelben, aber das schadet nichts, Gott verläßt ja die Seinen nicht.

Viz. Mumm hat überdies auch schon herausgefunden, wo die neueste göttliche Hilfe bemerkbar gewesen ist. Freudestrahlend verkündet er im „Reichsboten“ vor einer allerdings beschränkten Öffentlichkeit, daß der den stolzen Namen tragende Verband evangelischer Arbeitervereine von Berlin wieder in den sogenannten Gesamtverband eingetreten sei. Die göttlichen Gewerkschaften scheinen da allerdings wieder einmal mit den irdischen Verhältnissen recht leicht zufrieden gemorden zu sein; der ganze Verband beläuft nämlich Ende 1909 ganze 15 Vereine mit zusammen 800 Mitgliedern, in dem einen Jahre die fürchterlich hohe Summe von 3013 M. an Beiträgen einnahmen. Werden da für jeden Verein acht Vorstandsmitglieder berechnet, so ergibt sich, daß 20 Prozent dieses „göttlichen“ Zuwachses aus „leitenden Persönlichkeiten“ besteht.

J. Behrens kann glücklich sein, auch seine Gewerkschaften erlangen der göttlichen Gloriosa nicht, er ist hinter den katholisch-christlichen Gewerkschaften nicht zurückgeblieben. Nur bleibt die Frage offen, ob bei den „übernatürlichen“ und den „göttlichen“ Gewerkschaften nicht wieder einmal die Götter vergebens gegen die Uebermacht einer bekamten menschlichen Eigenschaft kämpfen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rohrleger und Hesser! Bei der Firma Schluhr Radf., Inh. E. Schulz, Dresdener Str. 109, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt. Wir ersuchen, denselben streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Ueber die Maßregelung des Kellners im Reichstagsrestaurant.

Über die wir mehrfach berichteten, wird uns aus den Kreisen der Gastwirtsgehilfen geschrieben: Dieser Vorfall hat, abgesehen es sich hier nur um einen einzigen Kellner handelte, ein berechtigtes Aufsehen erregt. Die Entlassung des Kellners, der nichts getan, als einem Mitgliede des Reichstages der Wahrheit gemäß Auskunft zu geben, hat den Reichsboten gewissermaßen ad oculos gezeigt, wie herrschsüchtige Unternehmer mit ihrem Personal umspringen und wie auf diese Weise leicht Konflikte zwischen ihnen und den Angestellten bezw. deren Organisationen heraufbeschworen werden können. Mit der Wiederherstellung des Gemahregelten, die allerdings erst durch Eingreifen des Bureaus erzwingen wurde, wäre die Sache ja für die Öffentlichkeit erledigt. Nun hat sich dieses Falles aber ein blaueselber Weisheitsverein, der sogenannte Gensler Verband der Hotelangestellten bemächtigt, um auf diese Weise für sich eine billige Klamme zu machen. Dieser Verband hat sonst schon in zahlreichen Fällen Streikbrecher geliefert, selbst dann, wenn seine eigenen Mitglieder in Frage kamen. So noch zu Pfingsten vorigen Jahres. Als im Restaurant des „Zoologischen Gartens“ die Kellner die Arbeit niederlegen mußten, erklärte sich der Nachweis des obengenannten Verbandes sofort bereit, sämtliche Stellen neu zu besetzen. Seine Mitglieder gegen Uebergriffe der Unternehmer in Schutz zu nehmen, fällt sonst diesem Verein, der sich rühmt, Hunderte von Hoteliers und Direktoren als „Ehrenmitglieder“ zu besitzen, gar nicht ein. Ähnlich wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beschränkt er sich auf die Massenfabrikation von Bittschriften an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften, schreit aber vor jeder selbständigen Kraftentfaltung zurück. Zur Besprechung dieses Falles hatte der genannte Verein aber in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine Versammlung nach den „Germania-Sälen“ einberufen. Der Referent vertrieb es, Herrn E. Kan., dem Generaldirektor der Berliner Hotelbetriebsgesellschaft, die auch das Reichstagsrestaurant bewirtschaftet, zu nahe zu treten. Die ganze Sache wurde kaum erwähnt. Unternehmer und Angestellte mühten Hand in Hand arbeiten, aber es mühten längere Kündigungsfristen gesetzlich festgelegt werden. Zur Diskussion hatte sich ein Mitglied des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen zum Wort gemeldet, der den Vorfall in seiner wahren Bedeutung beleuchten wollte. Man wollte es diesem nicht geben; es entstand darüber

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Stierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

selbstverständlich Lärm, zumal man auch das Wort zur Geschäftsordnung nicht zuließ. Die Herren brachten in Eile ihre Resolution zur Abstimmung, der natürlich nur von ihren Getreuen zugestimmt wurde. Dann schlossen sie die Versammlung und räumten schleunigst den Saal. Die anderen Versammlungsteilnehmer zogen in den unteren größeren Saal und setzten hier die Versammlung fort. Von den 600 Besuchern hatten sich mit den Genslern noch keine Hundert entfernt. Die Genossen Baumeister und Poetsch nahmen nunmehr das Wort, um das ganze Verhalten jenes blauen Vereins ins rechte Licht zu setzen, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

Die Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste die unbedachte Entlassung des Kellners im Reichstagsrestaurant. Sie spricht aber den Genslern das Recht ab, sich zum Verteidiger des Gemahregelten zu machen, da dieser Verein, der sich rühmt, daß zwei Drittel seiner Mitglieder Unternehmer und Direktoren sind, in unzähligen Fällen Arbeitswillige geliefert hat, selbst seine eigenen Mitglieder gegen Uebergriffe nie schützt und überhaupt in jeder Beziehung gegen die Interessen der Angestellten im Gastwirtsberufe arbeitet.

Die Versammlung sieht einzig in dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen diejenige Organisation, welche berufen und fähig ist, die Interessen der gastwirtschaftlichen Angestellten zu vertreten.

Die abziehenden Herren waren zum nächsten Polizei-Revier geeilt und brachten per Auto einen Leutnant, einen Wachtmeister und 7 Mann zur Stelle. Dieses Aufgebot an Polizeimannschaft mußte aber, nachdem der Leutnant sich über den Sachverhalt informiert hatte, selbstverständlich wieder abziehen.

Die Aussperrung der Kaufmannsrichter und der Streik in der Mühlenfabrik von S. Gärtner u. Co. beschäftigt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Rührer-Verbandes. Der Vorsitzende Frische schilderte die Entwicklung und den Stand dieser beiden Kämpfe. Die Aussperrung der Richter, die sich auf Leipzig und Umgebung, Berlin und Hamburg erstreckt und gegen 1600 Mann umfaßt, ist aus einem unbedeutenden lokalen Streik in Rötze bei Leipzig hervorgegangen und vom Unternehmertum im Widerspruch mit dem noch bis zum 31. Dezember 1911 geltenden Tarifvertrage veranlaßt worden. Der gute Zweck, den dieser Tarif für das Richterergewerbe erfüllte, daß er die Schmutzkonkurrenz niederhielt, hat den großen Unternehmern offenbar nicht gefallen, so daß sie eine Gelegenheit suchten, den Vertrag zu brechen und sich davon freizumachen. Wenn sie aber glaubten, den Rührerverband in der Branche zu vernichten, haben sie sich gründlich verrechnet. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Aussperrten stehen fest im Kampfe, und die übrigen Mitglieder des Rührerverbandes zeigen eine Opferbereitschaft, die es um so besser möglich macht, den Kampf mit Erfolg zu Ende zu führen, solange er auch dauern mag. So hat z. B. die Filiale Hamburg zwecks Unterstützung der ausgesperrten Richter Extrabeiträge beschossen, die ja nach der Lohnhöhe 5, 7½ und 10 Proz. des Lohnes betragen.

Der Streik bei der Firma S. Gärtner u. Co., der nun seit dem 11. Januar dauert, steht für die Arbeiterschaft ebenfalls durchaus günstig. Obwohl der Verbandsvorstand aus statutarischen Gründen seine Genehmigung zu dieser Arbeitsniederlegung verweigert hat, wird in reichlicher Weise für Aufbringung der Unterhaltungsmittel gesorgt. Die Polizei hat sich bei diesem Streik in bekannter Weise wieder einmal der Unternehmerinteressen angenommen und immer von neuem Streikposten, die in aller Ruhe ihrer Pflicht nachgehen, fisiert und mit Strafmandaten bedacht. Inzwischen ist Herr Gärtner von seiner Erholungsreise zurückgekehrt und er suchte nun auch in seiner Art den Streikposten die Erfüllung ihrer Pflicht zu verleiden. Herr G. ist offenbar von seiner Nervosität noch nicht ganz geheilt, so daß es ihm eines Tages passierte, daß er selbst vom Schuhmann aufgeschrieben wurde, weil er, wie berichtet wird, vor seinem Hause furchtbar standalierte. Ob dieser „Streikposten“ ebenfalls das übliche Strafmandat bekommen wird?

Nun hat sich auch der Arbeitgeberverband der Mühlenfabrikanten mit dem Streik beschäftigt. In einem Schreiben vom 24. Januar hatte der zweite Vorsitzende dieses Verbandes, Herr A. Winter, dem Rührerverband mitgeteilt, daß die Streitangelegenheit bei S. Gärtner u. Co. dem Arbeitgeberverband übergeben worden sei, und daß man eventuelle Anfragen an den Arbeitgeberverband richten möge. Der Filialvorstand der Rührer antwortete darauf, daß die Tatsache, daß die Sache dem Arbeitgeberverband übergeben wurde, den Vertretern der Rührer schon am 11. Januar von dem Kompanon des Herrn Gärtner mitgeteilt worden war, und daß der Filialvorstand, wenn er Aufklärung über den Streik nötig habe, sich nicht an den Arbeitgeberverband zu wenden brauche. Ein neues Schreiben vom Arbeitgeberverband lief am 14. Februar ein. Darin wurde die Ansicht ausgesprochen, daß der Streik bei S. Gärtner ohne greifbare Gründe und leichtfertigerweise veranlaßt worden sei, und ferner wurde bekanntgegeben, daß der Arbeitgeberverband eine Aussperrung beschlossen hat, die eventuell am Montag, den 20. Februar, beginnen soll. — Diese Aussperrung ist im übrigen auch schon durch Anschlag in den Mühlenfabriken angekündigt worden. — Außerdem wurde in dem Schreiben dem Rührerverband die Schuld daran beigemessen, daß noch keine Basis für Verhandlungen gefunden wurde. Die Antwort, die der Filialvorstand auf diesen Brief erteilte, ging dahin, daß der Arbeitgeberverband sich aus der einseitigen Darstellung der Firma S. Gärtner kein gerechtes Urteil über die Ursachen des Streiks bilden könne, daß ferner der Firma schon zu Beginn des Streiks Verhandlungen angeboten wurden, daß es aber dann Sache des Arbeitgeberverbandes hätte sein müssen, eine Annäherung der Parteien anzubahnen. Im übrigen sei es ja bekannt, daß die Filiale jederzeit gern zu Verhandlungen bereit sei, und in einer vom Arbeitgeberverband anguberaumenen gemeinsamen Sitzung auch gern die Gründe darlegen werde, die für die Arbeitsniederlegung ausschlaggebend waren. — Wahrscheinlich wird der Arbeitgeberverband nun eine Einigung herbeizuführen suchen, ehe er die für die Fabrikanten gefährliche Aussperrung durchführt. Der Arbeitgeberverband hat versucht, auch die Hausindustriellen der Mühlenbranche für die Aussperrung zu gewinnen, hat aber damit durchaus keinen Erfolg gehabt. Die Hausindustriellen mühten auch reichlich dumm sein, wenn sie für ihre schärfsten Konkurrenten die Kassen aus dem Feuer holen wollten. Für den Rührerverband liegt gar kein Grund vor, die Aussperrung zu fürchten. — Aus der Diskussion, die dem Referat folgte, ging hervor, daß man der Aussperrung in aller Ruhe entgegensteht und nicht die geringste Neigung vorhanden ist, sich dadurch irgendwelche Furcht einflößen zu lassen. — Auf einstimmigen Beschluß der Versammlung wurden ausgeschlossen wegen Streikbruchs auf ein Jahr: Fanta, Reeb, Steinlein, Wares, Cischorakti, Domagalla, Fraulein Dahl und Fraulein Dähne; auf zwei Jahre: Pechle.

Deutsches Reich.

Streiks in der Brauindustrie.

Das im Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter organisierte Personal der Febrl. v. Wisting-Dreißelchen Schloßbrauerei in Egmatting legte die Arbeit nieder, weil Braumeister wie Direktor es rund ablehnten, über die eingereichten Tarifforderungen zu unterhandeln. — Ferner trat das Personal der Firma Siehr in Wilhelmshaven, die nebenbei noch eine Eis- und Mineralwasserfabrik hat, wegen Maßregelung eines 10 Jahre dort beschäftigten Aufsehers in den Aufstand. — Zug ist ferngehalten.

Ausland.

Der Streik der Londoner Buchdrucker.

London, 14. Februar 1911. (Eig. Ber.) Der Kampf der Londoner Buchdrucker scheint mit einer baldigen und völligen

Niederlage der Arbeitgeber zu enden. Jeden Tag strecken hunderte Firmen die Waffen und gewähren entweder die fünfzigstündige oder achtundvierzigstündige Arbeitswoche. Der Rückzug einiger der allgrößten Geschäfte hat den Arbeitgeberverband sehr entmutigt und es würde einem nicht wunder nehmen, wenn der Widerstand der noch hartnäckig erscheinenden Meister über Nacht zusammenbräche. Es ist allgemein bekannt, daß verschiedene Firmen während der letzten Woche durch Kontraktbruch schwere Verluste erlitten haben. Es ist mit der Solidarität der Kapitalisten im Londoner Buchdruckerergewerbe ausfrucht, erhellt am besten aus der Tatsache, daß eine Reihe Geschäfte ihre Arbeiter schon eine Woche vor dem Ablauf der Kündigungsfrist mit dem Lohn für die folgende Woche nach Hause schickten. Sie wollten sich auf diese Weise das erste Anrecht auf die arbeitslosen Unorganisierten und sonstigen Streikbrecher verschaffen. Sie schienen sich aber gründlich verpekelt zu haben, denn außer einer Reihe unbrauchbarer Elemente, die mehr verderben als sie gut machen, ist ihnen nichts ins Garn gelaufen. Dazu stehen sie vor der Tatsache, daß eine Reihe anderer hochqualifizierter Arbeiter im Gewerbe in einigen Tagen die Arbeit niederlegen werden. Zur Stunde arbeiten schon 7000 Buchdrucker in London unter den neuen Verhältnissen; nur 1500 Buchdrucker mit ihren Hilfsarbeitern stehen augenblicklich noch im Streik.

Was den günstigen Verlauf des Streiks besonders gefördert hat, ist die Herausgabe eines Tageblatts, von dem schon vorher berichtet worden ist. Die Nummer hat sich ausgezeichnet bewährt. Der „Daily Herald“, wie das Blatt heißt, ist in einem sehr lebhaften und kampfreudigen Stil geschrieben. Es hat in wenigen Tagen eine Auflage von 20–30 000 Exemplaren erreicht. Die Hauptmitarbeiter, die als Sozialisten bekannt sind, hat der Erfolg so hoffnungsfreudig gestimmt, daß sie in allem Ernste daran denken, den „Daily Herald“ auch nach Beendigung des Kampfes weiter erscheinen zu lassen. Natürlich fehlt es nicht an Pessimisten, die schon heute den Misserfolg eines derartigen Unternehmens prophezeien; aber es ist nicht einzusehen, weshalb sich das Blatt bei zweckmäßiger Organisation, deren Einführung einer solch intelligenten Arbeiterklasse, wie es die Buchdrucker sind, nicht schwer fallen sollte, nicht halten sollte. Die Notwendigkeit einer Tageszeitung, die die Interessen der Arbeiter vertritt, kann von niemandem geleugnet werden. Und daß ein Bedürfnis danach vorhanden ist, lehrt nicht nur jeder Streik, sondern auch das weitverbreitete Verlangen der britischen Arbeiter nach einer eigenen Presse. — Möge der „Daily Herald“ nicht den Mut sinken lassen.

Letzte Nachrichten.

Passive Resistenz auf der österreichischen Staatsbahn.

Wien, 16. Februar. (W. Z. V.) Unter mehreren Kategorien der mittleren und unteren Staatsbeamten in Oesterreich, besonders der Postverkehrsbeamten, war erwogen worden, alsbald mit der passiven Resistenz einzusetzen, falls die verschiedenen Forderungen der Beamten bezüglich der Besserung ihrer finanziellen Lage, insbesondere bezüglich günstigerer Beförderungsbedingungen, nicht erfüllt werden würden.

Nachdem aber nunmehr der Ausschuh des Abgeordnetenhaus für die Angelegenheiten der Staatsbeamten die Erledigung der Regierungsvorlage über die Dienstprogramm der Staatsbeamten bis zum 1. Juli d. J. in sichere Aussicht gestellt hat und auch die Regierung sich zu den Wünschen betreffend die Beförderung nicht prinzipiell ablehnend verhält, hat man sich, wie verlautet, in den Kreisen der staatlichen Beamten entschlossen, mit der passiven Resistenz vorläufig bis zum 1. Juli nicht vorzugehen.

Mit dieser Aktion der Staatsbeamten Oesterreichs steht nicht im Zusammenhang die passive Resistenz, welche heute teilweise in Teilstellen im Ausbruch gekommen ist, nachdem in einer gestern abgehaltenen Versammlung der Staatsbeamten und Staatsangestellten die von der Regierung gebotenen Zugeständnisse für annehmbar erklärt worden waren. Nach den bis heute nachmittag 5 Uhr bei der Staatsbahndirektion eingelaufenen Nachrichten wickelt sich der Dienst fortgesetzt normal ab.

In dem Betriebe der staatlichen Lagerhäuser im Freien macht sich passive Resistenz fühlbar, jedoch bisher ohne nachteilige Folgen. Nach neueren Nachrichten befürchtet man, daß sich diese Resistenzbewegung auf das ganze Küstengebiet ausdehnen werde.

Triest, 16. Februar. (W. Z. V.) Die hier ausgebrochene passive Resistenz verursachte Verspätung in den Postämtern, in der Paketbestellung und im Telegraphenverkehr. Telegramme erlitten Verzögerungen von 1–1½ Stunden, stellenweise sogar bis zu 4 Stunden. Auch im Eisenbahnverkehr sind Verzögerungen infolge der Resistenz der Zollorgane wahrnehmbar.

Strenge Kälte.

Wemel, 16. Februar. Der Wemeler Hafen ist, wie das Wemeler „Dampfsboot“ meldet, vorübergehend geschlossen. Große Eadeismengen schoben sich am heutigen Vormittage vom See aus mit eingehendem Strome in den Hafen, den sie bis über Schmelz hinaus füllten. Gegen abend blieben im ganzen 4 Dampfer in dem Eadeise stecken, ohne vorläufig vorwärts oder rückwärts zu können. Es schien in den Abendstunden, als ob der anfangs nord-nord-westliche Wind, der sich zurückgedreht hat, sich ansieht, das Eis wieder nach See zu schieben und damit die Kalamität zu beheben.

Zwei Muttanten.

Essen a. R., 16. Februar. (W. Z. V.) In der Gemeinde Buer erschlug der Bergmann Bettinger seinen Bruder im Streite. In Hamborn wurde der Bergmann Schellenlamhausen in einem Wäldchen erschossen aufgefunden. Seine Ehefrau hatte ihn in Gemeinschaft mit ihrem Stiefsohn getötet. Beide wurden verhaftet.

Ein betrügerischer Kasseninspektor.

Colmar, 16. Februar. (W. Z. V.) Heute verurteilte die Strafkammer des Landgerichts Colmar Wilhelm Machwitz, der angeklagt war, die staatliche Postkasse in Elsbheim und Neu-Breisach durch Vorspiegelung falscher Tatsachen und gestützt auf seine Autorität als Kasseninspektor um 30 000 M. betrogen zu haben, zu 1½ Jahren Gefängnis. Der Verurteilte wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Diskontermäßigung.

Zürich, 16. Februar. Die Nationalbank hat den Diskont von 4 auf 3½ Proz. herabgesetzt.

Die Bewegung an der Moskauer Universität.

Moskau, 16. Februar. (W. Z. V.) 8 Professoren und 23 Privatdozenten der Universität haben ihre Abschiedsgesuche eingereicht.

Reichstag.

129. Sitzung. Donnerstag, den 16. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz.

Zweite Beratung des Marine-Etats.

Vierter Tag.

Zunächst wird über die von den Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragte Resolution, wonach Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an Firmen vergeben werden sollen, welche bezüglich der Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, auf den Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken, und wonach die Marineverwaltung bei der Festsetzung und Neuordnung der Arbeitsbedingungen die Arbeiterausschüsse hinzuzuziehen soll, namentlich abgestimmt.

Die Resolution wird mit 240 gegen 101 Stimmen angenommen.

Dann werden zwei von den Abgg. Giesberts (Z.) und Behrens (wirtsch. Bg.) beantragte Resolutionen, von denen eine den Ausbau der Arbeiterausschüsse, die andere die Verächtlichmachung der tariflosen Firmen bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen verlangt, angenommen.

Es folgt die Beratung der Kapitel „Instandhaltung der Werften und der Flotte“.

Staatssekretär v. Tirpitz: Nach einem mir zugegangenen Telegramm des Admiral Lans ist an der gestern vom Abg. Weber erwähnten Notiz des „Leipziger Tageblatt“ über Zurückweisung privater Hilfe bei Vergütung des Unterseeboot U 3 kein wahres Wort; das Telegramm schließt mit den Worten: „Das ganze ist eine dreifache Entfindung, auf die das „Tageblatt“ hingefallen ist.“ (Hört! hört! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Strube (Sp.): Der Staatssekretär hat gestern postliber behauptet, der Torpedodirektor Jendahl habe die Worte: „Ich was, was scheren mich Menschenleben“, nicht gebraucht. Besser wäre es gewesen, die Sache gerichtlich klarzustellen. Der Staatssekretär hat sich ritterlich für seinen Untergebenen eingesetzt, und auch Herr Weber hat versichert, Herr Jendahl habe einen vorzüglichen Eindruck auf ihn gemacht. Nach meinen Informationen verhält es sich doch anders; danach sind die ihm unterstellten Offiziere mit der Behandlung durch den Torpedodirektor im höchsten Maße unzufrieden (Hört! hört! links), und wer es irgend kann, läßt sich verstehen, und daß der Herr bei seinem Verhalten gegen die Arbeiter — und unsere niederdeutschen Arbeiter sind ein sehr ruhiger Menschenhaufen — fehlgriff, ist ja klar. Die Oberwerftdirektion hat die Arbeiterchaft gebeten, ihr das Vertrauen zu Herrn Jendahl auszusprechen; aber von den 4000 anwesenden Arbeitern erhoben sich nur die sieben Mitglieder des Arbeiterausschusses für das Vertrauensvotum, alle anderen blieben sitzen. Da ist sicher das System nicht richtig. Auch die technischen Beamten heißen das Vorgehen der Arbeiter gut, und nun verlangt der Oberwerftdirektor, die Beamten sollen gegen den Restschmitt Klagen vorbringen, der behauptet hat, die Beamten billigten das Vorgehen der Arbeiter. (Hört! hört!) Es handelt sich bei all diesen Vorgängen nicht um sozialistische Dinge, sondern um den Kampf des Rechtsbewusstseins gegen die durch eigene moralische Schuld verletzte Autorität. Schuld ist das System, wonach junge Offiziere, die nie mit Arbeitern zu tun hatten, Vorgefekte von Arbeitermassen werden; diese müssen ja Mißgriffe machen. (Sehr wahr! links.) Deshalb ist eine gründliche Reorganisation der Werftbetriebe notwendig. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, er müsse bei seinem schon gestern ausgesprochenen günstigen Urteil über den Torpedodirektor Jendahl bleiben.

Abg. Schirmer (Z.): Aus dem Dispositiv des Etats ist nicht zu ersehen, wie groß die Zahl der Werftarbeiter ist; man kann daher auch nicht erkennen, wie sich die Lohnsumme verteilt. Zum Teil sind die Löhne recht schlecht, so daß die Arbeiter auf den Mißverdienst ihrer Frauen und Kinder angewiesen sind. Ich bitte, auf keinen Fall Reduktionen der Löhne einzutreten zu lassen. Weiter wünschen die Arbeiter, daß die bestehende Unterstufungsklasse zu

einer Pensionskasse ausgebaut werde; ich empfehle diesen Wunsch dem Staatssekretär zur Verächtlichmachung. — Auch wäre zu wünschen, daß die Arbeiter der Marinebetriebe in das Arbeitskammergesetz einbezogen werden. Dieser Friedensinstrumente sollte sich doch der Staatssekretär bedienen, der hier ja als Friedensengel bezeichnet worden ist. (Heiterkeit.) Verwunderlich ist, daß der Staatssekretär die Forderungen des Technikerverbandes nicht entgegengenommen hat; auf solche Weise bekämpft man nicht die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! im Zentrum.) — Bei der Vergütung der Arbeiter der Marine sollten auch süddeutsche Gewerbetreibende berücksichtigt werden; Süddeutschland ist durch die indirekten Steuern sehr erschädigt für die Marine belastet (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ohne einen unmittelbaren Nutzen dafür zu bekommen.

Abg. Severing (Soz.):

Der Staatssekretär hat gestern behauptet, schon in der Budgetkommission sei bewiesen worden, daß der Torpedodirektor Jendahl ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Das ist in keiner Weise bewiesen worden; die Arbeiter empfinden sein Vorgehen keineswegs als Wohlwollen. Herr Weber suchte gestern den Kapitän Jendahl zu entschuldigen und meinte, man sollte eine in der Erregung gefasste Meufung nicht aufbauen. Diese Meinung hätte er an die Marineverwaltung richten sollen, diese hat die Sache erst aufgebaut, anstatt die Erregung der Arbeiter begreiflich zu finden und als kompensierend gegen die Erregung des Kapitäns Jendahl zu betrachten. Der Staatssekretär begnügt sich mit dem Ehrenwort des Herrn Jendahl, er habe die Meufung nicht gebraucht. Er verweigert, daß der Hilfsverfäher Ebers bereit war, zu beschwören, daß die Meufung gefallen ist, und ein weiterer Arbeiter war ebenfalls bereit, das zu beschwören. Besonders charakteristisch ist die

Art der Untersuchung,

die die Marineverwaltung geführt hat. Die Arbeiter wurden einzeln in die Bureauz gerufen und dort wurden ihnen die einzelnen Fragen vorgelegt. 325 gaben zu, in der Versammlung gewesen zu sein, und danach gibt der Staatssekretär die Zahl der Versammlungsteilnehmer auf 325 an. Tatsächlich waren gegen 800 von den 1500 in der Torpedowerkstatt beschäftigten Arbeitern in der Versammlung; nur 325 haben es zugegeben, die anderen konnten ihre Pappentmeier, und ich möchte den Werftarbeitern raten, bei ähnlichen Vorwürfen ebenso vorichtig zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann sprach der Staatssekretär in einem mir nicht verständlichen Zusammenhang vom geordneten Menschenverstand. Was hat denn das Reichsmarineminister mit geordnetem Menschenverstand zu tun. (Große Heiterkeit.) Der Staatssekretär meinte, der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes habe künstlich die Unzufriedenheit erregt. Ich nein, der hat zu bremsen versucht, aber die Empörung der Arbeiter war zu groß. Der Staatssekretär sagte, die Mitglieder des Arbeiterausschusses hätten in der Versammlung geschwiegen, weil sie mit Verleumdungen bedroht wurden. Ich habe soeben ein Telegramm bekommen, daß in keiner Versammlung derartige Geschehnisse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Behandlung der Arbeiter wird der Staatssekretär und die Oberwerftdirektion dem Metallarbeiterverband und der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Admiralitätsrat Harms erklärt dem Abg. Schirmer gegenüber die Umwandlung der Unterstufungsklasse in eine Pensionskasse für unzulässig. Dem Wunsch nach Verächtlichmachung süddeutscher Gewerbetreibender soll Rechnung getragen werden.

Damit schließt die Debatte. Titel 1-7 werden angenommen.

Die Titel 8 (Allgemeiner Werftbetrieb), 8a (Ursachbeschaffung von Betriebsfahrzeugen für Werften) und 9 (Instandhaltung der Schiffe und ihres Inventars) werden in die Beratung verbunden. Es liegt dazu ein Antrag v. Thünefeld (Z.) u. Gen. vor, die Titel für gegenseitig bedungsfähig und übertragbar zu erklären.

Abg. Severing (Soz.):

Nach Herrn Dr. Weber soll ich bei dem Wilhelmshadener Werftdirektor eine zweifelhafte „Stippvisite“ gemacht haben. Die Behauptung ist total falsch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erstens habe ich keinen Besuch beim Werft-

direktor gemacht und zweitens habe ich nicht ein paar Stunden sondern einige Monate auf das Studium der Werftverhältnisse verwandt. Aber die viertägigen Abstecher der Herren Weber und Erzberger sind als Stippvisiten zu bezeichnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir unferreits brauchen keine Visiten bei Werftdirektoren, wir wissen uns unsere Informationen auf andere und bessere Weise zu beschaffen. Herr Erzberger ist durch seine Verkaufsfähigkeit ja belehrt, aus einem Herr Erzbauer ein Paulus, aus einem Adler ein Lober geworden. (Zuruf des Abg. Erzberger: Ich bin eben belehrbar! Vizepräsident Schulz bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Ich habe nichts gegen die Zwischenrufe des Herrn Erzberger; sie tragen zur Belehrung bei. (Große Heiterkeit.)

Ich kann in das Lob nicht einstimmen, das dem Staatssekretär so reichlich gesendet worden ist. Er soll außerordentlich sparsam mit den bewilligten Geldern gewirtschaftet haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Es wird sehr leichtsinnig mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet.

Der Staatssekretär sagt, er könne sich nicht um alles Eifen kümmern. Das verlangen wir auch nicht von ihm. Wohl aber verlangen wir von ihm, daß mit den teuren Gegenständen, die auf Kosten des Volkes angeschafft werden, nicht lächerlich umgegangen wird. Ein paar Beispiele: als in Danzig die Fundamente zu einer neuen Maschinenhalle gelegt wurden, fand man — und zwar in keiner sehr beträchtlichen Tiefe — u. a.

Bronzegegenstände von der Schwere mehrerer Zentner und ein ebenfalls mehrere Zentner schweres Schanzenrad. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und man glaube nicht, daß so etwas nur in Danzig vorkommt. In Kiel sind im Meffort des Kapitäns Paasche

eine große Anzahl, kupferner, eisener, bronzener Gegenstände zum alten Eisen geworfen worden.

Wir haben Leute, die bereit sind, das zu beedien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind selbstredend weit davon entfernt, den Staatssekretär für alle diese Dinge verantwortlich zu machen. Vielmehr sind wir mit dem Abg. Strube der Meinung, daß die Hauptschuld an dem System liegt. Es gehört zu dem System, wenn wir es ja auch im Falle Jendahl sehen, die einfache Erklärung angefordigter Offiziere genügt, um eine Sache als erledigt zu betrachten.

Mit Herrn Dr. Strube sind wir auch der Ansicht, daß die Ingenieure nicht die Stellung in der Marine einnehmen, die ihnen zukommt. Wenn Herr Dröcher dem Kollegen Strube den Vorwurf macht, daß er zu großes Wohlwollen für die Techniker hege, so ist Herrn Dröcher zu erwidern, daß er seinerseits zu großes Wohlwollen für den Staatssekretär hegt. Dieses zu große Wohlwollen läßt Herrn Dröcher auch die Tatsache übersehen, daß die technischen und sonstigen Einrichtungen unserer Marine doch nicht so tadellos sind, wie behauptet wird. Mit hohen Tönen hat eben der Staatssekretär die Behauptung eines bürgerlichen Leipziger Blattes dementiert, daß bei der Katastrophe im Kieler Hafen die angebotene Hilfe von Privatwerken zurückgewiesen worden sei. Er erklärte, in Kiel seien überhaupt keine Privatfirmen, die für eine solche Hilfe in Betracht kämen. Wie reimt es sich damit, daß man, wie mir zuverlässig berichtet worden ist, die Hilfe einer Privatfirma in Anspruch genommen hat, um den Gebläse „Sulcan“ an die Unglücksstätte zu bringen. (Hört! hört!)

Ich bin der Ueberzeugung, daß man auf den Werften längst noch nicht so sparsam wirtschaftet, wie gewirtschaftet werden könnte. Man macht sich keineswegs in genügender Weise die Fortschritte der modernen Technik zu eigen. Wohl aber spart man an den Löhnen der Arbeiter und der Angestellten. Wenn die mit Ansprüchen kommen, so heißt es: Wir können nicht zahlen, wie die Privatindustrie. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Neulich war ein Prozeß in Kiel, bei dem ein Lohnschreiber von der Werft wegen Unterschlagungen verurteilt wurde. Dabei kam heraus, daß der Mann 2,50 M. Tagelohn bezog. Der Vorsitzende in dem Prozeß meinte: Bei solchem Lohne muß man ja zur Vernunft kommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Kleines feuilleton.

Vom Bau des Deutschen Museums. Man schreibt uns aus München: Auf der Kohleninsel, umraucht von den rötlichen Wellen der Jyar, also an einem Orte, wie man ihn sich landschaftlich nicht schöner denken kann, wachsen jetzt schon mächtig und hoch, fast bis zum Dachgesims, die Mauerwerke des Deutschen Museums für Technik und Naturwissenschaft zur Höhe. Und da es sich hier nicht um eine einseitige Münchener oder bayerische Angelegenheit handelt, sondern um einen Bau und ein Institut, das den Fortschritt und die Höhe der deutschen Industrie, der Technik und der verwandten Zweige dokumentieren soll, will man auch außerhalb Jyarahens gern Näheres über den Stand der Bauten hören wollen. Am 28. Juni 1908 wurde durch Baurat Müller der Verein zum Bau dieses gewaltigen Unternehmens ins Leben gerufen, und dank der rührigen Mithilfe aller Kreise steht der Bau heute schon halbvollendet da. Von dem ersten Entwurf, der den Baukünstler Gabriel v. Seidl zum Vater hat, ist fast nichts mehr übrig geblieben. Durch den Zweck, dem das Gebäude dienen soll, bedingt der Bau allein schon einen ganz besonderen Grundriß. Hier waren eine Menge Fragen im einzelnen zu lösen, er mußte sowohl den handlichen Kleinprodukten der Technik, der Uhr, den optischen Linsen, kleinen Sammlungen, als auch großen Gegenständen als Aus- und Aufstellungsraum dienen: Lokomotive, Lokomotive, Luftschiffe müssen darin einst Platz finden. Und wenn man die jetzt schon vorhandenen Sammlungen des Deutschen Museums in den beiden stattlichen Bauten durchwandelt, die nur notdürftige Unterkunftsräume bedeuten, dann erhebt und abnt man schon, welche schwierige Aufgabe die Schöpfung idealer Räume bedeutet. Im ganzen stellt der Bau annähernd ein Rechteck dar, dessen erstes überdecktes Quadrat den eigentlichen Museumsbau darstellt, während das anschließende Quadrat einen Hof enthält, um den sich Zentrale, Verbindungsbauten und der stattliche Bibliotheksraum als die vier Seiten herumlegen.

Aber auch im Material der Bauten soll jeder Fortschritt der Technik, hier der der Bautechnik, zum Ausdruck kommen. So wird nur Eisenbeton, Kies und Holz als Material benutzt. Ziegel und Mörtele sind verboten. Der Ausstellungsraum inmitten des mittleren ersten Quadrats wird 23 Meter hoch, 65 Meter lang und 20 Meter breit sein und hauptsächlich dem Schiffbau und den Landestransportmitteln dienen. Für das Fundament dieses mittleren Teiles des bis heute schon aufgeführten Museums waren allein 1500 Eisenbetonpfeiler nötig. Zum ganzen Bau werden nicht weniger als 80 000 Kubikmeter Beton nötig sein. An Eisen kommen zweieinhalb Millionen Kilogramm zur Verwendung, 12 000 Kubikmeter Holz erfordert der Bau außerdem.

Die Kosten des Baues werden sich auf acht Millionen belaufen. Da aber die Stadt München und viele Private namhafte Spenden in Form von Geschenken an Material, von Gratisabgabe an Wasser und Licht usw. gemacht haben, hofft man zu den schon vorhandenen 5 Millionen nicht mehr allzu viel zu brauchen.

Tiere, die sich selbst vergehren. In der „Adn. Zeitung“ lesen wir: In seiner Scherzballade „Lunfomar und Teutolinde“ singt Platen von dem Ungeheuer:

„und froh sich schließlich selber auf, vom Schwanz an beginnend.“

Man liest es und läßt über den guten Witz. Aber das „Sichselbstvergehren“ ist nicht nur in Dichtungen zu finden, es kommt auch wirklich vor. Seltener zwar, aber doch! In verschiedenen Ländern werden Wrisen ihres Gesanges wegen in kleinen Käfigen gefangen gehalten. Hin und wieder macht man nun an diesen Tieren seltsame Beobachtungen. Sie verstimmen sich selbst, indem sie ihre Beine abbeißen. Noch deutlicher hat Kiggenbach dieses seltsame Verhalten bei den Laubheuschrecken beobachtet. Die Gefangenen lauten nicht nur ihre Beine ab, sondern fraßen auch den eigenen Leib an. Dabei zeigten sie keine Unruhe, kein Unbehagen, keinen Schmerz. Mit leidenschaftlicher Gier nagten sie am eigenen Leibe, bis sie an den gräßlichen Verstimmlungen starben. Der Grund, warum diese Insekten das tun, ist völlig unklar. Man begegnet der Autophagie auch bei höheren Tieren. Daß Verwundung und Angst zum Wüten gegen den eigenen Leib veranlassen kann, ist verständlich. Die Berichte, daß Fuchs und Warden, wenn sie mit einem Weib in ein Gefängnis geraten, dieses Weib abbeißen, um die Freiheit zu erlangen, sind nicht unglauwbwürdig. Eigenartige Beobachtungen machte man aber an gefangenen Raubtieren. Ohne ersichtlichen Anlaß begannen sie plötzlich gegen sich selbst zu wüten und brachten sich so schwere Wunden bei, daß sie an dem großen Blutverlust zugrunde gingen. Einige begannen in der Lat, nach Lilienron, vom Schwanz an. So berichtet Hagenbed von zwei Löwinnen, die sich ihren Schwanz geradezu ablauten und abfraßen, soweit sie nur heranreichen konnten. Ein königstiger, der sich ebenfalls über seinen eigenen Schwanz hergemacht hatte, fraß diesen zur Hälfte auf und konnte nur mit vieler Mühe geheilt werden. „Zweimal erlebte ich es“, schreibt Hagenbed, „daß sich gefleckte Hyänen, die bis zu diesem Augenblick durchaus wohl waren und sich normal verhielten, plötzlich mit lautem Geschrei, ich möchte sagen, über sich selbst herfielen und sich ganze Stücke aus dem eigenen Körper herausriffen. Dieser grauenvolle Vorgang ereignete sich so schnell und unerwartet, daß es unmöglich war, helfend einzugreifen. Beide Tiere hatten sich so entsetzliche Wunden beibracht, daß sie unrettbar einem schnellen Tode verfielen.“

Wahrscheinlich handelt es sich in solchen Fällen um eine schwere Erkrankung des Nervensystems, um ein Gehirnleiden, das bis jetzt unerforscht ist.

Theater.

Kammerspiele: „Der Riese“, ein bürgerliches Lustspiel in von Karl Sternheim. „Der Riese“, wie sich das Stückchen gegenwärtig nennt, ist zwar kein „bürgerliches Lustspiel“ — vor den in diesem Genre geltenden Maßstäben der Motivierung und Durchführung würde es aber bestehen — wohl aber eine teilweise sehr gelungene übermäßige Grotteske. Vunt wirft der Autor naturalistische Beobachtungen, satirische Spigen und ungeheuerlich karikaturistische Uebertreibung durcheinander, in einer Form, die der Darstellung enorme Schwierigkeiten bieten muß. Neben dem scharf gesehenen phlegmatischen Beamten Theobald Raske und seiner vertrauten abenteuerlustigen Frau laufen da ausblühende Exemplare menschlicher Verächtlichkeit einher: zwei verliebte Chambregarnisten, ein in Hoffmannsthalischen Estifen schwärmender Kesther und ein wehleidig neurasthenischer, dem gleich erhebendem Ueberschwang besetzter Barbiergehilfe, mit denen die phantastische Laune des Autors Jangball spielt. Der

belle Blödsinn, den das Paar verzapft, konnte leicht gefährlich werden, aber Herr Bötz und vor allem Herr Viensfeldt als Barbier nahmen die Hindernisse im Sturm, tollten auch aus den tollsten Verrentungen eine verblüffende Komik heraus. Die gradlinig sorgfältig gezeichnete und darum so viel leichter zu treffende Figur des bürgerlich biederemännlichen Beamtenphilisters, des „Riesen“, der in dem Gefühl seiner breibräftigen Gesundheit, seiner staatlich approbierten Nützlichkeit und künftigen Pensionsberechtigung mitleidig lächelnd auf die spitzfindenden Windstöße herabsieht, fand in Herrn Tiedle einen wunderbar wackersten Repräsentanten. Sehr natürlich, anmutig frisch mit einem Stich ins Dreiste, schlenderte Ute Heims als junge Beamtenfrau. Nur die Frembin, eine überspannte, romantisch ählerne Person, die ihre Kafe in jede Uebelsage steckt und schließlich von dem ehrenwerten Hausherrn selbst eines Ledtelmechels gewürdigt wird, blieb tot, so sehr sich Fel. Kupfer um die Rolle mühte.

Sehr ergötzlich wird das Erscheinen der beiden neuen feurigen Mieter durch eine häusliche Szene eingeleitet, in der Wades Ordnungsliebe und geistige Ueberlegenheit hessendst erstrahlt. Seiner poetischen Laune ist in ihrer Herzkrenheit etwas Ungeheuerliches passiert. Mitten im Gedränge der Strafe, als er mit ihr auf das Kommen des Landesväterlichen Wagens wartete, hat sich ihr schlecht geknüpftes Hosenband gelöst, die Sache rutschte runter. Welche Blamage! Eine endlose hausväterliche Gardinenpredigt ergießt sich auf das Haupt der Schuldigen. Der Kesther, der immer auf der Jagd nach einem poetischen Motiv, Frau Raske auf der Stelle als Ideal und Krone des Geschlechts andeklamiert und der ihm auf dem Fuße folgende gleich schwungvolle Freireue, betrachten sich erst mit dem schwarzen Mißtrauen nebenhulischer Leidenschaft, um dann, sobald sie eingebürgert sind, in dem Gefühle ihres wohlverdienten Idealismus gemeinsam gegen ihren Hauswirt, den unverbeßerlichen Profamenschen, Front zu machen. In diesen Redekämpfen, bei denen die erchtigen Rivalen die Frau ganz vergessen, gipfelt die alltägliche Karezze der Schmutze. Die Chancen des Barbiers, der Frau Wades mütterliches Mitleid weckt, erhöhen sich zusehend. Der Kesther lieh es zu auffällig an Lackkraft fehlen. Auch kündigt er, da er nach einer schweren Streiperi mit Raske auf dem nächsten Heimweg ein noch höheres Ideal der Weiblichkeit, das bisher allerhöchste, gefunden hat, sein Zimmer. Es wurde dies gelacht; in dessen ter Beifall blieb nicht ohne Opposition.

Notizen.

Theaterchronik. Als einmalige Veranstaltung geht im Theater am Zoo am Sonntag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr, Doffp Dymows neues Drama „Trene“ als Eröffnungsvorstellung der Berliner Premierenbühne in Szene. — Trene Triesch wird im April im Neuen Schauspielhause als „Judith“ gastieren.

200 Millionen für den Londoner Hafen. Der Londoner Hafen, der den größten Schiffsverkehr von allen Häfen der Welt besitzt, genügt nicht mehr den Anforderungen. Infolgedessen sind Verbesserungen für notwendig erklärt worden, die insgesamt 200 Millionen Mark kosten sollen. Dafür wird die Wassertiefe überall vergrößert, vier neue Docks gebaut und alle älteren umgebaut werden.

Der Staatssekretär meinte, die Werften zählten wie Privatbetriebe. Das trifft im allgemeinen keineswegs zu. Bei den meisten Kategorien sind die Löhne nicht gestiegen und das bedeutet bei der Steigerung der Lebensmittelpreise Verschlechterung. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Eigenartig ist auch die Bestimmung, daß die Gehälter der Lohnarbeiter nach „Führung und Leistung“ steigen. Wie wäre es, wenn wir danach auch die Gehälter des Staatssekretärs usw. bemessen wollten? Vielleicht würde die Reichskasse ein gutes Geschäft dabei machen. (Weiterer!) Mehrfach sind — angeblich zu hohe — Affordlöbne heruntergesetzt worden ohne Zuziehung der Arbeiterausschüsse. Wenn die Sätze wirklich so hoch waren, daß sie herabgesetzt werden mußten, dann würde die Gerechtigkeit erfordern, daß auf der anderen Seite auch die zu niedrigen Affordlöbne heraufgesetzt würden. Aber davon hört man nichts.

Der Staatssekretär meinte, daß die Unzufriedenheit in Wilhelmshaven auf verweilte Vorgänge zurückzuführen, deren Ursachen zu ergründen sehr schwierig sei. Ich, es handelt sich dabei wirklich nicht um so schwierige Dinge. Eine Anzahl Arbeiter wurden aus einer Kategorie in eine andere versetzt, mit dem Effekt, daß ihre Löhne sanken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß daraus Unzufriedenheit entsteht, ist nicht zu verwundern; und der Staatssekretär täuscht sich sehr, wenn er meint, diese Unzufriedenheit wegdekretieren zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär täte wirklich gut, sich mehr um die Lage der Maschinenisten und Heizer zu kümmern, für Aufbesserung der Lohnverhältnisse und für Abschaffung des Heberstundenverweises zu sorgen. Die lärgliche Befolgung der schwer arbeitenden Maschinenisten und Heizer steht in schreiendem Gegensatz zu den reichen Tafelgeldern der Offiziere. Es ist eben die alte Melodie:

Wer da hat, dem wird gegeben,
Wer da wenig hat, dem wird
Noch das Wenige genommen.
Aber wenn du gar nichts hast,
Et, so lasse dich begraben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben wirklich keine Veranlassung, in die begeistertsten Lobreden der Herren Dr. Dröschner und Erzberger einzustimmen. Ich habe eben einige Stichproben von der Sozialpolitik gegeben, die im Ressort des Reichsmarineamts herrscht. Daraus geht wohl schon ein bezeichnendes Bild: einem Invaliden wurde aus einer wohltätigen Stiftung eine monatliche Unterstützung von sage und schreibe 55 Pfennigen bewilligt. (Lebhaftes wiederholtes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Häufigsteingig Pfennig monatlich! So sieht die Sozialpolitik im Reich aus! Da haben wir wahrlich keinen Grund zu begeistertsten Lobeshymnen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Kollege Sebering will Monate auf den Werften zugebracht und dort seine Studien gemacht haben. In welcher Eigenschaft, wenn ich fragen darf? Als Arbeiter? Oder auf Grund von Besuchskarten? In beiden Eigenschaften hat er keine Gelegenheit, ist einfach außerhande, Studien über die kaufmännische Leitung der Werfte zu machen. Das alte Eisen ist wirklich nicht der Nebenwert, die in diesem Hause darüber gehalten werden. Daß Arbeiterausschüsse gehört werden sollen, ist auch meine Meinung; aber im Falle Jendahl hat er ja versagt, da hat er ja das Vertrauen der Arbeiter nicht gehabt, wie es auch sonst leider oft im Deutschen Reich der Fall ist. — Wir haben auf unserer Revisionsreise nicht die Affordlöbne und die anderen Löhne revidiert, sondern die kaufmännischen Einrichtungen, hier haben wir Anregungen gegeben, die auch befolgt wurden, und von den technischen Einrichtungen haben wir den Eindruck bekommen, daß sie auf voller Höhe stehen. (Lebhaftes Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Sebering (Soz.):

Herr Kollege Weber hat noch mehr Rosenöl bezapft wie Herr Kollege Erzberger, und hat diesem seine Verteidigungsrede vorweg genommen. Die Informationsreise der Herren habe ich nicht bekräftigt, überhaupt hat Herr Weber erst die Rede darauf gebracht, indem er spöttisch von meiner zweifelhafte Stippvisite sprach. Von den kaufmännischen Dingen verstehe ich nicht so viel wie Herr Weber; aber von den Arbeiterverhältnissen und technischen Verhältnissen verstehe ich mehr. Und was im Rieker Wertprozess festgestellt ist, kann durch dialektische Kunststücke nicht beiseite geworfen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich da nicht um fünf Kilo altes Eisen, sondern in dem einen Ressort allein um

Materialvergeudung von mindestens 20 000 Mark.

Da ist der Schluß gerechtfertigt, daß auch in den anderen Ressorts so mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet wird. Da ist es Pflicht eines Abgeordneten, sich darum zu kümmern. (Lebhaftes Anstimmeln bei den Sozialdemokraten.) Herr Weber sagt, er hat sich bei Herrn v. Tirpitz und dem Oberwerksdirektor zu Gast geladen und sei dann auf den Werften herumgeführt worden, und gab mir den Rat, ebenso zu verfahren. Mir würde es dann vielleicht ähnlich gehen wie Webel, dem der Besuch verwehrt wurde. (Abg. Dr. Weber (natl.): Wann war das?) (Abg. Webel (Soz.): Vor etwa zehn Jahren.) Ich habe es vorgezogen, zu den verschiedensten Tageszeiten auf die Werft zu gehen und mich nach den Verhältnissen umzusehen. Herr Weber sagt, die Dinge sind nicht wichtig genug, als daß wir uns hier darüber unterhalten sollen. Das will ich unterstreichen, die Steuerzahler denken anders darüber. Wenn dann wieder einmal ein Rieker Wertprozess kommt, so sind die bürgerlichen Parteien mit schuld daran (Lebhaftes Anstimmeln bei den Sozialdemokraten) und sie können sich nicht damit entschuldigen, daß sie nichts davon gewußt haben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Die Herren Sozialdemokraten und Freisinnigen haben über die Werftbetriebe viel geredet, aber einen positiven Antrag haben sie nicht gestellt. — Ueber unsere Parte nach den Werften zu reden hatte Kollege Sebering keine Veranlassung. Wie ist er denn überhaupt auf die Werft gekommen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das geht Sie gar nichts an.) Man muß doch anerkennen, daß auf den Werften jetzt vieles besser geworden ist, Dinge, wie sie der Rieker Wertprozess enthält hat, können heute nicht mehr vorkommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Sebering (Soz.):

Durch einen Irrtum des Präsidenten bin ich nicht mehr zu Worte gekommen. Ich werde bei der dritten Lesung nachweisen, daß der Wertprozess der Herren Weber und Erzberger nicht einen so privaten Charakter hatte als sie es hier darstellen.

Die Titel 8, Sa. 9 werden bewilligt.

Der Antrag v. Kühnfeldt wird angenommen, desgleichen debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Schaffung und Unterhaltung von Wohlfahrtsvereinen“ rügt

Abg. Ahlhorn (Sp.): die Konkurrenz, welche die Verkaufsstellen des Wohlfahrtsvereins in Wilhelmshaven den Kaufleuten machen; sie verkaufen nicht nur an Angehörige der Marinebetriebe, sondern an jedermann

Staatssekretär v. Tirpitz nimmt die Tatsache zur Kenntnis, erklärt aber, nichts dabei tun zu können, da die Marineverwaltung nichts mit dem Verkauf zu schaffen habe, der von einem privaten Wohlfahrtsverein ausgehe.

Abg. Dr. Semler (natl.) bittet den Staatssekretär, dann wenigstens privatim darauf hinzuwirken, daß den Detailisten keine Konkurrenz gemacht werde.

Abg. Ahlhorn (Sp.) macht darauf aufmerksam, daß auch die privaten Konsumvereine unter der Konkurrenz zu leiden haben.

Abg. Webel (Soz.):

Nachdem der Staatssekretär erklärt hat, daß die Marineverwaltung die Sache gar nichts angeht, möchte ich ihn bitten, seine Finger davon zu lassen. Private Beeinflussung, wie sie hier

gewünscht und, wie es scheint, zugesagt wird, dürfte leicht als Druck ausgefaßt werden und als Druck wirken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich wundere mich sehr, daß gerade von liberaler Seite dieser Angriff auf einen Konsumverein erfolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gab doch eine Zeit, da die Liberalen auf die Genossenschaftslösung als soziales Allheilmittel hinwiesen. Ich weiß das sehr gut, da ich selbst einmal Anhänger von Schulze-Delitzsch gewesen bin und gegen Lassalle Partei ergriffen habe, weil man uns gesagt hatte, daß die Selbsthilfe zum Ziele führen werde. Schulze-Delitzsch würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sähe, wie jetzt die Liberalen gegen die Konsumvereine vorgehen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und dabei die engstirnigsten kleinbürgerlichen Anschauungen entwickeln. Ich möchte dem gegenüber auf das allerentschiedenste betonen, daß das Genossenschaftsgesetz für alle zu Recht besteht, also auch für die Arbeiter. (Lebhaftes Anstimmeln bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben um so mehr Veranlassung, von dem Genossenschaftsgesetz zugunsten der Verbilligung ihres Konsums Gebrauch zu machen, als die Mehrheit des Reichstags alles getan hat, um die Lebenshaltung zu verteuern. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem tun die Arbeiter mit ihrem genossenschaftlichem Zulammenschluß nichts anderes, als was die Herren Agrarier ihrerseits im reichlichen Maße tun. Ernente lebhaftes Anstimmeln bei den Sozialdemokraten.) Es tut mir leid, wenn die kleinen Kaufleute geschädigt werden. Aber die Befehle sind für alle da und wir protestieren auf das entschiedenste dagegen, daß direkt oder indirekt die Arbeiter verhindert werden sollen, von den ihnen auf Grund des Genossenschaftsgesetzes zustehenden Rechten Gebrauch zu machen. Ich möchte also nochmals die Marineverwaltung dringend ermahnen, ihre Finger von der Sache zu lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ahlhorn (Sp.): Wir denken gar nicht daran, gegen die Konsumvereine vorzugehen. (Lebhaftes Hört! hört! rechts, namentlich bei den Antisemiten.) Wir protestieren nur gegen staatlich begünstigte Konsumvereine. (Beifall bei den Liberalen.)

Die Debatte schließt.

Der Rest der laufenden Ausgaben wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Beim Titel „Weiterer Ausbau der Marineschule in Mürwik und Ergänzung ihrer inneren Ausstattung“ bittet

Abg. Ledebour (Soz.)

den Staatssekretär dringend, für Abstellung der Klagen der Fischer in der Flensburger Bucht zu sorgen, welche durch den Bau der Marineschule in Mürwik geschädigt zu sein behaupten; „um fünf Bäge“ sollen sie geschädigt sein. In der Kommission sagte der Staatssekretär, er wählte hier von nichts; ich habe ihn darauf auf die Eingabe der Fischer an den Flensburger Magistrat verwiesen. Hat er sich nun informiert?

Staatssekretär v. Tirpitz versichert sein Wohlwollen für die Fischer.

Abg. Ledebour (Soz.):

Aus der Antwort des Staatssekretärs geht hervor, daß er sich in keiner Weise informiert hat. Unter diesen Umständen wird den Fischern sein „Wohlwollen“ nichts nützen, ebensowenig wie den Fischern von Laboe in der Kieler Bucht, die sich durch die Marine in gleicher Weise geschädigt fühlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Rest des Marineetat wird nach unwesentlicher Debatte erledigt.

Es folgen die zum Marineetat eingegangenen Petitionen. Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, die Petitionen des Deutschen Techniker-Verbandes und des Bundes technisch-industrieller Beamten, soweit sie sich auf Erhöhung der Bezüge der Werkstättenarbeiter beziehen, als Material, soweit sie sich auf Einrichtung von Beamtenauschüssen, Sicherung des Koalitionsrechts und Anerkennung der Organisation der Techniker beziehen, dem Reichsfinanzminister zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Koske (Soz.):

Wir bitten um Annahme unseres Antrages. Es handelt sich, wie ich bemerken will, um Leute, die unserer Partei durchweg fernstehen, was uns natürlich durchaus nicht hindert, ihre Interessen energig wahrzunehmen. Der Staatssekretär des Innern hat bei einer feilschen Gelegenheit den Technikern alle möglichen guten Wünsche übermitteln lassen; aber das Reichsmarineamt weigert sich hartnäckig, den Wünschen der Techniker nachzukommen und ihre Organisation anzuerkennen. Um so nötiger ist es, daß sich der Reichstag dieser Leute annimmt. Und so bitte ich denn um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Strube (Sp.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an. Es sei in der Tat nötig, das Koalitionsrecht der Techniker zu sichern.

Die Debatte schließt.

Der erste Teil des Antrags Albrecht (Ueberweisung der Petitionen betr. die Gehälter als Material) wird gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt, der zweite Teil (Ueberweisung der Petitionen betr. Anerkennung des Koalitionsrechts usw.) wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, fast aller Nationalliberalen, der Polen und einiger weniger Zentrumsabgeordneten (Dr. Will, Dr. Pfeiffer, Schirmer, Damerow) angenommen.

Der Marineetat ist damit erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr (Kautschou und Justizetat).

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge der Freikonserativen und Nationalliberalen betr. die

Winternot.

Die zu ihrer Beratung seinerzeit eingesetzte Kommission beantragt, die Regierung aufzufordern, schleunigst Geldmittel zur Unterstützung der Winter in sämtlichen westlichen Weindaugebieten bereitzustellen zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Die bewilligte Summe ist an die Vorstände der betroffenen Gemeinden zur Verwendung unter staatlicher Kontrolle zu überweisen. Es sollen den Gemeinden 80 M. pro Morgen überwiesen werden. Die Hälfte der Summe ist spätestens zum 1. März, der Rest zum 1. Juni d. J. zu zahlen. Der Abg. Ahrens (L.) beantragt, abweichend von dem Kommissionsantrag, die Ueberweisung der bewilligten Summe an die betroffenen Kreise. Voraussetzung zur Gewährung von Staatsmitteln soll die Gewährung von Mitteln seitens der Provinzial- resp. Bezirksverbände mindestens in gleicher Höhe und zum gleichen Zwecke sein.

Nach längerer Diskussion wird unter großem Beifall des Zentrums der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Rechten angenommen; für ihn stimmen auch die Sozialdemokraten.

Alsdann wird die zweite Lesung des Etats beim

Etat des Ministeriums des Innern

Kapitel Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung fortgesetzt.

Abg. Rosenow (Sp.): Das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei ist durch die Moabitischen Vorgänge sehr gesunken. Durch die Verbitterung der friedlichen Bevölkerung, wie

sie die Folge dieser zum Himmel schreienden Uebergriffe der Polizei ist, kann die Staatsautorität nicht gestärkt werden. Es wäre besser gewesen, wenn der Polizeipräsident es über sich gewonnen hätte, die gerichtlich festgestellten Ausschreitungen der Polizei zuzugeben. (Sehr richtig! links.) Es ist auch nicht Aufgabe des Polizeipräsidenten, die Stadt Berlin an der Ausführung notwendiger Verkehrseinrichtungen zu hindern, wie das im Falle der Nord-Süd-Bahn geschehen ist. (Sehr wahr! links.) Redner fährt des weiteren fort, daß ohne Angabe von Gründen ein Antrag des Berliner Magistrats auf Uebertragung gewisser Zweige der Wohlfahrtspolizei von der Regierung abgelehnt sei.

Minister v. Dallwitz: Ihrer Pflicht, das Publikum zu schützen, ist sich die Polizei wohl bewußt. In erster Linie hat sie die Pflicht Arbeitswillige gegen Mißhandlungen seitens Streikender zu schützen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn daraus sich Ausschreitungen entwickeln, die zum besten Aufbruch ausarten, so ist es Pflicht der Polizei, die Ordnung wiederherzustellen. (Lebhaftes Anstimmeln rechts.) Daß bei einem solchen Aufbruch Unberechtigte zu Schaden kommen, läßt sich nicht vermeiden. (Bravo! rechts.) — In Sachen der Wohlfahrtspolizei ist eine Antwort der Regierung erfolgt, sie ist aber dann von dem Magistrat über die weitere Entwicklung ohne Rücksicht gelassen worden.

Abg. Frhr. v. Jellich (Z.): Die Ausführungen des Herrn Liebknecht über die Frage der Jugendberufshilfe haben bewiesen, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe in unerschütterlichem Widerspruch stehen. (Sehr wahr! rechts.) Der Vorwurf des Mißbrauchs der Immunität seitens der Herren Liebknecht und Fischer läßt mich kalt. Ich habe auch der sozialdemokratischen Suggestion auch in der Presse mit Namensunterschrift hingewiesen. Im Urteil steht: Der Hof ist eine schlechte Grundlage einer objektiven Beurteilung der Dinge und daß die Sozialdemokratie Haß gegen die Polizei erregt, ist gerichtsfundig. Die gestrige Darstellung der Moabitischen Vorgänge durch Herrn Liebknecht war einseitig, wahrheitswidrig und entsetzlich (Widerpruch bei den Sozialdemokraten); wenn der „Vorwärts“ in dieser Weise auf die Arbeiterschaft einwirkt, steht diese unter sozialdemokratischer Suggestion und kann gar nicht wahrheitsgemäß ausfallen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerbört!) Auf Grund solcher Zeugenaussagen erhobene Beschuldigungen sind in der Tat unkontrollierbar und leichtfertig. (Bravo! rechts.) — Dem Abg. Cassel gegenüber kann ich den Vorwurf, daß Berlin seine Beamten vor allem nach politischen Gesichtspunkten auswählt, nur aufrecht erhalten.

Abg. Cassel (Sp.) polemisiert gegen den Abg. Frhr. v. Jellich und stellt gegenüber dem Minister fest, daß der Berliner Magistrat nach der Antwort der Regierung in Sachen der Uebertragung der Wohlfahrtspolizei über seine Stellung an den Oberpräsidenten berichtet habe. Im übrigen sei die Uebertragung der Wohlfahrtspolizei an Berlin auch heute noch durchaus wünschenswert.

Abg. Hammer (Z.): Die Nord-Süd-Bahn wäre längst gebaut, wenn Berlin die Sache nicht zehn Jahre lang hingezogen hätte. Tempelhof hat ein lebhaftes Interesse an der Weiterführung der Bahn nach dem Kreuzberg. Der Polizeipräsident konnte gar nicht anders handeln, als die Einigung zwischen Berlin und Tempelhof abzuwarten.

Abg. Rosenow (Sp.): Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat neulich erklärt, die Konzeptionsverlängerung an die Große Berliner Straßenbahn bis 1949 sei hinter dem Rücken der Stadt erteilt, weil die Straßenbahn elektrifizierung sonst nicht durchgeführt werden können. Ich stelle vor der Öffentlichkeit fest, daß allemal feststeht — und auch der Minister mußte das wissen —, daß die Straßenbahn damals erklärt hat, auf eine kürzere Frist als bis zum Jahre 1919 — nicht, wie wir wollten, 1917 oder 1918 — könne sie nicht eingehen, weil erst dann das in die Elektrifizierung investierte Kapital amortisiert sein werde. (Hört! hört! links.) Der Polizeipräsident war damals selbst gegen die Konzeptionsverlängerung bis 1949, ist aber leider gegenüber dem Minister nicht fest geblieben.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Herr v. Jellich hat uns vorgeworfen, daß wir die Erziehung der Jugend zu politischen Zwecken verfolgten. Will er etwa bestreiten, daß Sie es für eine politische Aufgabe halten, die Jugend zu Königstreue und Vaterlandsliebe zu erziehen? Es ist das allerdings eine besondere Art von Königstreue, die sich nach den Prozentsatz der agrarischen Verdienste bemisst. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und Ihre Vaterlandsliebe ist charakterisiert als Liebe zu der Sorte von Staat und Regierung, unter der wir in Preußen leben. (Anruhe rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr v. Jellich sich für seine einseitig-fanatische Beurteilung der Moabitischen Vorgänge auf das Gerichtsurteil stützen zu können glaubte, so müssen wir dagegen protestieren. Wenn er sich erdreistet hat (Anruhe rechts) zu sagen, ich hätte die Moabitischen Vorgänge leichtfertig entsetzt, so kann ich das mit einer einfachen Handbewegung zurückweisen. Tatsache aber ist, daß er die gerichtliche Urteilsbegründung leichtfertig entsetzt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer unweiselicher Debatte folgt das Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“.

Abg. Häbel (Z.) wünscht Entlastung der Gemeinde Jatzke in Oberschlesien von zu hohen Polizeikosten.

Minister v. Dallwitz gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Abg. Hoff (Sp.) beklagt die hohe Belastung der Stadt Kiel durch das neue Polizeikostengesetz.

Hierauf wird ein Schlußantrag der Konservativen angenommen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unerbört! Auch das Zentrum stimmt dafür.)

Abg. Strödel (Soz., zur Geschäftsordnung):

Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß ich durch den Schlußantrag verhindert bin, eine Reihe der wichtigsten Beschwerden über die Polizeiverwaltung in den Provinzen vorzubringen (Lachen rechts) und dringende Fragen an den Minister des Innern zu richten, insbesondere darzulegen, wie die Polizeibehörden in den Provinzen gegen das Vereinsgesetz verstoßen...

Präsident v. Kröcher: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. Strödel (fortfahrend):

Ich will nur darlegen, daß ich verhindert bin, festzustellen... (Präsident v. Kröcher: Sie dürfen aber die Punkte nicht detaillieren), daß diese Schikanen sich nicht nur gegen... (Präsident v. Kröcher: Das dürfen Sie zur Geschäftsordnung nicht sagen.)

Abg. Strödel (fortfahrend):

Ich will nur erwähnen, daß ich verhindert bin... (Präsident v. Kröcher: Das haben Sie ja schon getan.)

Abg. Strödel (fortfahrend): Ich bedauere, daß ich verhindert bin, nachzuweisen, wie die Polizei in skandalöser Weise den Grundsatzt vertritt... (Präsident v. Kröcher: Das ist sachlich und keine Bemerkung zur Geschäftsordnung.) Ich bedauere dann, daß es mir unmöglich gemacht wird, an den Herrn Minister die Frage zu richten... (Präsident v. Kröcher: Das ist auch wieder sachlich.) Ich muß doch in irgend einer Form sagen können, was ich ausführen möchte. (Widerpruch rechts.) Ich würde das nicht für mich in Anspruch nehmen, wenn ich nicht hundertmal gehört hätte, daß ähnliche Ausführungen hier zugelassen worden sind. (Lebhaftes Anstimmeln bei den Sozialdemokraten.) Diese erneute Vergewaltigung...

Präsident v. Kröcher: Sie haben keine Kritik an dem Beschluß des Hauses zu üben.

Abg. Strödel:

Das ist schon unzählige Male geschehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strödel:

Das ist schon unzählige Male geschehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zur Ordnung! (Abg. Hoffmann (Soz.): Die Beschlüsse des Hauses sind eben unter aller Kritik. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Herr Hoffmann, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Ströbel:

Der Schluß der Debatte verrät mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit das böse Gewissen der Mehrheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zur Ordnung und entziehe Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde“ spricht

Abg. Varriller (Z.) sich lobend über die Erfolge mit Polizeihunden aus und wünscht die Unterstützung privater Vereine, die die Zucht solcher Hunde betreiben.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir haben nichts dagegen, wenn staatliche Mittel zu diesem Zwecke hergegeben werden. Doch sollten solche Polizeihunde nur verwendet werden zur Auffindung der schwersten Verbrecher. Vielleicht können zwei der intelligentesten Köpfe der Mordkommission beigegeben werden und ihrer Intelligenz etwas nachsehen. (Weiterleit.) Sind doch eine Reihe von Morden in Berlin von dieser Mordkommission noch nicht entdeckt. Wohin wir kommen, wenn wir allein uns auf die Intelligenz unserer Polizeibehörde verlassen, beweist das Vorgehen der Polizei in der Nordische Blumenhalwa sie die Hand- und Korridorüren sämtlicher Berliner Häuser danach ausprobieren läßt, ob zwei in der Wohnung der Witwe Blumenhalwa gefundene Aluminiumschlüssel hineinpassen. Wenn der Verbrecher schließlich die Freiheit hat, in Lundenwalde oder Treuenbriegen zu wohnen, so wird es vielleicht gut sein, diese Sache gleich dem neuen Zwangsarbeiterhand zu überweisen. (Große Heiterkeit.) Vielleicht kann man die Intelligenz eines Polizeihundes auch dazu benutzen, um den Urheber eines Briefes herauszubekommen, der gestern an den Abg. Girsch gekommen ist. Ich will die Worte, die da drin stehen, hier nicht vorlesen, da ich auch nach allen Kräften bemüht bin, den Ton des Hauses zu heben. (Große Heiterkeit.) In dem Briefe wird dem Abg. Girsch gedroht, daß ihm eine Kugel durch den Schädel geschossen werden soll, wenn er nochmal wagt, etwas gegen die Berliner Polizei zu sagen. Der Kaiserentwurf des Briefes und die Aufgabe in der Nähe des Alexanderplatzes zeigt, daß der Hund vielleicht gar keinen weiten Weg hätte, wenn er den Schreiber ermittelt. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) natürlich liegt uns nicht daran, einen solchen Karren dem Strafrichter auszuliefern. Die unentdeckten Mörder in Berlin sind so zahlreich, daß sie demnach einen Klub werden gründen können. (Weiterleit.) Wenn sie es in nächster Nähe des Alexanderplatzes tun, dann sind sie am sichersten vor Entdeckung. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Uebrigens sollte man sich nicht allzu großen Illusionen hingeben über die Überverlässigkeit der Polizeihunde. So ist es bei Gleiwitz vorgekommen, daß ein Polizeihund gleich mehrere Personen stellte, von denen keiner der Mörder war. (Hört! hört!) Vor allem muß jedem

Mißbrauch mit Polizeihunden

entschieden entgegengetreten werden. So hat im Friedrichshain ein Polizeibeamter einen Hund auf einen obdachlosen Arbeiter gehetzt, der diesem das Bein zerfleischte und den Arm zerriss, so daß er 14 Tage krank lag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein ganz skandalöser Fall wird aus Altona von dem Organ des Vereins zur Förderung der Zucht von Polizeihunden berichtet. Danach hat man Kinder aus der Fürsorgeanstalt in Altona zu Experimenten mit Polizeihunden benutzt, und einem Kinde ist dabei eine tiefe Wunde beigebracht worden. (Sehr richtig! Hört! hört!) Als die Sache in der Stadtverordnetenversammlung vorgebracht wurde, meinte der Stellvertreter des Polizeihundes, das gehe das Stadtverordnetenkollegium gar nichts an, weil die Polizei dem Regierungspräsidenten unterstehe. Deshalb bringe ich den Fall hier vor. Wenn Fürsorgeanstalten zu solchen Zwecken mißbraucht werden, können sie sich nicht wundern, wenn die Kinder nicht gerne in Fürsorgeanstalten hinein wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist skandalös, daß so etwas unter den Augen der Polizei passieren kann. Der Staatsanwalt hat das Verfahren eingestellt, weil kein Schuldiger festzustellen sei. (Hört! hört!) Zum mindesten ist doch aber der Direktor der Fürsorgeanstalt und derjenige, der die Kinder zu dem Zwecke entlassen hat, der schuldige Teil. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt solchen Mißbrauch mit Polizeihunden zu treiben, sollte man sie lieber zur Auffindung der Spur des Mörders des in Roabit von der Polizei getöteten Herrmann benutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) um endlich diesen Fall aufzuklären, über den der Minister und der Polizeipräsident hartnäckig schweigt. In Dorimund hat die Polizei solche Hunde dazu mißbraucht, um Uruben infolge eines Streiks zu begegnen. Man hat in skandalöser Weise die wilden Bestien auf ganz Unbeteiligte losgelassen, ja man ließ die Hunde selbst den fliehenden nach in ein Theater, wo gerade Vorstellung war, laufen. (Hört! hört!) Ich ersuche den Minister, eine Instruktion zu erlassen, in welchen Fällen und wie die Polizeihunde zu verwenden sind. Werdings muß er sie so ablassen, daß die Intelligenz der Polizeibeamten sie auch begreifen kann. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

Die stark differierenden Anfertigungskosten für militärische Bekleidungsstücke führten zu einer längeren Aussprache. An Raderlohn werden bezahlt: a. für einen selbstgeordneten Waffenschrot 72 Pf., wenn er von Delonachschwarzwerkern angefertigt wird; 3,88 M. für die Anfertigung in Strahanstätten, 8,23 M. an kleine Handwerker und Heimarbeiter und 8,21 M. an Zwißhandwerker in den Bekleidungsämtern. Bei allen anderen Bekleidungsstücken sind die Preisunterchiede ähnlich. Abg. Erzberger schien Lust zu haben, für die Beschäftigung von Gefangenen Stimmung zu machen, wogegen Genosse Kossle lebhaften Einspruch erhob. — Der durchschnittliche tägliche Verdienst für Schneider in den Bekleidungsämtern betrug 1909 beim Gardecorps 5,57 M., beim 5. Korps 4,42 M., beim 6. Korps 4,04 M., beim 9. Korps 5,40 M., beim 10. Korps 4,70 M., beim 15. Korps 5,03 M. und beim 17. Korps 4,30 M. Für Schuhmacher betragen die Löhne in den genannten Korps der Reihe nach 6,75 M., 4,51 M., 4,54 M., 6,69 M., 4,92 M., 6,85 M. und 4,93 M. Auf eine Anfrage gab die Militärverwaltung zu, daß die preussische Justizverwaltung im Kriegsfall sofort 1000 weibliche Gefangene zur Anfertigung von Uniformen stelle. Auch dagegen legte Genosse Kossle mit dem Hinweis Vermahrung ein, daß im Kriegsfall Waffen von Arbeitern beschäftigt werden würden und ihnen durch Gefangenearbeit nicht die Möglichkeit geräubt werden dürfe, bei der Beschaffung von Uniformen etwas zu verdienen. — Lebhaft wurden auch die hohen Aufwendungen für Flurbeschäftigungen aus Anlaß der Manöver erörtert. Im nächsten Etat sind dafür 2 239 880 M. eingesetzt. Vom Kriegsminister wurde betont, daß Korpsführer hätten strenge Anweisung, Flurarbeiten nach Möglichkeit zu verhindern; großer Schaden werde aber durch die Massen von Manöverbummlern angerichtet, den zu verhindern gar nicht in der Macht der Verwaltung liege. „Dirigieren Sie mal den deutschen Staatsbürger bei solchen Anlässen“ meinte der Herr Minister.

Für den Ankauf von Remontepferden wird die Summe von 16 128 185 M. gefordert. Diese Gelegenheit benutzten der mecklenburgische Junker v. Treuenfels und der ostfälische Remontenzüchter Rehbel zu einem erneuten profitgierigen agrarischen Vorstoß. v. Treuenfels prophezeigte geradezu den Untergang der Zucht von Warmblütern, an deren Stelle die Zucht der schweren und militäruntauglichen Kaltblüter trete, wenn die Preise für die Remonten nicht erhöht würden. Auf frühere Vorstellungen der Remontenzüchter habe das Kriegsministerium die Preise erhöht, aber es müsse mehr geschehen. Dabei ist zu beachten, daß innerhalb weniger Jahre der Preis der Remonten von 9000 auf 10 000 M. gestiegen ist. Der Kriegsminister bezieht sich, den Agrariern freundliches Entgegenkommen in Aussicht zu stellen, während der Schatzsekretär Wermuth mit Entschiedenheit vor Annahme einer vom Junker Treuenfels im Interesse der Pferdezüchter eingebrachten Resolution warnte. Dafür wurde er von Herrn Rehbel als „wenig landwirtschaftsfreundlich“ angesprochen, d. h. dem Schatzsekretär wurde die Freundschaft gekündigt. Genosse Kossle betonte zunächst, wie die Agrarier die Zeit der Kommission zur Befriedigung ihrer eigenen Profitinteressen mißbrauchten und gehegte dann das Vorgehen der Herren v. Treuenfels und Rehbel, die systematisch auf Preissteigerungen hinarbeiteten. Von einer Not der Pferdezüchter könne keine Rede sein; unter sich freuten sie sich nicht wenig über das glänzende Geschäft, das sie mit der Militärverwaltung machten. Der Vorsitzende v. Sam p stimmte der Kritik Kossle über den Mißbrauch der Zeit der Kommission ausdrücklich zu; er allein vermöge dem aber nicht mehr zu steuern. Gestützt auf die Zusagen des Kriegsministers zog v. Treuenfels seine Resolution zurück. Bei der Forderung von 5,4 Millionen Mark für Reise- und Umzugskosten wurde die Ausgabe von 80 000 M. zur Reise von 4 Offizieren nach Japan bemängelt. Im ganzen kostet diese Reise annähernd 100 000 M. — Eingehend wurde die Zerstörung des Lustschiffs Z II bei Weillburg besprochen. Die Angelegenheit wird auch das Plenum beschäftigen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Gera.

Bei der Gemeinderatswahl in Gera wurden 15 sozialdemokratische Kandidaten gewählt; sie erhielten 2867 bis 8179 Stimmen, während die Gegner 2442 bis 2798 Stimmen zählten. Da dem Gemeinderat bereits 11 Sozialdemokraten angehören, erlangen unsere Genossen dort die Zweidrittel-Mehrheit.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für das Fürstentum Lippe hielt am Sonntag seine Halbjahrs-Generalsammlung ab. Der Verein hatte im zweiten Halbjahr 1910 mit dem Kasienbestand von 457,89 M. 1681,53 M. Einnahmen zu verzeichnen, Ausgaben 946,40 M., so daß am 31. Dezember 1910 der Kasienbestand 665,18 M. betrug. Die Mitgliederzahl stieg um 105; von 807 auf 912, und die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten um 170. In 14 Orten sitzen jetzt 28 sozialdemokratische Gemeindevertreter. Reichstagskandidat Genosse Becker hielt zum Schluß ein Referat über die nächsten Reichstagswahlen.

In der Generalsammlung des 18. sächsischen Wahlkreises (Zwickau) wurde ein erheblicher Zuwachs der Mitgliederzahl festgestellt. Sie stieg von 4040 auf über 5000, eine Zunahme von über 24 Prozent! Die Generalversammlung soll künftig aus Vertretern der einzelnen Ortsgemeinschaften bestehen — auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Mitglieder des Vereins können sich an den Debatten der Generalsammlung beteiligen.

Als Reichstagskandidat wurde der jetzige Vertreter im Reichstage, Genosse Stolle, wieder aufgestellt.

Märtyrertum der Arbeiterpresse in Grusen (Kaukasus).

Man schreibt uns aus Tiflis:

Wohl nirgends im ganzen Reiche hatte die Arbeiterpresse solche Verfolgungen zu erdulden wie in Grusen, wo die legale marxistische Presse bereits vor 1905 festes Fuß gefaßt hatte. Der Kampf wurde aber ohne Unterbrechung fortgeführt und an Stelle des gefallenen Kämpfers trat stets ein neuer auf den Plan. In dem kurzen Zeitraum der „Institutionellen“ Periode wurden in dem kleinen Grusen nacheinander 46 Arbeiterblätter herausgegeben, von denen aber nur 4 bis Nr. 52 und nur 1 bis Nr. 111 lebten. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bei der Schließung des Blattes die Redaktion und Expedition versiegelt wurden, so daß man für ein neues Blatt die Einrichtung wieder neu anpacken mußte. Sämtliche Blätter wurden auf administrativem Wege auf Grund des Kriegszustandes geschlossen, während die Redakteure, meist nach längerer Gefängnisstrafe, aus dem Kaukasus ausgewiesen wurden. In der letzten Zeit wurden die Redakteure aber noch außerdem zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und zur Gefängnisstrafe auf ein Jahr verurteilt. Gegenwärtig verüben noch sechs von ihnen ihre Strafe in der hiesigen Metzsch-Sitzelle.

Alle diese Maßnahmen erwiesen sich aber für die Administration noch als ungenügend. In der letzten Zeit wird bei Schließung des Blattes das gesamte Redaktions- und Expeditionspersonal verhaftet. So wurden im November v. J. bei der Inhabierung des Blattes „Abali-Köri“ sämtliche Mitarbeiter und Angestellte, insgesamt elf Personen, verhaftet. Und als eine Woche darauf ein neues Blatt erschien, wurde das gesamte Personal nach fünf Tagen nach der Metzsch-Sitzelle geschafft...

Polizeiliche Saalabtreibung.

Mit erfreulicher Offenheit hat der Gastwirt Korihoff in Heeren, Kreis Hamm, den Schleiter von gewissen Praktiken der dortigen Polizeibehörde gezogen: Er warf den sozialdemokratischen Verein aus seinem Lokal. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des genannten Vereins gibt Herr Korihoff unter anderem als Grund an, daß er als Parteidirektor allen Schikanen der Aufsichtsbeamten ausgesetzt sei und durch hohe Strafen leiden müsse.

Der Zwist in der tschechischen Sozialdemokratie. Auf der Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie in Nieder-Oesterreich kam es zu so heftigen Auseinandersetzungen über die Zerstückelung der Gewerkschaften und die Haltung des vom Abgeordneten Tomalzel geleiteten Wiener tschechischen sozialdemokratischen Tageblattes „Dělnický list“ („Arbeiterzeitung“), daß die Konferenz schließlich ergebnislos abgebrochen werden mußte.

Aus Industrie und Handel.

Schiffahrtabgaben.

Von welcher Beschaffenheit das der Reichstagskommission von der Regierung neu vorgelegte Material ist, dafür kann folgendes Beispiel als Beleg dienen: In der Drucksache Nr. 11 über die wirtschaftliche Lage der Reichsflotte und über die Beteiligung der Groß- und Kleinschiffahrt nach Schiffsgrößen heißt es Seite 2:

„Die kleinen Leute, die ihr ganzes Vermögen oder den größten Teil davon in einem Fahrzeug angelegt haben und darauf mit ihrer Familie leben, besitzen im Durchschnitt ungefähr ebenso große oder wenig kleinere Schiffe wie die Reedereien. . . . Für die Rheinflotte gibt es ein von der Versicherungsgesellschaft „Providentia“ in Frankfurt a. M. herausgegebenes und auf dem laufenden erhaltenes Verzeichnis aller Fahrzeuge und Schiffeigentümer, aus welchem zu ersehen ist, daß die sogenannten Partikuliere ungefähr ebenso große Schiffe haben wie die Reedereien.“

Nach einer auf Grund des angegebenen Registers der „Providentia“ gefertigten Zusammenstellung ergibt sich aber folgende Verteilung der Schiffe nach Größenklassen:

	Bis 1050 Tonnen	1051 bis 1450 Tonnen	über 1450 Tonnen
Partikulierschiffer . .	1615 = 70%	227 = 60%	116 = 27%
Reedereien	678 = 30%	143 = 50%	817 = 73%

In der niedrigsten Klasse deutscher Rheinschiffe bis zu 400 Tonnen besitzen die Partikulierschiffer 1013 = 84%, die Reederei 195 = 16%. Es ist also das Gegenteil von dem richtig, was in der amtlichen Drucksache gesagt ist. (Wegen Raummangels zurückgestellt.)

Gegen das Gefährdungsrisiko nahm am Mittwoch eine Versammlung von Bäckermeistern Stellung. Es besteht der begründete Verdacht, daß der unter die Kontrolle der Bäckerei gestellte Gefährdungsrisiko als Bestimmungsmittel gegen die Arbeiter mißbraucht werden soll, indem bei eventuellen Konflikten den Meistern, die mit den Arbeitern in Frieden leben, sich mit ihnen verständigen, die Hefe entzogen wird. Um solchen Eventualitäten zu entgehen, wollen die dem Innungs-terrorismus abholden Meister den Bezug Syndikatsfreier Hefe genossenschaftlich organisieren. Ware ist in genügender Menge zu haben. In einer angenehmen Resolution erteilte die Versammlung dem bereits früher gewählten Gefährdungsrisikoausschuß den Auftrag, die Vorarbeiten schleunigst zu erledigen. Die Genossenschaft soll spätestens am 1. April den Hefebetrieb aufnehmen; die Anteilsscheine dürfen nicht über 100 M. lauten. Jedem Bäckermeister soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu beteiligen. Anteilsscheine sind bei Bäckermeister Witz, Hagen, Ritzdorf, Hermannstr. 159a zu haben.

Der Arbeitsmarkt.

Berechnet man für die an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Arbeitsnachweise das Angebot Arbeitssuchender auf je 100 offene Stellen, so ergibt sich für die Entwicklung des Jahres 1910 folgendes Bild. Den Monat Oktober des Vorjahres zum Ausgangspunkt genommen, gestaltete sich der Andrang im Reichsdurchschnitt wie folgt:

	Oktober	November	Dezember	Januar
1909/10	185,6	156,6	165,1	155,5
1910/11	181,0	146,5	151,6	140,1
Gegen 1909/10	- 4,6	- 10,1	- 13,5	- 15,4

An der Besserung gegenüber dem Vorjahre hat der Arbeitsmarkt für Männliche den Hauptanteil, während im Vergleich zum Vormonat der Arbeitsmarkt für Weibliche besser abgeschnitten hat. Die Besserung des Arbeitsmarktes im Januar hat in erster Linie ihren Grund in der Gestaltung der Bitterung. Wenn auch hier und dort Frostwetter tageweise die Arbeiten unterband, so herrschte doch die warme Bitterung vor und begünstigte die Beschäftigung außerordentlich. Weiter trug auch die Gunst im Schiffahrts-gewerbe zu der Besserung des Arbeitsmarktes bei. Auch in anderen Berufen wie in den landwirtschaftlichen Berufen, in der Gärtnerei usw., hielt sich die Beschäftigungslage in weit engeren Grenzen als vor einem Jahre. Weniger günstig als auf die verschiedenen Arbeiten im Freien wirkte die milde Bitterung auf die Beschäftigung im Kohlenbergbau und in der Textilindustrie zurück. Im Kohlenbergbau ließ die vorübergehende Belebung der Nachfrage, die durch die Streikruhen in Belgien hervorgerufen war, im Januar bald wieder nach, und die Beschäftigung sank etwas ab. Die Mattigkeit in der Textilindustrie währt bereits seit längerer Zeit; sie nahm aber im Berichtsmonat unter dem Einfluß des warmen Wetters noch zu. Die Erleichterung am Arbeitsmarkt war, von der Rheinprovinz abgesehen, in sämtlichen Landesteilen zu verspüren.

Oesterreichs kapitalistische Entwicklung ist in den letzten Jahren bedeutend fortgeschritten — während die Volksvermehrung nur sehr gering und die Auswanderung groß gewesen ist. Die Zahl der Aktiengesellschaften ist von 449 im Jahre 1898 auf 698 im 1907, ihr Kapital von 1577 Millionen Kronen auf 2796 Millionen gestiegen, es hat sich also fast verdoppelt. Die Ausbeutung der Erzeuger und Käufer durch die großen Berg- und Hüttenwerksgesellschaften ist auch immer großartiger geworden. 85 Gesellschaften verteilten 1901 an Dividenden erst 215 Millionen Kronen, gleich 10,95 Proz., 42 Gesellschaften im Jahre 1907 schon 42,8 Millionen, gleich 13,56 Proz. Im Betrieb standen Dampfkegel: 1900 erst 27 937, 1908 schon 83 930. Es gab 1893 883 Maschinenfabriken, 1908 schon 1688 solche Betriebe; die Lohnsumme in ihnen war in diesem Zeitraum von 87 auf 88 Millionen Kronen gestiegen. Und erst die Entwicklung der Kartelle! Das erste, das Schienenwalzwerkkartell, aus dem das Eisenartell hervorging, entstand 1878, aber erst 1903 schlossen sich die Eisenmillonäre Oesterreichs und Ungarns zusammen. Seither sind, um nur die größten zu nennen, entstanden: Kartelle der Fabriken von Kupferdraht, Maschinen, Emailgeschirr, Armaturen, Spiritus der landwirtschaftlichen Brennereien, Gummi, Glühlampen. Und die Unternehmerorganisation gegen den sozialen Fortschritt hat in ihrem Entwicklungstempo die industrielle Entwicklung, zu der freilich auch etwas mehr Größe gehört als zur landläufigen Scharfmacherei, noch überholt. 1897 erst ist in dem großen Neunkirchner Streik der dortige Unternehmerverband entstanden, 1900 der Reichsberger Verband nordböhmischer Industrieller. Der 1897 gegründete Bund österreichischer Industrieller mit seiner Hauptstelle der Arbeitgebervereinigungen umfaßt heute ein dichtes, das ganze Land umfassendes Netz von Unternehmerorganisationen, während, wie in Parenthese zu bemerken ist, die Gewerkschaften in der Provinz noch recht schwach sind. Das gesamte Bürgertum und Kleinbürgertum steht heute hinter dem Scharfmachertum.

Die technische Vervollkommnung der Landwirtschaft hat ihren Ertrag gegen 1870 gewaltig gesteigert. Die Durchschnittsertragsfähigkeit sind in diesen 40 Jahren gestiegen bei Weizen von 8300 auf 15 500 Hektoliter, Roggen 18 700 (28 000), Gerste 10 600 (16 300), Hafer 13 700 (22 200). Das landwirtschaftliche Kreditwesen hat sich im letzten Jahrzehnt enorm entwickelt: aus 2065 Raiffeisenkassen sind 6827 geworden, aus 180 000 Mitgliedern 788 389, und aus 98 Millionen Spareinlagen 615 Millionen. Ganz ebenso die gewerblichen Kreditvereine. Vom Kampf gegen das mobile Kapital ist keine Rede mehr, seitdem binnen e i n e m Jahre (1907—1908) die Mitgliederzahl von 173 000 auf 199 000, die Geschäftsanteile von 9,4 auf 11,3 Millionen, die Spareinlagen von 0,56 auf 3,35 Millionen gestiegen sind. Nur begrifflich, daß diese rasche Entwicklung die Geister verwirrt, in Verbindung mit dem von den Speichelführern schon zur Verdeckung ihres Rechts gebrauchten Rationalitätsfabel die ökonomische und soziale Orientierung ungemein erschwert hat.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenchutz und Säuglingssterblichkeit.

In der Budgetkommission des Reichstags hat kürzlich ein nationalliberaler Abgeordneter bei der Beratung der Militärtauglichen interpelliert und darauf die Antwort erhalten, bei uns gelangen 53 Prozent von rund 540 000 Mann zur Aushebung, in Frankreich etwa 267 000 von 315 000 Mann, d. h. 84 Prozent. Während aber in Frankreich der überschüssige Rest völlig untauglich sei, könne in Deutschland noch ein großer Teil für die Robilmachung Verwendung finden. Das muß natürlich den Anschein erwecken, als ob bei uns die Oeberschüssigen wer weiß wie zivil behandelt würden und als ob man in Frankreich noch halb Lahme und Wundlige für Aufzug und gepolten Offen für würdig befände. In Wirklichkeit sieht die Sache anders. Die Aushebungskommissionen lassen sich nie gern jemandem entgehen. Es läßt sich garricht leugnen, daß der Prozentsatz der Militärtauglichkeit bei uns ganz außerordentlich im Niedergang begriffen ist.

Knapp etwas über die Hälfte der Bestenstellungspflichtigen ist militärtauglich! Wenn man der „Deutschen Tageszeitung“ glauben will, liegt das natürlich einzig und allein an der fluchwürdigen Abwanderung in die Großstädte, an der Entvölkerung des flachen Landes. Um den Kern der Frage geht die konfessionell-agrarische Clique mit dem Rute der Verzweiflung herum! Wenn sie sich nur selbst mästen kann, Fleischnot besteht bekanntlich für die übrige Bevölkerung nicht. Spartanesinn für die Arbeiter, das ist die Lösung, nach der diese mehr oder weniger hohen und erlauchten Herren die soziale Misere kurieren! Die Not der zahllosen Familien, die sich bei den heutigen Preissteigerungen nur dann über Wasser halten können, wenn alle halbwegs erwachsenen Familienglieder, insbesondere die Frau, neben dem Mann mitarbeiten, diese Not bürdet man nicht. Unter welchen Umständen heute ein neuer Weltbürger ins Leben tritt, unter welchen Verhältnissen er heranwachsen muß — dafür hat man keine Augen! Die minimalen Wünsche zur Herbeiführung einer auch nur einigermaßen gerechten sozialen Gesetzgebung sind dank der ablehnenden Haltung der Unternehmer unterdrückt geblieben; so die sechsstündige Arbeitszeit an Sonnabenden für Arbeiterinnen mit einem Hauswesen, die Erhöhung des Wöchnerinnenschutzes von sechs auf mindestens acht Wochen usw. Die mit der tiefgreifenden Unterernährung weiter Bevölkerungsklassen Hand in Hand gehende Verminderung der Militärtauglichkeit besitzt weiter einen ihrer Hauptpunkte in dem mit unserer heutigen völlig verfallenden sozialen Gesetzgebung zusammenfallenden Mangel der Säuglingspflege. Wenn die junge Arbeiter-Mutter unter dem Zwang der Verhältnisse ihr Kind in irgend eine, die mütterliche Sorgfalt natürlich nicht ersetzende Pflege geben muß, in eine Pflege, die sich ihr schließlich auch nur in gewinnförmiger Absicht widmet, wie soll da das Kind gedeihen?! Ammen, wie die Herrschaften der oberen Bekanntschaft, können sich die Ärmsten, denen treue Mutterliebe meist in weit höherem Grade zu eigen ist, als jenen Frauen, die kaum Zeit haben zum Kinderkriegen, nicht halten! Nicht einmal stillen dürfen sie ihr Kind, wenn sie auch wollten; der Unternehmer läßt ihnen aus Furcht vor einem bißchen Kapitalverlust keine Zeit dazu. Wir müssen uns unserer sogenannten Kulturhöhe schämen, wenn wir die soziale Gesetzgebung über diesen Punkt in Staaten betrachten, die man beileibe nicht als mit unserer erhabenen Kultur auf einer Stufe rangierend betrachten darf! In Spanien beispielsweise ist seit 1907 der sechsstündige Wöchnerinnenschutz eingeführt. Außerdem aber darf die Mutter auf Grund eines ärztlichen Attestes im achten Monat um Urlaub nachsuchen und — das ist die Hauptsache — der Arbeitsplatz muß ihr dann reserviert bleiben! Wie sieht es damit bei uns aus?! In Spanien, wie auch in Italien besteht weiter schon seit 1902 ein Gesetz für stillende Frauen. Dort bekommen Frauen, die Kinder zu stillen haben, innerhalb ihrer Arbeitsstunden ein Freistunden — je 30 Minuten am Vor- und Nachmittag! — um ihrem Kinde die Brust geben zu können. Ja noch mehr: Die Frauen können sich diese Stunden sogar — was würde man bei uns im Reichstag darüber für ein Geschrei hören! — selbst wählen, nur müssen sie den Zeitpunkt bei Beginn der Arbeit mitteilen. In italienischen Fabriken müssen für stillende Frauen besondere Stillräume angelegt werden. Und auch hier ist die Stilldauer auf eine Stunde gesetzlich festgelegt worden. In beiden Ländern — wieder ein Hauptpunkt, der bei uns ganz unmöglich erscheint — darf die zum Stillen benutzte Stunde vom Tagelohn nicht abgezogen werden! Ja selbst von Argentinien müssen wir uns beschämen lassen. Dort sind nach einem 1907 erlassenen Gesetz alle zwei Stunden 15 Minuten zum Stillen der Kinder zu gewähren. Und in Frankreich ist seit 1909 auch bereits die achtstündige Schonzeit der Wöchnerinnen eingeführt! Aber bei uns spartanert man, schafft nichts, das wenigstens den allertollsten Niedergang der körperlichen Befähigungen aufhält!

Gerichts-Zeitung.

Eine verfehlte Anklage gegen Jugendliche.

Nach Lehrlinge und eine jugendliche Arbeiterin standen vorgestern als Angeklagte vor dem Jugendgericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte, weil sie am 18. Oktober 1910 in einer öffentlichen angeblich politischen Versammlung anwesend waren. Es handelt sich um die Protestversammlung, die von den Jugendlichen nach Auflösung der Jugendorganisation einberufen war.

Sämtliche Angeklagte erklärten, daß sie den politischen Charakter jener Versammlung bestritten müßten und daß sie auch nicht beurteilen könnten, ob eine Versammlung politisch sei.

In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß vor der Versammlung ein großes Schuhmannsaufgebot zu sehen war, daß auf der Straße und dem Treppenturm viele Schulleute postiert waren. Einer der Angeklagten konnte mitteilen, daß er einen Schuhmann gefragt hätte, wo die Jugendversammlung wäre, und daß der Schuhmann ihm den Weg zur Versammlung gezeigt hätte. Ueber den Inhalt der in der Versammlung gehaltenen Reden befandete Polizeileutnant Besemann, es sei von den Rednern Peters und Scholz an dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Kritik geübt worden, durch welches die Jugendorganisation aufgelöst worden ist. Die Redner hätten darauf hingewiesen, daß die Jugendbewegung nicht tot sei und daß jeder an sich weiterarbeiten müsse, um sich zu einer freien Persönlichkeit zu entfalten.

Der Staatsanwalt beantragte gegen sämtliche Angeklagten Verurteilung zu einem Verweis, wobei er ausführte, daß alle Angeklagten geistig so entwickelt seien, daß sie wissen müßten, was Politik ist, und daß die Versammlung schon deshalb eine politische sei, weil über die Auflösung der Jugendorganisation verhandelt worden sei.

Der Verteidiger, Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Er machte geltend, daß nach den Bekundungen des Polizeileutnants von einer politischen Versammlung keine Rede sein könne, da keiner der Versammlungsredner Angelegenheiten erörtert habe, die unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung betreffen, oder seine Organe und Funktionen in Bewegung setzen. Der Verteidiger hob ferner hervor, daß die Angeklagten die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht gehabt haben, da sie aus dem ganzen Verhalten der Polizei, welche die Jugendlichen ruhig in die Versammlung gehen ließ und teilweise sogar noch den Weg in die Versammlung wies, nicht schließen konnten, daß es sich um eine Versammlung handele, an der sie als Jugendliche nicht teilnehmen dürften.

Das Gericht folgte letzteren Ausführungen, indem es zwar den politischen Charakter der Versammlung annahm, aber die Frage nach der Erkenntnis der zur Strafbarkeit erforderlichen Einsicht verneinte und sämtliche Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freisprach.

Die „Wahrheit“ abgewiesen.

In den zahlreichen Prozeßverfahren, die der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn als Herausgeber der „Wahrheit“ in der letzten Zeit angestrengt hatte, ist soeben ein interessanter Beschluß ergangen, durch den der umfangreichste der Bruhnschen Verleumdungsprozesse auf Kosten des Klägers zurückgewiesen wird. Es handelt sich dabei um den Prozeß, den Bruhn gegen etwa sechzig deutsche Zeitungen angestrengt hatte, weil sie einen Artikel des Journalisten Schweder in Berlin übernommen hatten, der sich mit dem damals bevorstehenden Expressprozeß Dahsel beschäftigte. In dem Artikel war ausgeführt worden, daß Dahsel allerdings nach dem Ergebnis der Voruntersuchung schwer belastet erscheine, daß

aber Bruhn und die „Wahrheit“ inoffiziell die Vorbedingung für die Affäre Dahsel gewesen seien, und daß Dahsel durch die Mitarbeiterschaft an der „Wahrheit“ vollständig korrumpiert worden sei.

In dem Verfahren gegen Schweder und Genossen war zunächst festzustellen, ob Schweder als Verfasser des Artikels in Betracht kam. Die Redaktionen verweigerten Bruhn gegenüber jede Auskunft. Dieser lud darauf den Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, Dr. Friedrich Lange (Berlin), als Zeugen hierüber und ließ die mitangelegten Zeitungen wissen, daß er bereit sei, den Strafantrag gegen sie zurückzuziehen, wenn sie je 60 M. Honorar an seinen Anwalt Dr. Frederick zahlten und eine Ehrenerklärung veröffentlichten. Die Zeitungen erklärten sich jedoch sämtlich solidarisch mit Schweder, worauf gegen diesen das Hauptverfahren vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte beantragt wurde. Der Vorsitzende der für die Sache in Betracht kommenden Abteilung 145, Amtsgerichtsrat Wöllner, erließ jedoch, soweit der beschuldigte Schweder in Frage kommt, jetzt folgenden Beschluß:

„Die Privatklagesache des Verlegers Wilhelm Bruhn, M. d. R., zu Berlin, Privatklägers gegen den Journalisten Paul Schweder zu Berlin, Beschuldigten, wegen Verleumdung, wird auf Kosten des Klägers zurückgewiesen.“

Kläger fühlt sich lediglich durch den Passus des Artikels, „Dahsel sei durch die Mitarbeit an dem vom Kläger herausgegebenen Blatte „Die Wahrheit“ vollständig korrumpiert worden“, beleidigt; jedoch zu Unrecht. Denn es ist gerichtsnotorisch, daß „Die Wahrheit“ zu der in Betracht kommenden Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung als Bedrohung erachtet wurde und auf dieselben wirkte. Wenn nun mit Bezug hierauf behauptet wird, daß die Mitarbeiterschaft an dieser Zeitung von verderblichem Einfluß auf den Mitarbeitenden ist, so entspricht diese Auffassung den Tatsachen.

Dagegen ist weder behauptet, noch aus dem Artikel herauszulesen, daß Kläger einen schlechten und verderblichen Einfluß auf Dahsel ausgeübt hat, und kann demnach von einer Verleumdung des Klägers nicht die Rede sein.

Königl. Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 145, gez. Wöllner.“

Es ist anzunehmen, daß mit diesem Beschluß sich auch die übrigen Privatklagen des Herrn Bruhn gegen die in Betracht kommenden 60 Zeitungen erledigen.

Die Verurteilungen eines städtischen Vollziehungsbeamten

beschäftigten gestern in einer mehrstündigen Sitzung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow das Schwurgericht des Landgerichts III. Wegen Unterschlagung im Amt in Verbindung mit qualifizierter Urkundenfälschung und Registerfälschung war der städtische Vollziehungsbeamte Wilhelm Lebbin angeklagt.

Der Angeklagte, welcher nach Ablauf seiner Militärdienstzeit bei dem Leibschützenregiment Schuhmann geworden war, trat vor einigen Jahren in den Dienst des Berliner Magistrats, bei welchem er den Posten eines Vollziehungsbeamten erhielt. Als solcher hatte er u. a. auch die rückständigen Steuern und andere fällig gewordene Steuern einzutreiben. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte schon seit längerer Zeit Beträge, die er in amtlicher Eigenschaft empfing, in seine eigene Tasche gesteckt haben und die Unterschlagung dann durch falsche Eintragungen in die Kontrollregister verdeckt haben. Das unterschlagene Geld verbrachte der Angeklagte dann zum Teil beim Spiel und in leichtsinniger Gesellschaft.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben. Er wurde jedoch durch die Beweisaufnahme völlig überführt und dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 1 Monat verurteilt.

Von einem Schuhmannsäbel

arg mitgenommen worden zu sein, behauptete gestern wieder einmal ein Angeklagter, der Willethändler Günther, der wegen Widerstandes vor dem Schöffengericht stand. Er bestritt seine Behauptung dadurch, daß er sich den Kopf auszog, die Ärmel aufkremperte und dem Vorsitzenden und den Schöffen einige Narben auf seinem Arm zeigte. Der Angeklagte hatte eines Sonntags in einem Schanklokal der Kleinen Präsidentenstraße kurz vor Beginn der Vorstellung einem jungen Mädchen ein Willett zum Zirkus Busch verkauft. Der Schuhmann Fleischmann hatte hier von Wind bekommen, er war mit dem Mädchen in das Lokal gegangen und nachdem das Mädchen in das Lokal gegangen und nachdem das Mädchen dort auf die Person des Angeklagten gewiesen, hatte Schuhmann Fleischmann diesen zur Wache sistiert. Der Angeklagte machte einige Einwendungen und verwies den Schuhmann darauf, daß dieser ihn doch persönlich schon lange kenne und deshalb zu einer Sistierung gar kein Grund vorliege. Darauf soll, wie der Angeklagte behauptet, der Schuhmann seinen Säbel gezogen und auf ihn losgeschlagen haben. Zur Bekräftigung dieser Darstellung hatte er einige Entlastungszeugen laden lassen, die aber gestern zu einer Aussage noch nicht kamen. Der Schuhmann Fleischmann gab auf Befragen zu, daß er den Angeklagten kenne; wenn er ihn trotzdem mit zur Wache genommen, so sei er darin nur der vom Reviervorstand erlassenen Anordnung gefolgt. Der Willethändler sei am Sonntag auch in Lokalen überhaupt verboten und die Schulleute seien angewiesen, daß Zuwiderhandelnde auf alle Fälle sofort mit zur Wache genommen und dort bis 9½ Uhr abends festgehalten werden müßten, um weitere Gefährdungen zu verhindern. Dabei sei es gleichgültig, ob die betreffende Persönlichkeit dem Polizeibeamten bekannt sei oder nicht. Dies schien im Gerichtshofe einiges Verwundern zu erregen; der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn glaubte bestätigen zu können, daß eine solche Anordnung wohl bestehen dürfte, denn dasselbe Verfahren werde auch gegen Streikposten eingeschlagen. Der Verteidiger meinte, darin zeige sich eben das Wesen des Polizeistaates im Gegensatz zum Rechtsstaat, daß das Grundrecht des Menschen auf persönliche Freiheit jeden Tag in Hunderten von Fällen von Polizei wegen nicht respektiert werde; daraus erklärte sich auch die Erbitterung gegen die Polizei, die sich bei so vielen Menschen angesammelt habe. Da der Verteidiger gleichzeitig mitteilte, daß er sofort eine Strafanzeige gegen den Schuhmann Fleischmann erstattet habe und ein Verfahren gegen diesen eröffnen sei, so beschloß das Gericht, die Sache bis nach Erledigung jenes Strafverfahrens zu vertagen.

Schuhmannsbeleidigung.

Ein Raufspiel zu den Wahlrechtsdemonstrationen im Tiergarten beschäftigte gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats von Tressow die 136. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Wegen öffentlicher Beleidigung der Berliner Schuhmannschaft war der Wuhlfalter Karl Meyer angeklagt. — Der Angeklagte hatte sich am 30. März v. J. vor der Abteilung 144 des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter der Anklage des großen Unfugs zu verantworten. Dieser wurde von der Anklage darin erwidert, daß Meyer gelegentlich der Wahlrechtsdemonstrationen auf dem Sodel des Bismarckdenkmals am Königsplatz geklettert war und die Menschenmenge aufgefordert hatte, ein Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auszubringen. Der damalige Vertreter der Anklage führte in seinem Plaidoyer u. a. aus, daß sich der Angeklagte gegen die Staatsautorität schwer vergangen habe. In seinem Schlusswort erklärte der Angeklagte dann, daß nicht er sondern die Schulleute sich vergangen hätten, die „wie die wilden Tiere gehauert“ hätten. Von dem Staatsanwalt wurde damals wegen Ungehör vor Gericht eine Ordnungsstrafe von 50 Mark beantragt. Das Gericht nahm aber von der Verhängung einer Ordnungsstrafe Abstand, da der Angeklagte sofort sein Verhalten über die in der Erregung gefallene Äußerung aussprach. Wegen des ihm zur Last gelegten großen Unfugs wurde Meyer i. Zt. zu

30 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen jener in dem Gerichtsfoal gemachten Äußerung, „Die Schulleute hätten wie die wilden Tiere gehauert“, wurde jedoch vom Polizeipräsidenten Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. Die gestrige Verhandlung begann damit, daß der Angeklagte den Vorsitzenden Amtsgerichtsrat von Tressow wegen Verletzung der Befangenheit ablehnte und diesen Antrag damit begründete, daß der Vorsitzende ihn in der ersten Sache i. Zt. unterbrochen und nicht habe aussprechen lassen. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß nicht der Amtsgerichtsrat von Tressow, sondern Amtsgerichtsrat Wapler i. Zt. den Vorsitz in dieser Sache geführt hatte. Der Angeklagte zog deshalb seinen Ablehnungsantrag zurück. In der Beweisaufnahme stellte es sich u. a. heraus, daß der Angeklagte sich schon einmal wegen eines Verlebens in der Irrenanstalt Dalldorf befunden hatte und sich augenblicklich in der Maison de santé in Behandlung befindet. Auf eine Frage des Vorsitzenden, weshalb er damals in die Irrenanstalt gekommen sei, erklärte der Angeklagte: „Wenn jeder, der so wie ich damals, in der Trunkenheit Kadaw macht und dann gleich in eine Irrenanstalt kommt, so würden bald sämtliche Richterstühle und Kanzleien betrauert sein.“ — Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt-Assessor Blod beantragte wegen dieser Äußerung, die eine grobe Ungehör darstelle, eine Ordnungsstrafe von 50 M. Der Angeklagte erklärte, daß er in seiner krankhaften Erregung das Maß seiner Worte nicht genau abwägen könne und ihm die Äußerung sehr leid tue. Da der behandelnde Arzt aus der Maison de santé an das Gericht ein Schreiben gerichtet hatte, in welchem er mitteilte, daß der Angeklagte an krankhaften Erregungszuständen leide, nahm das Gericht von der Verhängung einer Ordnungsstrafe Abstand. Der Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten erst durch den Gerichtsarzt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 Mark. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld beantragte die Freisprechung, da der Angeklagte die Äußerung nur bildlich gemeint habe. Der Angeklagte erklärte in seinem Schlusswort: Wenn sie mich nicht freisprechen, so liefern Sie die Berliner Bevölkerung den Schuhmannsäbeln und Revolvern aus. — Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe und sprach dem Polizeipräsidenten die Publikation des Urteilsverweh zu.

Unfall im Hotel Bristol.

Eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, richtete sich gegen Generaldirektor der Hotelbetriebsgesellschaft Eduard Eßan. Die Anklage ist die Folge eines schon vor vier Jahren im Hotel Bristol vorgefallenen Unfalls. Am 5. Dezember 1906 löste sich von der Decke des Restaurantraumes im Hotel Bristol ein Stück des Deckenstuds und fiel dem Kellner Hermann Stade, der in der Nähe der Kasse stand, auf den Kopf. Der Gefasene sank sofort bewußtlos zu Boden und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden. Er hatte eine Gehirnerschütterung erlitten und es bildete sich eine Gemütskrankheit bei ihm heraus, die ihn veranlaßte, einen Entschädigungsprozeß gegen die Gesellschaft, von der er eine fortlaufende Rente verlangte, anzustrengen. Dieser Zivilprozeß schwebt zurzeit noch bei dem Reichsgericht zur endgültigen Entscheidung; die zweite Instanz hatte die Klage des Kellners dem Grunde nach für berechtigt anerkannt. Inzwischen war auch noch die Klage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen Generaldirektor Eßan erhoben worden. Die Lösung des Studes war darauf zurückzuführen, daß an der kritischen Stelle über dem Restaurantraum ein Badezimmer liegt und von dort nach und nach Wasser durchgesickert ist. Die gestrige Verhandlung, zu der mehrere Kaufbuchverständige geladen waren, ergab, daß der Angeklagte für den Unfall nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es erfolgte daher die Freisprechung.

Aus dem Sprachbuch eines Polizeikommissars.

Der Polizeikommissar Friebe in Stolz i. R. sah am Abend des 15. August in der Bahnhofstraße den Droschkenbesitzer Strider mit seiner Droschke fahren. Es fiel ihm auf, daß Strider eigentümliche Kopfbewegungen machte und meist vor sich hinlachte. Das hatte in Wirklichkeit seinen Grund darin, daß St. ein neues Pferd zum erstenmal vor seinen Wagen hatte und den Gang des Pferdes beobachtete, sowie darauf aufpasste, ob das Pferd nicht irgendeinen Fehler habe. Der Beamte nahm jedoch an, daß Strider betrunken sei und stellte ihn schließlich auch zur Rede. Bei der dann folgenden Auseinandersetzung zwischen Strider und dem Beamten gebrauchte der Kommissar mit Bezug auf St. den Ausdruck „besoffen“.

St. fühlte sich beleidigt und klagte gegen den Kommissar. Er konnte sich darauf stützen, daß er inzwischen in dem auf Anzeige des Kommissars gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren wegen Uebertretung der Droschkenverordnung freigesprochen worden war. Es handelte sich um die Bestimmung, daß die Droschkenlenker bei Ausübung des Gewerbes nüchtern sein müssen. Das Gericht hatte für erwiegen angenommen, daß der Kommissar sich geirrt habe und daß St. an jenem Abend tatsächlich nüchtern gewesen sei.

In der Verleumdungssache wurde nun der Kommissar in zweiter Instanz freigesprochen, weil der Ausdruck „besoffen“ in Kreisen des Klägers gang und gäbe sei und nicht als Verleumdung St.s ausgelegt werden könne.

St. legte Revision ein. Bevor über diese verhandelt werden konnte, erhob die Regierung zu Köln zugunsten des Kommissars den Einspruch, weil er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Einspruch für begründet und entschied demgemäß, daß das Verfahren gegen den Kommissar endgültig einzustellen sei. Was den Ausdruck „besoffen“ betreffe, so habe unter den obwaltenden Umständen darin eine Uebertretung der Amtsbefugnisse nicht gefunden werden können. Es sei ein vulgäres Wort, ein derbes Wort, das sei ja richtig; es werde aber im allgemeinen für den Zustand der Trunkenheit gebraucht. Es sei nun zu entscheiden, ob darin eine Uebertretung der Amtsbefugnisse zu finden sei, daß der Beamte St. irrtümlich für betrunken hielt und seiner Uebereizung Ausdruck gab in Gegenwart anderer. Auch darin liege keine Amtsüberschreitung. Unzweifelhaft stehe fest, daß der Beamte der Uebereizung war, daß St. betrunken sei. Dieser Uebereizung durfte er Ausdruck geben. Wenn er sich irrte, so sei das bedauerlich, eine Amtsüberschreitung aber liege nicht vor.

Pflicht der Schulgemeinde für die Zugangsweg zur Lehrerwohnung.

Gegen die Schulgemeinde Remminghausen hat der Hauptlehrer Wigge Ansprüche auf Schadloshaltung aus einem Unfall erhoben, den er bei Gelegenheit des Besuchs eines Freundes und Kollegen erlitten hat. Der Freund des Klägers wohnt in einem der Gemeinde gehörigen Schulhause. Dieses Haus wird von der Verkehrsstraße durch einen schmalen Graben getrennt. Ueber den Graben führt ein aufgeschütteter Weg, der durch Bertrümmung eines Abfluhrohres und das dem Rohre entströmende Wasser unterhöhlt worden ist und an einer Stelle etwas gesunken ist, so daß sich ein Loch gebildet hatte. Als der Kläger in der Dunkelheit das Schulhaus verlassen wollte, geriet er mit einem Fuß in das Loch des Weges und zog sich dabei eine erhebliche Amieerletzung zu. Seine gegen die Schulgemeinde Remminghausen erhobenen Ansprüche sind vom Landgericht Dortmund wie auch vom Oberlandesgericht Hamm und am Montag auch vom Reichsgericht dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt worden. Die Erkenntnisse gehen davon aus, daß die Gemeinde zur Unterhaltung des Weges verantwortlich sei. Sie habe den Verkehr auf ihm nicht nur für die Schulkinder eröffnet, sondern auch für den Schullehrer, dem sie in dem Schulhause die Wohnung angewiesen habe. Um ihrer Pflicht nachzukommen, hätte die Gemeinde vorbeugende Maßnahmen treffen müssen. Die Nachlässigkeit der Vertreter der Schulgemeinde sei deshalb ausschlaggebend für ihre Haftung. Die Gemeinde habe sich um die Unterhaltung des Gebäudes und ihrer Zugänge kümmern müssen. Das sei, meint das Reichsgericht, leicht dadurch zu erreichen gewesen, daß sie den betreffenden Lehrer entsprechend instruierte.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

auch die Gemeindefrankenversicherungen zu versehen. Die Gemeindefrankenversicherung, dies Surrogat einer Krankenkassenversicherung, umfaßt noch immer 8254 Fälle. Die außerordentlich hohe Zahl erklärt sich dadurch, daß in Bayern 81,8 Proz. der Gesamtzahl aller Versicherungsarten ihr angehören. Elsaß-Lothringen hat die Gemeindefrankenversicherung ganz vermieiden.

Die Zahl der Versicherten ist seit 1885 ständig gestiegen. Sie begann 1885 mit 4294173 und ist im Jahre 1909 bei 12244440 Versicherten angelangt. Rechnet man zu den vorher erwähnten Versicherten noch die Zahl der in den Knappschaftskassen ihrer Versicherungspflicht genügenden Personen nach dem Stande von 1908 (für 1909 stehen die Zahlen noch nicht fest) hinzu, so erreicht man als Gesamtzahl der im Jahresdurchschnitt 1909 gegen Krankheit versicherten Personen 13385290, d. i. rund 21 Proz. der Reichsbevölkerung. Von den außerhalb der Knappschaftskassen Versicherten waren 9075300 Personen männlichen, 3444425 weiblichen Geschlechts.

Seit 1885 haben die Krankenkassen nach Angabe der Statistik ihre Mitglieder in 79526773 mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfällen unterstützt. Seit Beginn der reichsgeordneten Krankenkassenversicherungspflicht 1885 bis zum Jahre 1909 einschließlich ist für 1447341200 Krankentage Krankengeld gezahlt oder Vergütung für Behandlung in Anstalten gewährt worden. Sterbefälle weist das Jahr 1909 49404 auf.

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung und Arznei stellen erhebliche Summen dar. Die Gesamtausgaben betragen während dieser 25 Jahre für ärztliche Behandlung 799701190 M. und für Arznei usw. 56851905 M.

Die Gesamtsumme der Krankheitskosten in den 25 Jahren betrug 8600 Millionen Mark, also über 3 1/2 Milliarden.

Ein Vergleich der Leistungen der Versicherten und der Gegenleistungen der Rassen läßt sich leider nur für das Jahr 1909 aus dem Werk entnehmen. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man daselbe Verhältnis auf die früheren Jahre anwendet. Es betragen im Jahre 1909 die Krankheitskosten 305710294 M., die Beiträge der Arbeitgeber 101587013, die Beiträge der Arbeitnehmer einschließlich der Eintrittsgelder und Zusatze für Familienunterstützung 228968613 M. Die Differenz zwischen den Krankheitskosten und den Beiträgen der Arbeitnehmer beträgt also nur 76746681 M. Demnach ist nur rund ein Viertel der Krankheitskosten nicht von den Arbeitgebern direkt gezahlt. Die Krankenversicherung hat also in den 25 Jahren nicht 8000, sondern rund 900 Millionen Mark zugunsten der Arbeiter über das von den Arbeitnehmern selbst direkt Bezahlte hinaus geleistet.

Bei Zerlegung der Krankheitskosten des Jahres 1909 auf die einzelnen Titel zeigt sich, daß von je 100 M. kamen auf

Krankengeld	43,98 M.
Arzt	23,33 "
Arznei	14,55 "
Bespflanzung in Krankenanstalten	13,84 "
Sterbegeld	2,43 "
Unterstützung an Schwangere u. Wöchnerinnen	2,00 "
Fürsorge für Genesende	0,07 "

Die Ausgaben für Ärzte sind gegen die früheren Jahre auch prozentual gestiegen. Nehmen wir als Durchschnitt nicht 23,33 Proz. für die 25 Jahre, sondern 20 Proz., so ergibt sich, daß die Ärzte innerhalb der 25 Jahre bar 720 Millionen erhalten haben. Der Vorteil, den die Ärzte aus der Krankenversicherung am Geld gemessen gezogen haben, erreicht also beinahe das, was die Gesamtheit der Versicherten über ihre Beiträge hinaus aus der Krankenversicherung durch Aufwendungen für Krankengeld, Arzt, Arznei, Bespflanzung in den Krankenanstalten, Sterbegeld, Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen sowie für Fürsorge für Genesende empfangen haben. Rechnet man von den Krankheitskosten das Arzt Honorar oder die Ausgaben für ärztliche Behandlung ab, so entfallen auf die Gesamtheit der Versicherten als ein Mehr gegen das, was sie selbst gezahlt haben, nur 670 Millionen, also weniger als die Ärzte erhalten haben. Bei dieser Rechnung ist natürlich nicht in Betracht gezogen, daß auch die sogenannten Arbeitgeberbeiträge durch die Arbeiter aufgebracht werden, einen im voraus feststehenden Teil des Lohnes darstellen.

Weit erheblicher würden die Leistungen der Krankenkassen noch sein, wenn diese volle Selbstverwaltung, insbesondere zur Vorbeugung gegen Krankheiten hätten, und wenn die enorme Zersplitterung der Klassen beseitigt würde. Die Reichsversicherungsordnung geht an dieser aus der Statistik sich klar ergebenden Lehre bekanntlich vorbei. Sie will zwar das Institut der Gemeindefrankenversicherung endlich beseitigen, an deren Stelle aber neue Gebilde derselben Art mit anderem Namen stellen und die Selbstverwaltung der Krankenkassen soweit einschränken, daß die Krankenkassen zu Versorgungsanstalten für Bürokraten und Klerge werden.

Verfammlungen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Mittwoch eine Generalversammlung für das Berliner Lohngelände ab. Zur Beschlussfassung stand die Vorlage betreffend Änderung der Lokalzuschläge zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Sie ist bereits in der Vertrauensmännerversammlung am 3. Februar diskutiert und in Nr. 33 des "Vorwärts" ist ein ausführlicher Bericht darüber erschienen. — Der hauptsächlichste Grund für die Änderung der Lokalzuschläge ist der, daß die Unterstützung, namentlich die der Arbeitslosen, so günstig wie irgend möglich gestaltet werde und daß Ungleichheiten, die hinsichtlich der Zuschläge zwischen einzelnen Zahlstellen des Berliner Lohngeländes bestanden, beseitigt werden. — Nach einem einseitigen Referat Leopolds und darauf folgender Diskussion stimmte die Generalversammlung den Vorschlägen der Kommission zu. Danach gelten nunmehr folgende Unterstützungsätze: An Arbeitslosenunterstützung 6, 7, 8, 9, 10 M. und die Lokalfasse gibt darauf Zuschläge von 1, 2, 3, 4, 5 M. Im ganzen beträgt demnach die wöchentliche Arbeitslosenunterstützung, nach einer Beitragsleistung von:

52 Wochen	7 M.
104 "	9 "
156 "	11 "
208 "	13 "
260 "	15 "

Nachdem die statutenmäßige Arbeitslosenunterstützung erschöpft (ausgesteuert) ist, werden noch für die Dauer von 5 Wochen folgende Sätze gezahlt: Bei einer Beitragsleistung von

52 Wochen	6 M. pro Woche, bis 30 M. Höchstbetrag
156 "	8 " " " " " " " " " "
208 "	10 " " " " " " " " " "
260 "	12 " " " " " " " " " "

An Krankenunterstützung zahlt die Hauptklasse 3, 3,75, 4,50, 5,25, 6 M. und die Lokalfasse gewährt in allen Klassen 1,50 M. Zuschlag. Im ganzen beträgt also die Krankenunterstützung pro Woche nach einer Beitragsleistung von

52 Wochen	4,50 M.
104 "	5,25 "
156 "	6,00 "
208 "	6,75 "
260 "	7,50 "

Nach Aussteuerung mit der statutenmäßigen Krankenunterstützung werden noch für 13 Wochen die vorstehend angegebenen Sätze voll

bezahlt, und zwar bis zum Höchstbetrage von 58,50 M. in der ersten, 68,25 M. in der zweiten, 78 M. in der dritten, 87,75 M. in der vierten, 97,50 in der fünften Stufe der Beitragsdauer.

Eine Erhöhung des ordentlichen Lokalbeitrages findet nicht statt. Dagegen wird zur Deduktion der Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung alle halbe Jahre ein einmaliger Extrabeitrag in Höhe des ordentlichen Wochenbeitrages erhoben. Das erstmal wird der Extrabeitrag in der Zeit von der 18. bis 26. Woche erhoben. Wer innerhalb eines Halbjahres 13 Wochen Arbeitslosigkeit oder Krankheit abgestempelt hat, ist für das betreffende Halbjahr von dem Extrabeitrag befreit. — Die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung treten sofort, die Bestimmungen über die Krankenunterstützung treten am 1. März in Kraft.

Berband der Sattler und Porzellaner. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Jahresversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Schulze. Das vergangene Jahr kann mit Zug und Nach als ein Jahr des Kampfes und auch des Erfolges bezeichnet werden. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch die in der zweiten Hälfte des Vorjahres eingetretene bessere Wirtschaftslage. In allen Branchen herrschte eine rege Geschäftstätigkeit, die, ausgenommen bei der Militärbranche, auch das ganze Jahr hindurch anhielt. Infolgedessen machte sich in der Kollegenchaft das Verlangen geltend, diese günstige Zeit zur Vorseigerstellung der wirtschaftlichen Lage auszunützen, ein Versuch, der um so mehr Berechtigung für sich hatte, als in den letzten Jahren infolge der Depression in dieser Hinsicht wenig unternommen werden konnte, die Lebensbedingungen indes sich immer mehr steigerten. Aber auch selbst dort, wo man eine Lohnbewegung durch besondere Umstände nicht für geboten hielt, traten die Kollegen mit Lohnansprüchen an ihre Unternehmer heran und zwar mit Erfolg. Schulze ging noch im einzelnen auf die durchgeführten Lohnbewegungen ein und gab eine interessante Vorstellung von den wichtigsten Erwerbskassen und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Organisation. Hierauf berichtete Weher über die Kassenverhältnisse.

Hauptkasse: Einnahmen 71746,65 M., Ausgaben 71746,65 M.; darunter sind folgende Ausgabenposten zu erwähnen: für Streif und Linsten 4297,45 M., Rahregelung 2104,90 M., Reiseunterstützung 520,35 M., Arbeitslose 15277,20 M., Kranke 9113,80 M., Beerdigungsbeiträge 1540 M., Kotfall 60 M., Umzug 249,65 M., an die Hauptkasse gezahlt 2971,87 M.

Lokalasse: Einjährlich des Bestandes hatte die Lokalasse eine Einnahme von 62601,47 M. Dem stehen Ausgaben von 14679,65 M. gegenüber. Verblieb beim Abschluß am 31. Dezember 1910 ein Bestand von 47921,82 M.

Berliner Verwaltung: Einnahmen einschließlich des Bestandes 8579,15 M., Ausgaben 7794,08 M., bleibt am 31. Dezember 1910 ein Bestand von 785,12 M.

Lehrlings- und Jugendabteilung im Jahre 1910 vom 1. Februar bis 31. Dezember Einnahmen 352,20 M., Ausgaben 352,20 M. An die Hauptkasse gezahlt 344,20 M.

Ueber den Arbeitsnachweis berichtete Hauptmann: Die Kollegen aller Branchen waren das ganze Jahr hindurch gut beschäftigt. Nur die Militärbranche machte hierin eine Ausnahme, indem Mitte Januar bereits in einigen Betrieben wegen Mangel an Arbeit ausgelegt wurde, zum Teil traten Entlassungen ein, doch konnte man nicht annehmen, daß die Arbeitslosigkeit eine so umfangreiche werden würde, wie es tatsächlich eingetreten sei. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen betrug in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910 2853, davon waren 105 nicht organisiert. Verlangt wurden 1452 Arbeitskräfte, besetzt 1014 Stellen.

Die Bibliothek war wegen Renovierung drei Monate geschlossen. Trotzdem wurden im letzten Jahre 1886 Bände entliehen. Vorhanden sind 963 Werke. Für 1200 M. wurden neue Bücher angeschafft.

Eine Gegenüberstellung folgender Zahlen zeigt, wie die Mitgliederbewegung im Laufe der Jahre vor sich gegangen ist. Im Jahre 1902 waren vorhanden an Mitgliedern: 1115 männliche, 38 weibliche, Gesamtzahl 1153. Im Jahre 1910 waren es: 3087 männliche, 178 weibliche, Gesamtzahl 3265 M. Jugendliche (31. Dezember 1910) 133, davon 118 Lehrlinge, 17 Hilfsarbeiter.

In der Diskussion wurden an die Berichterstatter verschiedene Anfragen, beziehungsweise Einwendungen gerichtet, die zur Zufriedenheit erledigt wurden.

Als Revisoren wurden gewählt: Zwanzig, Starke, Baumgart.

Zur Wahl des Gesellenausschusses zur Innung, die am 22. d. M. stattfindet, sprach Döhner, der auf die Wichtigkeit der Wahl hinwies und zu starker Beteiligung aufforderte.

Als Kandidaten für den Gesellenausschuss wurden vorgeschlagen: Döhner, Habermann, Pippich und Langer. Für Ersatzleute: Zwanzig, Hoffmann. Als Kandidaten für das Innungsschiedsgericht: Pinskiwski, Pippich. Als Ersatzleute: Rothé und Ziel.

Aus aller Welt.

Im Gefängnis verbrannt.

Ein geradezu unglaublicher Vorgang, bei dem durch die Fahrlässigkeit einer Gefängnisverwaltung ein Menschenleben vernichtet wurde, wird dem "W. Z." aus Oberschlesien gemeldet. In dem Ortgefängnis von Scharley im Kreise Oppeln hat die Witwe Lasi, die wegen Schulverschämnis ihrer Kinder einen Tag Haft abzubüßen hatte, einen qualvollen Verbrennungstod gefunden. Da sie den Betrag von einer Mark, zu dessen Zahlung sie von der Schulbehörde aufgefordert worden war, nicht zahlen konnte, hat man über die bedauernswerte Frau, die für neun unerwachsene Kinder den Lebensunterhalt erwerben mußte, einen Tag Haft verhängt und sie auch zur Verbüßung dieser Haftstrafe eingezogen! Um der Kälte in der Gefängniszelle etwas zu begegnen, hat das arme Weib den Strohsack in die Nähe des geheizten Ofens gerückt, wo das Stroh durch einen nicht aufgeklärten Zufall Feuer fing. Die verzweifeltten Hilferufe der von den Flammen erfaßten Frau verhallten ungehört. Schließlich wurde die Unglückliche durch den Rauch erstickt, ihr Körper vom Feuer teilweise verbrannt.

Nicht etwa hinkerrussische, nein, echt preussische Zustände sind es, die der ungeheuerliche Skandal enthüllt. In den nächsten Tagen wird man in der staatsbehaltenden Presse weimern über das schwere Unglück, das über die Familie hereingebrochen ist. Dabei ist es ein Fall unter tausenden gleich oder ähnlich gelagerten, unterschieden von ihnen nur durch den tragischen Abschluß, den er durch die unerhörten Gefängniszustände gehabt hat.

Wenn es sich in Preußen darum handelt, den Junkern Kinder als billige Arbeitskräfte zuzuschicken, dann erhalten die ländlichen Schulen auf obrigkeitlichen Befehl Ferien. Wenn aber eine arme geplagte Witwe, die schwer arbeiten muß, um die hungrigen Mäuler ihrer neun kleinen Kinder zu stopfen, eines von ihnen vom Unterricht fernhält, dann kommt dieselbe Obrigkeit und belegt die Mutter mit Ordnungsstrafen. Kann sie diese, was in ihrem Eifer ja selbstverständlich ist, nicht zahlen, so reißt der christliche Staat die Mutter von den Kindern und bringt sie ins Gefängnis.

Ist es nicht himmelschreiend, daß eine Mutter von neun Kindern dafür mit dem Tode bestraft wird, daß der Staat nicht dafür sorgt, daß es der Armen durch ausreichende Unterstützung ermöglicht wurde, sich der Pflege und Erziehung ihrer Lieblinge zu widmen?

Und noch eine Frage drängt sich auf die Lippen! Was wird aus den unglücklichen Kindern, denen die Mutter auf so entsehrliche Weise entzogen wurde? Geradezu ein Wunder wäre es, wenn nicht die Mehrzahl von ihnen infolge der ja merkwürdigen

Waisenpflege in den kleineren Gemeinden Preußens körperlich und geistig verkommt!

Aber was kümmert sich der Staat um neun arme Waisenkinder. Er hat wichtigeres zu tun, er hat dafür zu sorgen, daß den Junkern und Heiligen ihre Wünsche erfüllt werden; er hat darüber zu wachen, daß die in Knechtschaft gehaltenen Volksmassen auch weiterhin niedergezwungen werden!

So will es das Recht, so will es die göttliche Weltordnung!

Schwere Katastrophe auf hoher See?

Der Kapitän eines im französischen Hafen von Rouen eingetroffenen spanischen Schiffes teilte dem spanischen Konsul mit, daß ein anderes spanisches Schiff, das zu gleicher Zeit mit ihm aus Rotterdam ausgelaufen sei, während eines Unwetters Schiffbruch erlitten habe. 70 Personen von den Passagieren und der Besatzung sollen dabei umgekommen sein. Eine Bestätigung der Aussagen des Kapitäns liegt noch nicht vor.

Strafverfolgung eines Parlamentariers.

Die italienische Deputiertenkammer hat die Strafverfolgung gegen den Deputierten Montagna, Vorsitzenden des Ausschusses der Römischen Spiritusgesellschaft, wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Beamtenehe und Vergehens gegen die Spiritus- und Oströgegesetz genehmigt.

In der Angelegenheit handelt es sich um die von uns vor einigen Tagen mitgeteilten in die Millionen gehenden Unterschleife bei der Fabrikation und Versteuerung von Spiritus. Montagna hat alle Mittel der Korruption spielen lassen, um für sich und seine Freunde riesenprofite auf betrügerischer Grundlage zu erzielen.

Folgeschwerer Versteinerung auf einem Eisenwerk.

Nach einem Telegramm aus Dortmund ereignete sich gestern mittag auf dem Eisenwerk der Dortmunder Union ein schweres Unglück. Bei Abbrucharbeiten an einem Hochofen stürzte das Gerüst zusammen, mehrere Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Drei von den unter den Trümmern Begrabenen wurden sofort getötet, zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt, drei Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Kleine Notizen.

Mord und Selbstmord. In Königsberg i. Pr. hat gestern früh ein Schuhmacher Reinhold sein vier Jahre altes Kind erhängt und sich dann selbst durch Erhängen das Leben genommen. Seine Frau fand bei ihrer Rückkehr von einem Ausgange beide als Leichen vor.

Durch einen Erdrutsch sind in einer Kohlengrube bei Forchies la Marche in Belgien vier Arbeiter verdrückt worden. Zwei wurden als Leichen geborgen, während ein dritter schwer verletzt aus den Erdbmassen herausgezogen wurde. Der vierte befindet sich noch unter den Erdbmassen.

Zum Eisenbahnunfall bei Courville. Bei den Aufräumarbeiten auf der Unglücksstelle sind noch mehrere menschliche Lebereste, die aber unkenntlich sind, geborgen worden. Die Aufräumarbeiten sind soweit gefördert, daß der Zugverkehr über ein provisorisches Gleis aufgenommen werden konnte.

Einsturz in einer Kaserne. Als der portugiesische Kriegsminister am Mittwoch eine Kaserne in der Stadt Guarda besuchte, stürzte ein Teil des Fußbodens des Empfangssaales ein. Eine große Anzahl Personen wurden in die Tiefe gerissen und erlitten Verletzungen. Schwere verletzt sind vier Militärpersonen und eine Frau.

Eiserjuditdrama. In der italienischen Ortschaft Bassano hat der Kaufmann Polini seine treulose Frau und deren Liebhaber, den Rechtsanwalt Cavalli, erschossen.

Sträflinger Leichtsinn. In Andstein in Tirol wollten vier Arbeiter gefrorenes Dynamit aufwärmen. Pflöchlich explodierte daselbe. Der eine der Arbeiter wurde in einem 60 Meter hohen Bogen weggeschleudert und blieb tot liegen. Die übrigen erlitten tödliche Verletzungen.

Witterungsübericht vom 16. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.		
Stettin	770	SW	4	halbhd.	1	Opavanda	741	SW	2	halbhd.	-8
Darmstadt	773	SW	4	halbhd.	0	Veteraburg	755	SW	2	bedeckt	-7
Berlin	773	SW	4	halbhd.	0	Seibitz	772	SW	5	bedeckt	9
Frankfurt	777	SW	4	Dunst	-1	Merdeben	753	SW	4	bedeckt	8
München	780	SW	3	halbhd.	0	Paris	777	SW	2	bedeckt	4
Wien	778	SW	bedeckt	-6							

Wetterprognose für Freitag, den 17. Februar 1911.

Nachts ein wenig kälter, am Tage wieder ziemlich mild, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn bei Treppen — nach 7 Uhr, wochentags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Antwortschein und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. N. Stettin. Richten Sie Ihre Anfragen direkt an die Redaktion. Adresse unbekannt — **N. N. 100.** 1. u. 2. Kognak und Rum 240 M. für den Doppelgänger. Wein: a) in Fässern oder Restflaschen bei einem Weinpreisgehalt von nicht mehr als 14 Gewichtsanteilen in 100 pro Doppelgänger 20 M., von mehr als 14, aber nicht mehr als 20 Gewichtsanteilen in 100 pro Doppelgänger 30 M., von mehr als 20 Gewichtsanteilen in 100 pro Doppelgänger 100 M.; b) in anderen Behältern: Schaumwein 120 M., andere Weine und feiner Rot 48 M. pro Doppelgänger. 3. Das Behältergewicht rechnet mit, es kommt also nicht das Nettogewicht in Betracht. — **N. N. 100.** 1. Erkundigen Sie sich bei der Geschäftsleitung des Generalstaatsanwaltes. 2. Welcher Partei Herr Heinrich Singer angehört, ist uns nicht bekannt. — **N. N. 117.** 1. Die Kriminalstatistik für das Deutsche Reich — erscheint bei Postkommission u. Wälldrecht, Berlin, Franzische Str. 28 — gibt die Zahlen an. 2. In welchen aus Reichsarbeitsblatt, Heimanns Verlag, Berlin, Manxstr. 43/44. — **C. N. 99.** Wein. — **C. N. 50.** Wein. — **N. N. 99.** 1. Wein. 2. Polizeikräfte bei 13 M. — **N. N. 26.** An das Polizeipräsidium. Kosten: 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung erfolgen. — **N. N. 50** und **C. N.** Die Pfändung ist möglich. Die Frau kann aber mit Erfolg intervenieren. — **N. N. 61.** Kommen Sie in die Redaktion (Sprechstunden: 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends). — **N. N. 3. 50.** Die Art Ihrer Tätigkeit muß Ihnen auf Verlangen beigelegt werden. — **J. R. 2. 1.** Wir raten vom Beitritt ab. — **C. N. 4.** Die Scheidungsfrage erhebt sich auf Grund des vorgelegten Materials nicht durchführbar. Wenn Sie sich trennen, sind Sie unterhaltspflichtig. — **Reich.** Wenn Sie verurteilt werden und erhebliche Sachen besitzen: ja. — **N. N. 701.** Unfallgeschäfte wollen wir nicht nach. Sie finden solche im Adressbuch verzeichnet. Vorsicht ist angebracht. — **Wollner Str. 5.** Wein. — **N. N. 13.** 1. So ist es dem Bundesrat notwendig erscheint. 2. Zweimal. 3. Ja. — **N. N. 30.** Jedes der beiden Ständesämter ist zuständig. — **N. N. 25.** 1. 3000 M. pro Jahr. 2. 15 M. täglich, Stadtratsbeschluss keine. 3. Die Delegierten werden von den Mitgliedern gewählt. — **N. N. 4. 2. 2.** — **Vernauer Str.** Leider nicht. — **N. N. 93.** Fragen Sie bei den Instituten direkt an. — **Brüffel.** Die Beschlagnahme des Vermögens nicht das Recht in einem solchen Falle nicht vor. Die Höchststrafe ist zwei Jahre Gefängnis oder Festungshaft. — **N. N. 911.** 1. Es kann Anrechnung auf den Lohn innerhalb des Dienstjahres erfolgen. Ist Ihre Tochter vor dem 1. März in Dienst getreten, so ist die Anrechnung nicht mehr zulässig, sonst ja. — **N. N. 3. Ja.** — **Alteuert.** Januar 1907. — **Freiberg.** Wilhelmstraße. Der richtige Steuerbetrag beträgt 320 M. reklamieren Sie. — **N. N. 23.** 1. Der Reichliche Konsulat. 2. Polizeipräsidium. 150 M. bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung erfolgen. — **Friedrichshagen 17 M. W.** Sie können sich nur an den Vermieter halten. Eine Lösung des Vertrages dürfte nicht zu erzielen sein. — **N. N. 21.** Doppelbesteuerung ist unzulässig. — **67 C. 1.** Seit

nicht mehr. Das konnte bei der erstmaligen Lohnzahlung gesehen werden. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — **N. 13.** Ein Kolon wird persönlich bestellt werden. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — **N. 23.** 1. Rein. 2. Na. 3. Bei wiederholten Fällen in der Regel ja. — **N. 31.** 1. Na. 2. Na das Prozeßgericht. — **N. 30.** Der Nationalliberaler und präsidentierte von 1867 bis 1873. — **N. 66.** Ruderklub „Vorwärts“, Stralau, Kannelstraße. Dort erfahren Sie die Bedingungen. — **N. 7.** Na. — **N. 38.** 1. Na. 2. Ihre Mutter soll sich beim Kriegsministerium

beschweren. — **N. 8.** 35. Bis einschließlich Kalenderjahr 1910. Es muß reklamiert werden, soweit die Veranlagung das erste Quartal 1911 einbezogen. — **N. 100.** Beantragen Sie bei der Steuerbehörde Stundung, außerdem bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission Ermäßigung, außerdem bei dem Vorsitzenden der Steuerkommission in drei Monaten. Der Wechselantrag verfährt gegen den Akzeptanten in drei Monaten, gegen etwaige übrige Wechselobligate in drei Monaten. — **N. 17.** 1. Die Klage, die beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Halle'sches Ufer, anzuführen wäre, hat Aussicht auf Erfolg. 2. Pfändung der

Miete kann nach Erlass des Urteils durch gerichtlichen Pfändungs- und Lieberungsbefehl erfolgen. — **N. 21.** 1. Na, 60 Pf. 2. Nur dann, wenn das feuergefährliche Einkommen um mindestens ein Fünftel vermindert ist, kann ein Antrag auf Ermäßigung bezw. Erlass bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission gestellt werden. — **N. 100.** Nach Ihrer Stellungnahme haben Sie kein Verrecht. — **N. 50.** 1. Gegen den Haftbefehl können Sie sofort Beschwerde einlegen und Aufhebung der Vollziehung beantragen. 2. Nur die Ihnen eigenmächtig gehörigen.



Todes-Anzeigen



Sozialdemokrat. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 32).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstagabend unser Parteigenosse
Bernhard Kieselbach
(Rochstr. 49)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem alten Luisen-Kirchhof, Bergmannstraße, statt.
210/10 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Theodor Müller
am 11. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
112/5 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Pauline Nieschalke
geb. **Spieling**
am 15. d. Mts. nach schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Ihr süßes Beileid bitte.
Der Ehegatte **Josef Nieschalke**.
Die Beerdigung findet am 18. d. Mts. nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe, unvergessliche Frau
Marie Raddatz
im Alter von 34 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachm. 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marias-Kirchhofes bei Marienhöhe aus statt.
Der trauernde Gatte
Franz Raddatz nebst Sohn.

Verichtigung.
Die Beerdigung des Gastwirts
Moritz Uhle
findet am Freitag 5 Uhr auf dem Christus-Kirchhof, Mariendorf, Lichterader Chaussee, statt.

Dankfagung.
Für die in so reichem Maße bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergesslichen Bruders und Schwagers **August Goltzsch**, legen wir hiermit dem Vorstand der St. Marien-, dem Wahlverein des 2. Reichstagswahlk., seinen Kollegen, insbesondere Herrn P. Krebs sowie allen Freunden und Bekannten für die Kränkungen herzlichsten Dank.
H. Brosche nebst Frau geb. Goltzsch.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kränkungen bei der Beerdigung unseres imiggelebten einzigen Sohnes **Max** legen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.
1700
Herrmann Kuhlwey nebst Frau.

Dankfagung.
Für die vielen treuen Beweise inniger Teilnahme sowie für die reichlichen Blumenpenden und besonders für die trostreichen Worte des Herrn Banasch beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Joseph Meier
spreche ich hierdurch meinen herzlichsten Dank aus.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Therese Meier geb. Stensch nebst Kindern.

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von **Julian Gorkardt**. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 19. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Zwei öffentl. politische Versammlungen für Männer und Frauen

1. In den Pharusälen, Müllerstr. 142:
Vortrag d. Genossen Redakteurs **Düvell-Dresden** über: **Moderne Schulkämpfe.**
2. Im **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünder Str. 42:
Vortrag des Genossen Redakteurs **Georg Schmidt** über: **Jugenderziehung.**

Nach den Versammlungen:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Die Einbufer: **Theodor Buchholz**, Bräufelder Str. 47.
Julius Marxner, Swinemünder Str. 70.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Sonntag, den 19. Februar 1911, vormittags 10 Uhr:

Fortsetzung

der außerordentlichen Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle in Freyerd Festsälen (früher Keller), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
Stellnugnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Mannheim.
Mit kollegialem Gruß: Die Ortsverwaltung.
Besondere Einladungen werden zu dieser Generalversammlung nicht versandt. Als Legitimation gilt die Legitimationskarte für Vertrauensleute und Mitgliedsbuch.
Vertretungen sind nicht zulässig.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Muster-Coupons-Resie.
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Hüte, Kostüme etc. Meter 3.-, 4.-, 5.-
Sriehaar-Loden, impregniert für Wetter-Pelzwaren, Meter 1.50, 2.-, Tuschlager, Gertrudenstraße 20-21, Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H. vier-eckig Petrikirche

Vorbeugung der Syphilis durch **Ehrlich-Hata 606**.
Aufklärungsbuch über Vorsichtsmaßregeln u. Erkennung d. Lustsüuche von Dr. Zikel. Für M. 1.- franco d. d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

Schallplatten
Verleih-Institut
Auch nach auswärtig. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 50
Nene Holzgutrass 38.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Dente, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenamt):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!
Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosenamt im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15, als Refektorium für die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
Um Sonntag Museumsführung durch das Museum für Naturkunde. Genosse **Gottschow** wird dort die Einrichtung und Veränderung der Grubde zeigen. Treffpunkt um 1 1/2 Uhr vor dem Museum, Invalidenstraße 43. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Tischler, Bezirk Osten II.
Montag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Jelleraud), bei **Littin**, Remeler Straße 67:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Bornau** über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.“ 2. Verbandsangelegenheiten.

Interessenverein der Produzentenhändler und -Händlerinnen Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
aller
Produzentenhändler und -Händlerinnen
Berlins und Umgegend
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Max Schütte**. 2. Welchen Nutzen bietet uns eine Interessen-Organisation. 3. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilerfassung statt. Der Vorstand.
Für unsere Mitglieder! Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 18. März im Vereinslokal „Borussia-Säle“, Widenstr. 6/7, statt. Willkür sind beim Kassierer **Karl Münzberg**, am Eingang des Versammlungssaales, zu haben.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Postel die bequeme u. wirksame Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indische Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-Apothek, Berninstr. 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

„Silesia-Bad“
11245* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte Pianos
erstklassiges Fabrikat (mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu **Engrospreisen** in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: Willi Maab, Brunnenstr. 35
Klein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:
Billiger reeller
Räumungsverkauf
von
Arbeiter-Berufskleidung!
Große Vorteile für jeden Käufer.
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen **Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.**
Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).
Neuererscheinungen:
Von unten auf.
Ein neues Buch der Freiheit.
Gesammelt und gefaltet von **Eugen Diederich**.
— Mit 26 Bildern.
Preis gebunden 2 Bände 6 M., in 1 Band 5 M., einzeln pro Band 3 M.

Die Bakterien.
Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen.
Von **Dr. Adolf Reik**.
(10. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Der industrielle Großbetrieb.
Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe.
Von **Richard Woldt**.
(11. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Leo Tolstoi-Briefe
(1848-1910).
Gesammelt und herausgegeben von **P. A. Sergejew**.
Preis broschiert 6 M.

Protokoll
über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher, den **Zwangszweckverband für Groß-Berlin** betreffend, abgehalten am 15. Januar 1911.
Preis 75 Pf. 245/6*

Schuh-Fabrik Einzel-Verkauf Marke „RAPID“

Hackescher Markt 2-3, I. Etage



Halbbarkeit garantiert!

Der Zwischenhandel ist vollständig ausgeschaltet, daher grösste Leistungsfähigkeit!

Vorzügliche Damenstiefel in der Preislage von Mark 5.50 an

Vorzügliche Herrenstiefel in der Preislage von Mark 6.00 an

Knaben- und Mädchenstiefel, neueste Formen, sehr preiswert, in allen Grössen.

KEIN LADEN □ NUR I. ETAGE □ KEIN LADEN

Eröffnung am Sonnabend, 18. Februar!



Nur bestes Material!

Theater und Vergnügungen

Freitag, 17. Februar.

Königl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Königl. Schauspielhaus. Ein Schritt vom Wege.
Deutsches Haus. Komödie der Jungen. Heirat wider Willen. (Anf. 8 Uhr.)
Neues königl. Opern-Theater. Geflohen.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen. Die Katten.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Klein. Der Selbsthater. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Opern-Theater. Die schöne Fiesche.
Berliner. Bummelstudenten. Die Katten. Das Puppenmädchen.
Trianon. Hippolyte's Abenteuer. Die Katten. Der Selbsthater.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller O. (Salmer-Theater.) Kabale und Liebe.
Schiller-Charlottenburg. Maria und Magdalena.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Einheirat.
Volkoper. Zar und Zimmermann. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Das Objekt.
Berliner Volksoper. Reger Abonnement. 9 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Einheirat. Schwan in 3 Akten von Alexander Engel und Julius Hertz. Sonnabend Opern-Aufführung: Figaros Hochzeit.
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Das große Licht. Schauspiel in 4 Akten v. F. Philipp. Sonnabend 4 Uhr große Kinder-Vorstellung: Max und Moritz. Sonntag nachm.: Der Millionen-Junge. Abends neu einstudiert: Der längste Leutnant. Montag: Das große Licht.
ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 122. Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Lorbeerbaum u. Bettelstab. Schauspiel in 4 Akten von Holtei. Sonnabend nachm.: Frau Holle. Abends, Sonntag und Montag: Der Herrgottschneider von Immergau. Sonntag nachm.: Don Carlos.
Apollon Theater. Abends 7 Uhr: Nur noch kurze Zeit! Das Kolossal-Programm mit 10 große Attraktionen. Ganz Berlin lacht Tränen über Otto Reutter.
Metropol-Theater. Hurra! Wir leben noch! Große Aufstellungsbühne in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz. Anfang 8 Uhr. Raufen gestattet.
Herrnfeld Theater. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Zwei Schlager: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Voigt-Theater. Gesundheitsbrunnen, Badstraße 53. Freitag, den 17. Februar 1911: Das Buschlies'1 oder: Die Wälerin u. ihr Kind. Original-Vorstellung mit Gesang in 4 Akten von J. Wühler. Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Lessing-Theater. 8 Uhr: Die Katten. Sonnabend 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Die Kinder.
Berliner Theater. 8 Uhr zum 50. Male: Bummelstudenten.
Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens. 8 Uhr: Das Puppenmädchen. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.
Modernes Theater (früher Hebbeltheater). Abends 8 Uhr: Doppelmannsch.
Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie. 1 Akt von Weber-Abrie. 2. Gang: Eine Nachsichtigung, 1 Akt von Georges Feydeau. 3. Gang: Nach dem Wänschenhol, 1 Akt von Georges Feydeau. Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 Uhr: Kummere Dich um Amélie.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Konstruktions-Ingen. A. Kellner:
 Herstellung gußeiserner u. schmiedeiserner Röhren.

Kaiser-Panorama.
 3. u. 4. Male: IV. Wanderung in Venedig. 2. Woche: III. Tour im südlichen Schwarzwald. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Das Objekt.

Berliner Volksoper.
 Reger Abonnement. 9 1/2 Uhr:
Zar und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
Einheirat.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das große Licht.

ROSE-THEATER.
 Große Frankfurter Str. 122. Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Lorbeerbaum u. Bettelstab. Schauspiel in 4 Akten von Holtei. Sonnabend nachm.: Frau Holle. Abends, Sonntag und Montag: Der Herrgottschneider von Immergau. Sonntag nachm.: Don Carlos.

Apollon Theater.
 Abends 7 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
 Das Kolossal-Programm mit 10 große Attraktionen. Ganz Berlin lacht Tränen über Otto Reutter.

Metropol-Theater.
 Hurra! Wir leben noch! Große Aufstellungsbühne in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz. Anfang 8 Uhr. Raufen gestattet.

Herrnfeld Theater.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Zwei Schlager: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Voigt-Theater.
 Gesundheitsbrunnen, Badstraße 53. Freitag, den 17. Februar 1911: Das Buschlies'1 oder: Die Wälerin u. ihr Kind. Original-Vorstellung mit Gesang in 4 Akten von J. Wühler. Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Lessing-Theater.
 8 Uhr: Die Katten. Sonnabend 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Die Kinder.

Berliner Theater.
 8 Uhr zum 50. Male: Bummelstudenten.

Neues Theater.
 Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
 8 Uhr: Das Puppenmädchen. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater (früher Hebbeltheater). Abends 8 Uhr: Doppelmannsch.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.

Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie. 1 Akt von Weber-Abrie. 2. Gang: Eine Nachsichtigung, 1 Akt von Georges Feydeau. 3. Gang: Nach dem Wänschenhol, 1 Akt von Georges Feydeau. Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 Uhr: Kummere Dich um Amélie.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Salmer-Theat).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
 Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten v. Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Egmont.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
 Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau. Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.

„CLOU“
 BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
 Eintritt 50 Pf.
Gastspiel v. Johann Strauß
 aus Wien mit seiner vollständigen Kapelle und seinen Walzern. — Anfang 8 Uhr.
 Morgen, Sonnabend, 18. Febr., abends 9 Uhr: **Mimosenfest, Riviera-Frühling in Berlin.** Eintritt 3 Mark.
 Karten im Invalidendank u. Verkehrsbureau Potsdamerplatz (Café Josty).

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königstor. Grösste Sehenswürdigkeit Berlins.
 Heute, Freitag: **Elftetage.**
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis. Der berühmteste Zeitwirt.
Schorch Schrengruber
 mit seiner Truppe (80 Personen) aus München. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Pflanzarten haben volle Gültigkeit.
 Borangabe! Nächsten Freitag: **Gr. Kapellmeister-Wettstreit.** Außerdem: **Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.**

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
 200 Eislaufkünstler. Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. 2 Musikkapellen. Raum für 10 000 Personen. Unterricht im Eislauf.
Vormittagskonzerte.
 Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße)
 Anfang: wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachm.
Monaldeschi. Historischer Schlager.
Das Duell aus Eifersucht. Drama a. d. wilden Westen.
Moritz und der Sonnenschirm. Sehr ulkig.
Der mutige Bräutigam. Herrn Haases Erlebnisse etc.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
 Täglich das beliebte
Bockbierfest.
 Dienstags, Donnerstags und Sonntags: **Großer Ball.**
 Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf.
 Sont. 4 Uhr. Sont. 5 " " 50 "

Königstadt-Kasino.
 Seigmartstr. 72.
 Täglich: Spezialitäten und Theater.
Franz Sobanski.
 Leop. Rosser, Elsa de la Senta, Geschwister Bernhardt, The Dumbars, atrolatische Tänzer.
Immer fidel.
 Schwan m. Ges. in 1 Akt v. D. Richter. Anf. 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz.
 8 Uhr d. neue Varieté-Programm.
 Von 11-1 Uhr Konzert (Dir. Rob. Krüger). Das Variété-Kons.-Syst. Entree frei. Sie lösen ein Programm pro Person, damit haben Sie schon ein Glas Münch. od. Pils. Bier bezahlt.

Walhalla-Theater.
 (Kolentz Tor.) Weidenbergsw. 20
 Abendlich 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Allermwelts-Neuheit. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Zipkus A. Schumann.

Freitag, den 17. Februar 1911,
 präpfe abends 8 Uhr:
Aufführung des Deutschen Theaters:
König Oedipus
 von Sophokles.
 Sonnabend, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Grand Soiree high Life
 Auffreten sämtlicher neuen Attraktionen.
Der große Coup
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
 Or. Ausstattungspant. in 4 Akten.

WINTERGARTEN
 Die berühmte chines. Tragödie
„Im Reiche des Drachens“
 Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten.
 MIB Orford, Elefantendressurakt. La belle Leonora, span. Tänzerin. The Kallinos, ein Fest in Venedig. The 6 Goshas, jap. Ges.-Tanz-Tr. Fred Marion, Instrument-Imitator. Floreusse and Lillian, Musikal.-Akt. Les Pissuittis, Gladiatoren z. Pferde. Morris Cronin Truppe, mod. Jongl. „Durga“, das fliegende Pianino. Los Marquards, in ihrer Szene „Im Walzerwahn“. Biograph, n. Aufn.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordon
 der spanische Caruso.
 Schneider-Duncker
 Les Vignacs
 u. d. kolossale Febr.-Prog
 14 neue Variété-Attraktion.

Casino-Theater
 Rothbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Ronatelung total ausverkauft!
Julie Wippen!
 Ein echtes Berliner Volksstück.
Julie Wippen!
 Kan lacht Tränen über
Julie Wippen!
 Sont. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutsteufel.

Passage-Panoptikum.
Lapland in Berlin.
Eine Kolonie
 Frauen, Männer, Kinder, in ihr. Leben, Sitten u. Gebräuch. Zum 1. Male in Berlin! in ein. eigens erbauten Polardorfe. Ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47-48.
 Sonntag, den 19. Februar 1911:
 Gastspiel des Fr. Frieda Ward vom Hofe-Theater.
Marianne,
 ein Weib aus dem Volke.
 Volks-Schauspiel in 5 Aufzügen von G. Dräger-Wantzen.
 Kasseneröffnung. 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Zirkus Busch.

Freitag, 17. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Gastsp. **MIB Serene Nord!**
 Schwimm- und Tauchkünstlerin.
Neu! Die Bradnas!
Käti Sandwina!
Lady Herkules!
 Gastspiel des Herrn Dir. Pierre Althoff m. ihren eleg. Freiheitsdresuren. **Die Fredians,**
 Akrobaten zu Pferde.
 Um 9 1/2 Uhr zum 57. Male:
„Armin.“
 Vorher das große Galaprogramm.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Kottbusser Tor. 8 1/2 Uhr: Gastspiel
National-Sporting-Troupe
 Training für die großen

Borkämpfe.
Grete Gallus
Paul Förster.
 Die von da drüben.

heater eddings
Neuer Spielplan!
 Nachmittags von 5-8 Uhr wird jedem Besucher **Blookers Kakao gratis** verabreicht.

Burgtheater.
 Festsäle und Kinematograph
 vorm. Groterjan, Umbau: Rud. Morz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 1/2, Sont. 4 1/2. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. **Terz wochl. Programm.**

Karl Haverland.
 Anfang Theater-Kommandanten-Präs. 7 1/2, U. Straße 77/79.
Ein Sensationsprogramm.
 Almenrauch und Edelweiss, prolongiert.
 Fred Rollon, Musikmenschen. Neu!

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
 Neuer bunter Teil.
Feldweibelhügel.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß, neu!
Kuhliches Variété-Theater.
 Darsteller von Regler.
 Anfang wochentags 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Niederhohenhausen-Nordend. Am Sonnabend, den 18. Februar, feiert der Wahlverein sein Winterfest im Lokal „Kau-Carlshof“...

Zegel. Morgen Sonnabend, den 18. d. M., abends von 7 Uhr ab, von den bekannten Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung...

Französisch-Buchholz. Am Sonntag findet im Lokal des Herrn Albrecht in Buch eine Volksversammlung statt...

Berliner Nachrichten.

Mehr Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte vor vierzehn Tagen den Magistratsantrag, das Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch neue Bestimmungen über eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit zu verbessern...

Die sozialdemokratische Fraktion hatte, an ihrer Forderung einer möglichst gänzlichen Sonntagsruhe festhaltend, den Antrag eingebracht, für offene Verkaufsstellen des Handelsgewerbes — mit Ausnahme nur der Nahrungs- und Genussmittelgeschäfte sowie der Blumen- und Blumenhandelsgeschäfte — jede Sonntagsarbeit zu verbieten...

In der weiteren Debatte hoben alle Freisinnredner hervor, wie sehr auch sie zu den „Freunden“ der Sonntagsruhe gezählt zu werden wünschten...

Die Abstimmung ergab Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Mit 66 Stimmen gegen 47 Stimmen wurde dann der Antrag Sonnensfeld angenommen...

Polizeiliche Schuppenfieber.

Das Schlüsselschloßexperiment, welches die Berliner Kriminalpolizei im ganzen Groß-Berlin zur Aufklärung der Hoffmannschen Mordfälle vornehmen will, ist das Pendant zur berühmten Rechtstüte, mit welcher der Kriminalchef Herr Weheimer Oberstaatsanwalt Hoppe seinerzeit Messerschleifer fangen wollte...

nehmen, daß es bei der Prüfung, wenn dieselbe wirklich erfolgen sollte, nicht überall ohne Konflikte abgehen wird. Viele Personen werden nicht ganz mit Unrecht eine Verleumdung darin erblicken, daß man sie trotz tadellosen Rufes in solcher aufdringlichen Form bloß deshalb mit einer Vorladung in Verbindung bringt...

Bilder vom Begräbnis des Genossen Singer bringt die nächste Nummer der „Neuen Welt“. Besonders gut und scharf herausgekommen sind diese Bilder namentlich in den auf besserem Papier gedruckten Exemplaren...

Mit der Anlage von Brunnen in der Wuhlsheide für das städtische Wasserwerk ist bei Sabotta begonnen worden. Es werden dort Wohnungen für die Brunnen und Arbeiten für eine Rohrleitung vorgenommen.

Die die Treptower Einwohnerschaft über die Eingemeindungsfrage denkt, geht sehr deutlich aus dem Ergebnis einer von mehreren Vereinen unter den männlichen Einwohnern von Treptow vorgenommenen Umfrage hervor...

Ein Krankenhaus für Brustkranke. Der Magistrat hat, wie kürzlich berichtet wurde, für den Bau eines Spezialkrankenhauses für Brustkranke ein Gelände in Buch in Aussicht genommen. In diesem Krankenhaus sollen Lungen- und Kehlkopfleidende Aufnahme finden...

Die Lohnfrage der städtischen Arbeiter

beschäftigte am Dienstag wiederum den mit der Beratung der Angelegenheit eingehenden Ausschuss. Zur Debatte stand ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, der eine generelle Regelung für die verschiedenen Kategorien städtischer Arbeiter verlangte...

Vom 1. April 1911 ab werden in den städtischen Betrieben Berlins die Arbeitslöhne wie folgt geregelt:

- 1. den ungelerten Arbeitern ein Tagelohn von mindestens 4,25 M., steigend von 2 zu 2 Jahren um 15 Pf. bis zu 5 M.;
2. den gelerten Arbeitern (Handwerkern) ein Tagelohn von mindestens 5 M., steigend von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. bis zu 6,25 M.;
3. den Betriebsarbeitern und Kohlenarbeitern in den Retortenhäusern der Gasmwerke ein Schichtlohn von 5,75 M.;
4. die in die Woche fallenden Feiertage werden mit dem vollen Tagelohn bezahlt; Arbeiter, welche an solchen Feiertagen arbeiten müssen, erhalten außerdem ihren Tagelohn;
5. die normalen Tagelöhne gelten für sechs Arbeitstage bezw. Arbeitsnächten in der Woche; Überarbeit außerhalb der festen Arbeitszeit zwischen 6 Uhr früh und 9 Uhr abends ist mit 25 Proz. in der Nacht mit 50 Proz. Zuschlag zu vergüten; letzterer Satz trifft auch auf Arbeit zu, welche als heftiger Arbeitstag oder heftige Schicht in der Woche anzusehen ist.

Die in einigen Verwaltungen für bestimmte kleine Gruppen oder einzelne Arbeiter bereits bestehenden höheren Löhne bleiben von vorbeschriebenen Vorschlägen unberührt.

Unsere Genossen trafen in der Begründung zu dem obigen Antrag auf die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnregelung und auf eine Erhöhung der Löhne hin, die in keiner Weise an die Lohnsätze heranreichen, die in den benachbarten Vororten gezahlt werden. Vom Magistratsvertreter wurde erklärt, daß man augenblicklich gar nicht ersehen könne, welche finanzielle Wirkung die Anträge haben würden...

Bemerkenswert ist folgendes: Bei der Straßeneinigung wurde gerügt, daß bestimmte Ueberstunden nicht mehr bezahlt würden, entgegen einem Magistratsbeschluss. Die Angelegenheit soll beim Etat behandelt werden. Dann wurde bemängelt, daß gleichfalls bei der Straßeneinigung eine Aenderung der Arbeitszeit vorgenommen worden sei, die einer Verlängerung gleichkomme...

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken ist im Zeuthener See der Kaufmann Fritz Werner aus Berlin W. Er befand sich in einer

größeren Gesellschaft von Damen und Herren. Beim sogenannten Kettenlaufen kam er gegen 6 Uhr abends in einen solchen Schlingel, daß er über die abgesteckte Fläche hinweg auf eine ganz dünne Eisbede geriet und vor den Augen der Gesellschaft unter der Eisede verschwand. Da keinerlei Rettungsgeräte vorhanden waren, konnte der Eingebrochene nicht gerettet werden...

Taschendiebe beim Vorkrummel. Im internationale Taschendiebe handelt es sich wahrscheinlich bei jenen Vorfällen, die sich gegenwärtig die Vorkrummel zur Ruhe machen. Die dreifachen Langfinger suchen in dem Vorkrummel günstige Gelegenheiten zur Ausführung von Taschendiebstählen und bei dem Gedränge, das häufig bei solchen Veranstaltungen herrscht, wird den Spezialisten das Handwerk sehr erleichtert...

Religionsdiert ist nunmehr der Mann, dessen zerstückelte Leiche am 14. ds. Mts. auf dem Bahnhöfen in der Nähe der Station Riech-Nummelsburg aufgefunden wurde. Da der Tote, dem der Kopf vom Rumpfe getrennt worden war, keinerlei Legitimationspapiere bei sich hatte, konnte seine Persönlichkeit zunächst nicht festgestellt werden...

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag gegen 1/2 Uhr auf einem Neubau von Wollenberg in der Magazinstraße. Dort waren drei Arbeiter der Firma D. Hirsch in Eichenberg damit beschäftigt, einen schweren eisernen Träger im Mauerwerk zu befestigen. Offenbar waren die Bausteine jedoch nicht ganz korrekt vermauert, denn plötzlich gab der Sockel, in dem der Träger eingelassen worden war, nach und stürzte zu Boden...

Aus geringfügiger Ursache ist der 19jährige Schriftfeger Köhls aus der Gerichtstr. 2 in den Tod gegangen. Der junge Mann, ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter in seinem Berufe, war in letzter Zeit in leichtsinnige Gesellschaft geraten und blieb häufig die Nächte hindurch von Hause fort. Deshalb machten ihm die Eltern Vorwürfe, wobei es dann zu heftigen Auseinandersetzungen kam...

Menschenleben in Gefahr! Dieser Ruf alarmierte gestern früh nach 10 Uhr die Berliner Feuerwehr. In der Wilsnader Straße 31, Ecke Kruppstraße, war im 1. Stock, in der Wohnung einer Frau Sante im Berliner Zimmer durch einen Ofen, vor dem ein Vorhang angebracht war, Feuer ausgebrochen. Frau Sante ließ vor Schreck, als sie das Feuer bemerkte, auf der Flucht nach dem Korridor und die Treppe die Türen offen stehen. Dadurch gerann das Feuer Luft und erreichte in kurzer Zeit eine solche Ausdehnung, daß sämtliche Bewohner der oberen Etagen in Lebensgefahr schwebten...

Wegen eines größeren Brandes wurde die Feuerwehr in der letzten Nacht nach der Warkulstraße 60, im Osten Berlins, gerufen. Das Feuer war in der Reißbrett- und Alfenbrennmaschinenfabrik von Friedrich u. Kust, die sich im zweiten Stock des Vorderhauses befindet, ausgebrochen und hatte Regale, Schränke, Möbel, Türen und Fenster ergriffen. Als die Feuerwehr eintraf, schlugen aus den Fenstern schon die heißen Flammen heraus. Unter Benutzung von zwei Schlauchleitungen wurde dann gegen das Feuer vorgegangen...

Gestern abend gegen 7 Uhr wurde die Wehr schon wieder zu einem gefährlichen Feuer gerufen. Diesmal brannte in der Kronenstr. 12/13, an der Friedrichstraße, ein Spielwarenlager des Kaufmanns und Geschäftswirts Winte, das im dritten Stock des linken Seitenschlages untergebracht war. Die Gefahr war erst spät bemerkt worden, so daß bei Anbruch der Feuerwehre schon die heißen Flammen aus den Fenstern herauserschlugen. Da sich auch eine starke Rauchentwicklung geltend machte, schwebten anfangs zahlreiche Mieter in Gefahr. Ein Schuhmachermeister Raeb, der sich in einem Raum unmittelbar hinter dem Brandherd aufhielt, konnte noch rechtzeitig durch Feuerwehrlente in Sicherheit gebracht werden...

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde gestern mittag um 12 Uhr der XV. Automobil-Verschlag der Berliner Feuerwehr nach der Siedingstr. 6 gerufen. Die Wehr fand bei ihrem Eintreffen den Dachstuhl bereits in voller Ausdehnung in Flammen stehend vor. Es gelang bald, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Der Schaden ist erheblich. Ueber die Entstehung des Brandes konnte noch nichts Bestimmtes festgestellt werden, jedoch liegt die Vermutung nahe, daß Brandstiftung vorliegt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Mittwoch nachmittag in der Chausseestraße. Dort versuchte an der Ecke der

Böhlertstraße der 37jährige Kellner Gottlieb Venuweil aus der Brunnenstraße 12 einen Straßenbahnwagen der Linie 68 während der Fahrt zu besteigen. Er glitt jedoch von dem Trittbrett ab und stürzte so unglücklich, daß er benennungslos auf dem Straßenpflaster liegen blieb. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des rechten Schlüsselbeins, eine schwere Quetschung des rechten Armes und der rechten Schulter und eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus überführt.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 19. Februar 1911, abends 7 Uhr, im Schulkol, Grenadierstr. 37: **Vortrag** des Genossen Dittmer über Trübs und Kartelle.

Rur Mitglieder, welche sich durch Mitgliedsbuch legitimieren, haben Zutritt.

Am Sonnabend fällt der Unterricht in **Gesetzeskunde** aus.

Der Berliner Pflegeverein für Geisteskrante hielt dieser Tage im „Deutschen Hof“ in der Ludauer Straße eine Versammlung ab. Der erste Vorsitzende, Herr Dr. Rod, teilte mit, daß die einleitenden Schritte, dem neuen Verein die Rechtsfähigkeit zu verschaffen, bereits getan seien. Ferner berichtete er, daß zahlreiche Reuanmeldungen vorlägen und eine geradezu beängstigende Fülle von Anträgen eingegangen seien, aus welchen hervorgehe, daß trotz der aufklärenden Artikel in der Presse noch in weiten Kreisen eine beständige Unklarheit über die Ziele des Vereins herrsche, der vielfach, trotzdem er ehrenamtlich verwaltet werde und auch Nichtmitglieder unterstütze, für eine Kranfentafel oder eine Versicherung gehalten werde. Dann hielt der Vorsitzende einen Vortrag über Zweck und Ziele des Berliner Pflegevereins und entrollte hierbei ein Bild der 25jährigen Geschichte des so segensreich wirkenden Nürnberger gleichgesinnten Vereins. Zum Schluß gab er noch bekannt, daß einzelne hervorragende Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft dem Verein als unterstützende Mitglieder beigetreten seien. Allerdings seien große Mittel erforderlich, dem Verein die ausgedehnte und segensreiche Wirksamkeit, wie sie vom Vorstand angestrebt wird, zu sichern. Die Kaufmannschaft bittet, Aufnahmeformulare beim Schriftführer, Herrn Curt Wolff, in Firma Gebr. Wolff, Berlin S., Dresdener Straße 34/35, einzufordern.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat in den 7 Monaten ihres 12. Geschäftsjahres 3 060 374,78 M. Umsatz gegenüber 2 097 858,45 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres erzielt, das sind 962 516,33 M. mehr. Der Monat Januar 1911 brachte 474 421,55 M. gegenüber 350 714,24 M. im Januar 1910, also 123 707,31 M. mehr. Die Hausanteile haben jetzt die Summe von 480 000 M. erreicht, so daß die zuerst bewilligten 500 000 M. in kurzem erreicht sein dürften und auch die Forderung besteht, die 200 000 M. neuerdings bewilligten Hausanteile bald aufzubringen. Die Spargelder haben die 700 000 M. bereits überschritten und wird die erste Million wohl noch in diesem Kalenderjahr erreichen. Im März dieses Jahres wird ja nun auch endlich der erste Zweig der lokalen Eigenproduktion, die Bäckerei, eröffnet werden und aller Voraussicht nach zur Propaganda für die Genossenschaft dienen.

Culturg. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 9,95 M. von den Kollegen der Firma Niebe, Kugelager- und Werkzeugfabrik in Weihen.

R. Rosenfeld, An der Spandauerstraße 1a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat beantragte, den städtischen Stätteplatz am Spreedorf an den Fuhrherren Friede für eine jährliche Pachtsumme von 125 000 M. bis zum 31. März 1919 zu verpachten. Auf Wunsch des Pächters soll neben den schon vorhandenen Anlagen noch ein elektrisch betriebener fahrbarer Maschinenkran von der Stadtgemeinde errichtet werden. Der Pachtpreis ist so bemessen, daß neben der vollen Amortisation der Kosten für die Einrichtungen und Betriebsanlagen unter Annahme einer Amortisationszeit von 15 Jahren und neben der vollständigen Dedung der jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten der Pächter nebenst Krankenanlagen noch eine 4prozentige Verzinsung der gesamten Kosten erzielt wird. Genosse Stadtverordneter Bill wies darauf hin, daß das Angebot des Pächters zwar den Umständen nach angemessen sei, daß aber nicht recht einzusehen ist, warum der Stätteplatz überhaupt verpachtet und nicht von der Stadt selbst betrieben wird. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem Genosse Bill angehört.

Ebenfalls einem Ausschuss wurde eine Vorlage auf Aenderung Normal-Befoldungsbetags, und zwar für die Leiter, Lehrer und wiesen.

Eine andere Vorlage verlangte eine weitere Aenderung des Normal-Befoldungsbetags und zwar für die Leiter, Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Schulen. Es soll ihnen mit Wirkung vom 1. April 1910 ab der Wohnungsgeldzuschuss erhöht und in voller Höhe statt wie bisher nur zu zwei Dritteln als pensionsfähig angerechnet werden. Diese Vorlage wurde ohne Ausschussberatung angenommen. Ebenfalls angenommen wurde eine Vorlage, welche 186 100 M. für die Verlegung und Umänderung der städtischen Versorgungsleitungen für Kanalisation, Gas, Elektrizität, Wasser, Feuermelder in der Tauenzienstraße und im Kurfürstendamm verlangte. Die Verlegung ist notwendig geworden wegen der neuen Untergrundbahnlinie nach dem Kurfürstendamm, deren Eröffnung gleichzeitig mit der der Wilmersdorfer Linie stattfinden muß, und mit deren Inangriffnahme, wenn es die Witterung erlaubt, bereits im März begonnen werden soll.

Das Hauptinteresse der Sitzung beanspruchte die **Vorlegung des Etats**, dessen Zahlen wir bereits in Nr. 34 vom 9. Februar mitgeteilt haben. Bei den Steuern beantragt der Magistrat, die Gemeindefinanzverwaltung bei Einnahmen unter 900 M. nicht zu erheben und im übrigen es bei dem Zuschlag von 100 Proz. zu belassen; die Gewerbesteuer soll mit 150 Proz. in den Klassen I und II und mit 100 Proz. in den Klassen III und IV erhoben werden, doch soll die Gewerbesteuer der kleinen Gewerbetreibenden in Klasse IV und, soweit der Betrag der im Rechnungsjahre 1910 aufgefundenen Warenhaussteuer reicht, auch in der unteren Stufe der Klasse III nicht erhoben werden. Die Gemeindegeldsteuer soll in Höhe von 2,7 Promille des gemeinen Wertes der bebauten und 5,4 Promille des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke genau wie im Vorjahr erhoben werden, die Betriebssteuer in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer, die Umsatzsteuer in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und 2 Proz. der unbebauten Grundstücke. Die Kanalisationsgebühr soll in Höhe von 1 Proz. des Gebäudenutzungswertes erhoben werden, die Gebühr für die Beseitigung des Mülls in Höhe von 0,9 Proz. des Gebäudenutzungswertes, wobei die Stadt wiederum 80 000 M. zuzuführen soll.

Der **Rämerer** hob hervor, daß eine Reihe günstiger Momente vorliegen, um den so stark angewachsenen Etat zur Bilanzierung zu bringen. Aus dem Verwaltungsbudget des Jahres 1909 (1 890 000 M.) konnte 1 Million in die Einnahmen gestellt werden, während der Rest mit Ausnahme eines für eine Straßenregulierung bereits verbrauchten Betrages von 60 000 M. dem Ausgleichsfonds zugeführt wird. Ferner ist das Jahr 1910 in seinen wirtschaftlichen Ergebnissen günstiger wie die Vorjahre. Das zeigt sich in den höheren Ueberschüssen der Werke; das Gaswerk ist mit einem Ueberschuß von 2 723 100 M. eingekauft, d. i. 608 400 M. mehr als im Vorjahr; das Elektrizitätswerk mit einem Ueberschuß von 1 133 200 M., d. i. 233 200 M. mehr als im Vorjahr. Auch die Umsatzsteuer werde 1 350 000 M., nur etwa 100 000 M. weniger als angefaßt war, ergeben. Die Wertzuwachssteuer, die erst seit dem 1. April 1910 erhoben wird, und nur bis zum 31. Januar unverfügt in die Stadtkasse fließt, wird bis zu diesem Termin eine Summe von mehr als 600 000 M. ergeben, d. i. offenbar weit mehr

als bei der Einführung von der Versammlung und dem Magistrat erwartet wurde. Diese Summe fließt nach einem früheren Beschlusse der städtischen Körperschaften unverfügt in den Ausgleichsfonds. Für das kommende Jahr ist die Wertzuwachssteuer, die nunmehr ja zum größten Teil dem Reiche zufallen soll, nur mit 300 000 M. eingekauft und auch diese Summe will der Magistrat dem Ausgleichsfonds zuführen. Für den Straßenbau konnte mehr als in den früheren Jahren (450 000 M.) eingekauft werden, den Büchsen der Schulverwaltung ist voll Rechnung getragen, indem fast 900 000 M. für Neubauten in den Etat aufgenommen sind. Aber ganz ohne Inangriffnahme von Reserven konnte man auch bei diesem Etat nicht auskommen, es sollen 340 000 M. aus der Kapitalanfangsammlung zur Bezahlung einiger Grundstücke genommen werden. Das ist jedoch unbedenklich, da die Grundstücke dem Vermögen der Stadt dann zugeführt werden.

Die Stadtverordneten Dr. Fraebel (lib.) und Dr. Stadthagen (ver. Fr.) begrüßten das bessere Bild, das der Etat dem vorjährigen gegenüber bietet, mit Freude, und sprachen namentlich darüber ihre Beunruhigung aus, daß man ohne Erhöhung der Steuern den Etat balancieren könne.

Genosse Stadtverordneter Dr. Vorhardt wies darauf hin, wie bedenklich es sei, den Etat auf Ueberschüsse der Vorjahre zu stützen. Es reiche ja die Gemohnheit ein, einen Ueberschuß von mindestens 1 Million Mark als bestimmt zu erwarten, d. h. aber, zu verlangen, daß der Etat um mindestens 1 Million Mark falsch aufgestellt sei. Auch ohne solche Ueberschüsse müsse ein richtig aufgestellter Etat balancieren, und die etwaigen Ueberschüsse könnten sehr wohl zur Erfüllung sehr notwendiger Aufgaben gebraucht werden; vor allem mangle es bei unseren Fortbildungsschulen. Wenn Besuch nach Charlottenburg kommt, führe man ihn in weitem Bogen um unsere Fortbildungsschulen herum, so daß die Besucher manchmal glauben, wir hätten überhaupt keine Fortbildungsschulen. Wir schämen uns eben, sie zu zeigen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Weiter erinnerte der Redner an das alte Versprechen, den Gaspreis herabzusetzen, wenn die Ueberschüsse der Gasanstalt 10 Proz. betragen und die Finanzverhältnisse der Stadt es gestatten. Die Ueberschüsse erreichen jetzt 2 1/2 Millionen und das gesamte Finanzbild sei auch nicht unerfreulich, da sollte man doch endlich dieses Versprechen einlösen, eine Ermäßigung des Gaspreises um 1 Pf. für den Kubikmeter würde für den Stadtbüchel nur etwa 1/2 Million ausmachen. (Zuruf: Rur!) Diese halbe Million könne sehr leicht gewonnen werden, entweder durch Erhöhung der direkten Steuern, oder wenn man das nicht wolle, durch Einsetzung der Wertzuwachssteuer in die Einnahme; vor allem aber sollte man daran denken, eine direkte Wertzuwachssteuer einzuführen, welche durch die vom Reiche eingeführte gar nicht berührt wird. Der Grund und Boden Charlottenburgs sei in den letzten Jahren regelmäßig um weit mehr als 100 Millionen Mark im Werte gestiegen, eine direkte Steuer von nur 1/2 Proz., die in keiner Weise fühlbar ist, gibt also bereits den gewünschten Betrag von 500 000 M. Weiter wies der Redner noch darauf hin, daß trotz mehrjähriger Arbeiten einer gemischten Deputation in dem Etat noch immer kein Kosten zur Unterstützung Arbeitsloser erscheine. Wenn endlich hiermit Ernst gemacht würde, so wird die Summe allerdings so gering sein, daß sie bei dem Millionenetat gar nicht ins Gewicht fällt. Am so mehr sei es nötig, nun endlich bei dieser Frage aus dem Stadium der Verhandlungen herauszukommen.

Der Etat wurde dann einem Ausschuss von 15 Mitgliedern und 15 Ersatzmitgliedern überwiesen, dem von unserer Seite Dr. Vorhardt, Witt, Kild und Vogel angehören.

Auf der Straße angefahren wurde vorgestern der 13jährige Schüler Fritz Schmoldt, Spandauer Str. 14 wohnhaft. Als gegen 7 Uhr abends der Knabe vor dem Schaufenster einer Buchhandlung in der Berliner Straße stand und sich die Anlagen ansah, erhielt er plötzlich einen Schrotschuß, der ihm die rechte Hand verletzte. Als sich der Schüler erschreckt umwandte, versuchte der Schütze, ein 16jähriger Bursche, gerade zum zweiten Male zu schießen. Auf die Hilferufe des Schmoldt ergriff der Täter die Flucht und entkam, obgleich mehrere Passanten keine Verfolgung aufnahmen. Der Verletzte wurde auf der Unfallstation in der Berliner Straße verbunden.

Schöneberg.

Um eine **schnellere Abwicklung des Verkehrs auf der hiesigen Schnellbahn** zu ermöglichen, soll die Zahl der zur Verwendung kommenden Fahrkartenautomaten vermehrt werden, indem zu den bereits aufgestellten Automaten sechs weitere in Betrieb genommen werden sollen. Von diesem erhält der Bahnhof Rollendorfsplatz zwei Automaten für Rückfahrkarten und zwei für einfache Billets, die Station Hauptstraße zwei Automaten für Rückfahrkarten.

Wilmersdorf-Halensee.

Aus der **Stadtverordnetenversammlung**. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der neue Stadtverordnetenvorsteher Dr. Koch mit, daß der Magistrat den Strafantrag zurückgezogen habe, mit dem der frühere Vorsteher wegen der „Schwätzernden Gänse“ bedroht worden ist. Der Stadtverordnete Dr. Leidig rechnet sich zwar stark zu den ordnungsgemäßen Elementen, für die Christentugend des Verzeihens scheint ihm aber das Verständnis abzugeben. In einer Ansprache an die Versammlung konstatierte er, daß er selber nicht das geringste dazu getan habe, daß vom Magistrat der Strafantrag gegen ihn zurückgezogen worden sei. Im Gegenteil lege er Wert darauf, daß die Angelegenheit vor Gericht zum Austrag komme, und zwar weil er durch eideschwur Zeugnis einwandfreier Personen nachzuweisen in der Lage sei, daß das Verhalten des Magistrats ihm seinerzeit ein Recht gegeben habe, sich scharf verurteilend über diese Körperchaft zu äußern. An diesem sowie an dem anderen Nachweis, daß auch der Magistrat gegen den Stadtverordnetenvorsteher sowie gegen seinen Stellvertreter beleidigende Ausdrücke gebraucht habe, hindere ihn das jetzt vom Magistrat betriebene Vorgehen. Nachdem aber der Magistrat den Strafantrag zurückgezogen habe, verlange er vom Oberbürgermeister Habermann einen Nachweis für die von diesem aufgestellte Behauptung, daß die seinerzeit von ihm, Leidig, abgegebene Erklärung nicht den Tatsachen entspreche und daß er die **Öffentlichkeit getäuscht** habe.

Westmüßlicherweise antwortete der Oberbürgermeister Habermann auf diese Herausforderung einzig mit dem Zwischenruf, daß das Wort vom Magistrat nicht verlangt werde, worauf Stadtv. Dr. Leidig meinte, daß die Stadtverordnetenversammlung daraus alle Schlüsse ziehen könne.

In ihrer eigentlichen Tagesordnung hatte sich die Versammlung zunächst mit der Prüfung der Mandate unseres Parteigenossen Riedel und des Demokraten Lazarus zu befassen. Wegen die Wohlbeider Verionen war von konservativer Seite Protest erhoben worden. Während die Versammlung dem Antrage des Woblausschusses entsprechend den gegen Riedel erhobenen Einspruch für hinfällig erklärte und die Wahl bestätigte, kam sie, gleichfalls dem Antrage des Ausschusses entsprechend, zu der Entscheidung, daß die Wahl des Herrn Lazarus ungültig sei.

Eine **Magistratsvorlage**, wonach das Ortsstatut für die städtische Fortbildungsschule in verschiedenen Stücken geändert werden soll, gab unserem Parteigenossen Oskar Riedel Anlaß, der Stadtverordnetenversammlung eine gründliche Reform der Schule zu empfehlen. Er verlangte die völlige Beseitigung des Schulgeldes, das bei Bewährung freier Lernmittel in der Höhe von 6 M. jährlich erhoben wird; auch trat er für die Errichtung einer städtischen Mädchenfortbildungsschule ein. Ebenso wies er auf die Notwendigkeit einer Beseitigung der Karzerstrafe für renitente Schüler hin und empfahl eine Bestimmung, wonach die zeitweilige Befreiung des Schülers vom Unterricht dem Arbeitgeber nach Möglichkeit ersichert werden soll. Für die Aufhebung des Schulgeldes trat auch der Stadtverordnete Dr. Leidig ein, während der Stadtverordnete Pulver gleichfalls auf die Anglosigkeit der Karzerstrafen hinwies. Die Angelegenheit wurde einem besonderen Ausschuss überwiesen, dem auch Riedel angehört.

Zum Schluß stimmte die Versammlung einer **Magistratsvorlage** zu, wonach auf die Stadt ein Pachtvertrag übergeben soll, den der Forstiskus mit dem Berliner Arzt Dr. Engel abgeschlossen hat. Diefem Art ist ein in der Nähe von Dahlem gelegenes Grunewaldgelände von 9,5 Hektar Größe zu sanitären Zwecken überlassen worden. Da der Arzt für das Gelände keine Verwendung hat, will der Magistrat es zu der ursprünglich vereinbarten Jahrespacht von 476 M. übernehmen und darauf eine Heilstätte errichten. Die Pachtbauer läuft bis zum 31. März 1923, jedoch hat der Fiskus sich das Recht vierteljährlicher Kündigung vorbehalten. Es soll aber nach der Versicherung des Stadtrats Steuborn Aussicht auf längere Kündigungsfrist bestehen.

Die gestern ratgefundene **Gemeindevertreterwahl** hatte folgendes Ergebnis: Es wurden Stimmen abgegeben für den konservativen Kandidaten Dertel 288, für den Demokraten Engelmann 189 und für den freisinnigen Kandidaten Veder 68. Es hat demnach Stichwahl stattgefunden zwischen dem konservativen Dertel und dem Demokraten Engelmann.

Steglich.

Unentgeltliche **Seeftsch-Rochkurse** hält im Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung der Deutsche Seeftscherei-Verein in der 6. Gemeindegasse ab. Die Bevölkerung soll dadurch über die zweckmäßigste Form der Zubereitung von Seeftischen aufgeklärt werden. Die Teilnehmer der ersten Mädchenklassen erhalten die Anleitung durch eine besonders dafür vorg. bildete Lehrerin und können unentgeltlich Kostproben mit nach Hause nehmen.

Friedenau.

„Die Aufgaben unserer **Gemeindeverwaltung**“ lautete das Thema, über das am Freitag im „Rheinischlo“ in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung die Genossen Gemeindevertreter Richter und Stadtv. Groger referierten. Richter schilderte in chronologischer Reihenfolge die Stellungnahme unserer Vertreter seit ihrem Einzuge zu den einzelnen Fragen. Er wies überzeugend die Notwendigkeit der Gemeindeverwaltung nach. Groger legte in großen Zügen dar, daß an den für die wertvolle Bevölkerung mifflischen Zuständen in der Gemeinde einzig und allein das infame Dreiklassenwahlrecht die Schuld trage.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne der Referenten. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: In Erwägung, daß die bürgerlichen Vertreter im Gemeindeparlament nur die Interessen der besitzenden Klassen, der Terrainbesitzer und Grundbesitzer vertreten, zum Nachteil des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, in weiterer Erwägung, daß die heutige Mehrheit der Gemeindeverwaltung jeden sozialen und großartigen kommunalen Geist vermissen läßt, erklären die heute im „Rheinischlo“ Versammelten, daß nur die Vertreter der Sozialdemokratie es gewesen sind, welche die Interessen der Privilegierten energisch bekämpften und für die Wahrung allgemeiner Kulturinteressen eintraten. Die Versammelten verpflichten sich — so weit es ihnen möglich ist, dafür zu sorgen — die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter bei den nächsten Wahlen zu vergrößern.

Brit.

Für die **Lehrpersonen an den Volksschulen der Gemeinde Britz** tritt nach dem Beschluß der Gemeindevertretung vom 1. April d. J. folgende Befoldungsordnung in Kraft: Das Grundgehalt beträgt jährlich a) für die Rektoren und Lehrstellen 1400 M.; b) für die wissenschaftlichen Lehrerinnenstellen 1200 M.; c) für die technischen Lehrerinnenstellen 1000 M. Die Befoldung der einstufigen angestellten Lehrer und Lehrerinnen, sowie der Lehrer, die noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienste gestanden haben, beträgt ein Fünftel weniger als das Grundgehalt der betreffenden Schulstellen. Die Alterszulage beträgt: a) für Lehrer in den ersten beiden Stufen je 200 M., in der dritten und vierten je 250 M., in der fünften bis neunten je 300 M. jährlich; b) für Lehrerinnen in den ersten zwei Stufen je 100 M., in den weiteren je 150 M. jährlich. Die Altersentschädigung richtet sich nach dem vom Provinzialrat festgesetzten Tarif und beträgt in Ortsklasse B zurzeit für a) Rektoren 850 M., b) Lehrer 650 M.; und c) wissenschaftliche und technische Lehrerinnen 470 M. Unverheiratete Lehrer ohne eigenen Hausstand erhalten 470 M. und unverheiratete Rektoren ohne eigenen Hausstand 650 M. Altersentschädigung. Zu dem bezeichneten Dienstlohn kommen treten Orts- und Amtszulagen. Die Rektoren und Lehrer erhalten eine mit dem fünften Dienstjahre beginnende pensionsfähige Ortszulage von 250 M., steigend mit der ersten, zweiten und fünften bis neunten Alterszulage um 50 bis 600 M. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen erhalten mit der endgültigen Anstellung eine pensionsfähige Ortszulage von 100 M., steigend mit der ersten und zweiten Alterszulage um je 50 bis 280 M. Laut Anordnung des Kreisfiskusinspektors sollte vom 1. April ab eine Schulparkasse eingerichtet werden. Da zur Verwaltung des Geldes der Gemeinde Ausgaben erwachsen, lehnte die Gemeindevertretung die Einführung einer solchen Kasse ab. Zum Schiedsmann wurde Herr Franz Wegener, Rudower Straße 5, und als Stellvertreter Herr Ernst Böler, Rudower Straße 4, gewählt. Es wurde beschlossen, Schulkaufansprüche sollen an Berlin nicht mehr gestellt werden. Die Wohnung des verstorbenen Rektors Gotti soll zu Schulräumen umgebaut werden. Die Leiter von Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen erhalten eine pensionsfähige Amtszulage von 800 M. jährlich. Die Lehrer an der Hiltsschule erhalten eine nicht pensionsfähige Amtszulage von 200 M. jährlich. Die Schulkommission hat beschlossen, vom 1. April eine sechste Klasse einzurichten, ebenfalls soll die zweimastige Einschulung zu Ostern und Michaelis vom 1. April 1911 ab zur Einführung gelangen. Alsdann wurde zu dem Entwurf eines Zwangsverbandes für Groß-Berlin Stellung genommen. In der Diskussion befürwortete Genosse King die Eingemeindung der Vororte in Berlin. Die hierzu verfaßte Petition wurde einstimmig angenommen. Für die Gemeindegasse in der Bürgerstraße ist an Stelle des verstorbenen Herrn Rektor Gotti Herr Schmolt aus Ober-Schönevide als Rektor von der Schuldeputation gewählt worden.

Zur **Einleitung des Reichstagswahlkampfes** hörte am Dienstag, den 14. Februar, eine für Britz ungewöhnlich stark besuchte öffentliche Versammlung im Wunsch einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Kunert an. Der reiche und lebhaft gefüllte, den der Redner bei Kennzeichnung des Verhaltens der bürgerlichen Parteien entsetzt, bewies, wie sehr er den auch zahlreich vertretenen Frauen aus dem Herzen gesprochen. Um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen, wurde, da sich Wegener nicht zum Worte meldete, von einer Diskussion abgesehen. Genosse Leuthmann forderte noch zu regem Besuch der am 10. März im Landhaus stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung auf.

Mit-Bliesen.

Eine von über 500 Personen besuchte **Volkerversammlung** beschloß sich mit den kommunalen Angelegenheiten des Ortes. Stadtverordneter Genosse Thurow-Rudow verbeichtete sich im allgemeinen über die oft trostlosen Zustände in den Gemeinden. Die Ausführungen des Redners wurden von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen. Der Gemeindevorsteher hatte auf Einladung sein Erscheinen in der Versammlung zugesagt, in letzter Stunde teilte er jedoch mit, daß nachdem ihm bekannt geworden sei, daß die Versammlung polizeilich überwacht werde, er von seinem Erscheinen Abstand nehme. In der Diskussion betonte der bürgerliche Gemeindevorsteher Dr. Herbrandt, daß er in Gegenwart des Gemeindevorstehers die Absicht hatte, verschiedene Mißstände des Ortes zur Sprache zu bringen, das Nichterscheinen desselben hindere ihn jedoch, sein Vorhaben auszuführen, da er nicht hinter dem Rücken des Vorstehers Beschwerden erheben wolle. Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heutige öffentliche Versammlung sämtlicher Einwohner spricht ihre größte Enttäuschung aus, daß der Gemeindevorsteher sowie die bürgerlichen Gemeindevorsteher trotz ihrer Zusage nicht den Mut gehabt haben, in der Versammlung zu erscheinen. Die Versammelten geloben, dahin

zu wirken, daß die Interessentenschaft einzelner Personen beseitigt wird. Sie verpflichten sich, bei der nächsten Wahl zur Gemeindevertretung nur den Kandidaten die Stimme zu geben, die ausschließlich bei der Erfüllung ihrer Aufgabe das Gemeinwohl im Auge haben.

Ober-Schönweide.

Gemeindevertretung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß in der Angelegenheit der Eingemeindung des forstlichen Terrains bei Kobelshof von der Gemeinde Nimmelsburg und dem Eigentümer Radge gegen das Urteil des Bezirksausschusses Beschwerde beim Provinzialrat eingelegt ist; belamitlich erging das Urteil der zweiten Instanz dahin, daß dieses Terrain zu Ober-Schönweide eingemeindet sei. — Beschlossen wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 200 000 M. zur Deckung der Restbaukosten und inneren Einrichtung des Realgymnasiums sowie einer weiteren Anleihe zur Abkündigung einer Hypothek. — Vom Gemeindevorsteher wurde zu dem Gesetzentwurf des Zwangs-zweckverbandes die Abfindung einer Petition an das Abgeordnetenhaus vorgelegt, welche sich einmal für Einbeziehung der Volksschulassen in die vom Verbands gemeinschaftlich zu tragenden Kosten ausdrückt und andererseits die Kosten der vom Verbands zu erwerbenden sogenannten Freiflächen von den interessierten Gemeinden getragen wissen will; das gleiche soll für die Kosten der Regelung der Busstrecken maßgebend sein. Von unseren Genossen wurde den letzteren Punkten widersprochen, da es nicht anständig sei, wenn in dieser Vereinbarung nun wieder die alte Art der Kirchenspolizei entscheiden sollte. Die Mehrheit entschied sich jedoch für die vorgelegene Petition. — Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Frage der Erwerbung des Zugangsweges zum Gemeindefriedhof einschließend eines größeren Vorplatzes. Durch den Ankauf der Bahnhofsfläche durch die Stadt Berlin würde dieses Terrain ebenfalls Eigentum der Stadt werden; es wurde die Befürchtung laut, daß eine Kasierung dieses Zugangsweges eintreten könnte. Von unseren Genossen sowie einigen bürgerlichen Vertretern wurde dieser Ansicht widersprochen; trotzdem beschloß die Vertretung den Ankauf in Begleitung. Die Aufwendungen dafür dürften 5 bis 8000 Mark betragen. — Der von der Vertretung vor kurzem gefaßte Beschluß, die Schaffung einer Obersekundarklasse am Realgymnasium vorläufig zurückzustellen, hat es einer Etage besserer gestellter Einwohner angetan. Dieselbe hat eine Petition an das Kultusministerium gerichtet. Als Erfolg dieser einflussreichen Agitation ist eine Verfügung ergangen, welche gegen den Willen der Mehrheit die Schaffung der Klasse erzwingt. Von der Mehrheit der Vertreter, einschließend des Gemeindevorstehers, wurde dieser Eingriff in das Selbstverwaltungsgewalt der Gemeinde einer gebührenden Kritik unterzogen und beschloß, vorläufig nichts zu unternehmen. Die Zukunft wird allerdings lehren, ob nicht etwa ähnlich wie bei Schaffung der katholischen Schule in diesem Stadium die Opposition absterben wird. — Bei Neuregelung des Vertrages betreffend Gelpansstellung für die Feuerwehr wurde die baldige Erwerbung eines Automobils für den Einsatz geteilt. — Die Beratung des Etats für 1911 wurde in eine Kommission verwiesen, der auch die Genossen Nutz und Grunow angehören.

Sichtenberg.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstagnachmittag vor dem Hause Grünberger Str. 7. Dort lief die sechs-jährige Lieschen Henfelder, Gärtnerstr. 84 bei ihren Eltern wohnhaft, unmittelbar vor einem Geschäftswagen der Firma Karl Schulz, Krossener Str. 84 wohnhaft, über den Fahrdamm, wurde jedoch von dem Pferd umgerissen und geriet unter das Fuhrwerk, dessen Räder über das Kind hinweggingen. Das Mädchen, das sehr schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und von dort aus in die elterliche Wohnung geschafft.

Pankow.

Die Gemeindevertretung am Dienstag beschäftigte sich unter anderem mit der Feststellung der Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1909. Aus dem gegebenen Bericht ging hervor, daß das Rechnungsjahr 1909 gegen die vorausgesetzten ein günstigeres Wirtschaftsergebnis aufzuweisen hatte. Es betragen die Einnahmen 2 364 368 M., denen eine Ausgabe von 2 254 817 M. gegenübersteht, so daß sich ein Ueberschuß von 109 551 M. ergibt. Unter einer Reihe zum Teil recht absonderlicher Hinweise, worin die Rechnungsprüfungskommission dem Gemeindevorstand Sparsamkeit anempfehlen zu sollen glaubte, befand sich auch der Wunsch, daß in den Wintermonaten auf dem Gute Wahlenbed in Zukunft nicht, wie geschehen, Alfordarbeiter Verwendung finden, sondern diese Arbeiten den ständigen Arbeitern übertragen werden sollten. Eine Erklärung, wie man dies durchzuführen gedenkt, wurde leider nicht gegeben. Da aber anzunehmen ist, daß auch auf dem Gute Wahlenbed die Tagelöhner ihre Arbeitszeit nicht mit Nichtstun verbringen, so ist der Wunsch nicht recht verständlich; es müßte denn sein, daß die doch sicherlich notwendige Arbeit der Alfordarbeiter den Tagelöhnern noch nebenbei mit aufgegeben werden soll. In der ausgedehnten Debatte bezeichnete der bürgerliche Vertreter Rechnungsrat Valzer das vorliegende günstige Resultat als ein durch künstliche Staatsaufstellung vorgetauschtes, indem zur Besanzerung des Etats für 1909 Mittel aus Ausgleichsfonds Verwendung gefunden hätten. Er bedauere, daß er gezwungen sei, dies in öffentlicher Sitzung feststellen zu müssen; er hätte es für zweckmäßiger gehalten, wenn ihm in nichtöffentlicher Sitzung zu seiner Kritik Gelegenheit gegeben worden wäre. Bürgermeister K u h r wies demgegenüber nach, daß im Jahre 1909 bei Aufstellung des Etats korrekt und in allgemein üblicher Weise verfahren worden sei und betonte im übrigen, daß er im Gegensatz zu Herrn Valzer der Auffassung sei, daß sowohl die Gemeindeverwaltung wie auch

die Bürgerschaft ein lebhaftes Interesse daran habe, daß über die Wirtschaftsverwaltung der Gemeinde in breiterer Öffentlichkeit verhandelt werde. Nachdem noch eine Reihe von Vertretern den Standpunkt des Bürgermeisters vertreten und Herrn Valzer heimgeleuchtet hatten, erteilte die Vertretung den Rechnungslägern Entlastung. — Da nunmehr die Verhandlungen mit den Nachbargemeinden Nieder-Schönhausen und Heinersdorf — Französisch-Buchholz hat bekanntlich keine Beteiligung abgelehnt — wegen Ausbringung einer Garantiesumme zwecks Anschlusses der Fernsprechstellen an das allgemeine Nachverbindungsnetz abgeschlossen sind, stimmte die Vertretung dem Ansuchen des Gemeindevorstandes zu, die erforderlichen Mittel (annähernd 2000 M.) in den Etat für 1911 einzustellen. — Die Lehrer an den 6 Hilfsklassen hatten sich an die Gemeindevertretung mit einem Gesuch gewandt, die ihnen gewährte Stelvenzulage von 300 M. in eine pensionsfähige Amtszulage umzuwandeln. Die Finanzkommission schlug dem Plenum vor, dem Gesuch insoweit stattzugeben, die Zulagen nach fünfjähriger Dienstzeit an den Hilfsklassen in pensionsfähige umzuwandeln. Von unseren Genossen wurde die Umwandlung schon nach dreijähriger Dienstzeit befürwortet. Nachdem auch noch von einer Seite für die sofortige Umwandlung plädiert worden, beschloß die Vertretung die Umwandlung nach dreijähriger Dienstzeit. — Eine Zeitungsmeldung hatte den Pankower Wasserdruck als unzureichend bezeichnet und weiter behauptet, daß auch nach Inbetriebnahme des neuen Wasserwerkes hierin nur wenig Besserung zu erwarten sei, was im Falle von Feuergefahr verhängnisvoll werden könnte. Da dieser Meldung die Zeitung der hiesigen Feuerwehr nahe steht und dadurch Beunruhigung in der Bürgerschaft hervorgerufen werden konnte, wurde die Sache zwecks öffentlicher Klarstellung aus der Mitte der Vertretung zur Sprache gebracht. Tiefbaumeister Seeger bezeichnete diese Meldung als völlig unzutreffend. Es läge zur Beunruhigung kein Grund vor, da der derzeitige Pankower Wasserdruck gegenüber dem des Berliner Wassers ein größerer sei. Während das Berliner Wasser einen Druck von 27-30 Meter über dem Strahmiveau besäße, habe das Pankower Wasser einen solchen von 36 Meter. Für das neue Wasserwerk würden sich außerdem diese Verhältnisse noch günstiger gestalten. — Hierauf geheime Sitzung.

Zur Stadtwerdung Pankows haben wir bereits über den Beschluß der Pankower Gemeindevertretung berichtet. Hierzu wird noch mitgeteilt, daß man eine baldige Stadtwerdung nach anderem Wege zu erreichen hofft. Es soll nämlich auf eine Verschmelzung Pankows mit der Nachbargemeinde Nieder-Schönhausen hingewirkt werden, wodurch neben den vielen sonstigen Vorteilen für beide Gemeinden auch die erforderliche Einwohnerzahl für die Stadtwerdung sofort gegeben wäre. Bis hierher allerdings dahingehende Verhandlungen bei Nieder-Schönhausen auf Widerstand gestoßen. Zurzeit soll jedoch auch in Nieder-Schönhausen die Stimmung für eine Verschmelzung eine günstigere geworden sein, so daß bei den neuerdings zu führenden Verhandlungen eine Einigung zu erwarten steht.

Birkenwerder.

Durch Urteil des Kreisaußschusses vom 15. d. Mts. sind die im März 1910 erfolgten Gemeindevertreterswahlen in der dritten Abteilung für ungültig, in der zweiten dagegen für gültig erklärt worden. Gewählt wurde vor einem Jahre in der zweiten Abteilung der Zimmermeister Adolf Thiele mit 30 gegen 22 Stimmen. Falls die Gegner desselben von der doch aussichtslosen Verfassung an den Bezirksausschuß Abstand nehmen, zieht er demnächst als Gemeindevorsteher in unser Dorfparlament ein. In der dritten Abteilung wird die vorjährige Wahl vermutlich bald wiederholt werden, und der gräßliche Unfug mit den Fordererwählungen kann eine neue Auflage erfahren. Unsere Genossen hoffen trotzdem, unsere Kandidaten diesmal durchzubringen.

Friedrichsthal bei Dranienburg.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung sprach am Sonntag die Genossin Regina Friedländer über „Die Rechte der Frauen in der heutigen Gesellschaft“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Genosse Sämann kurz auf die große Lücke hin, die durch den Tod des Genossen Singer in der Partei entstanden ist. Hierauf hielt die Genossin Friedländer ihren äußerst wirkungsvollen Vortrag. Dieselbe wandte sich besonders an die anwesenden Frauen, indem sie auf die oft geradezu infame Ausbeutung, welcher die Frauen im Wirtschaftsleben ausgesetzt sind, hinwies. Daher sei es notwendig, daß nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen die Pflicht haben, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, da sie ja auch besonders unter der heutigen Wirtschaftspolitik zu leiden haben. Mit den Worten: Haben wir die Frauen gewonnen, so haben wir auch die Jugend gewonnen, schloß die Vortragende ihren mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrag. Sieben neue Mitglieder wurden für den Wahlverein gewonnen.

Potsdam.

Ein Kommunalsteuerausgleich von 110 Proz. soll auch im neuen Etatsjahr zur Erhebung gelangen. Die großen Projekte: Luftschiffstation, Neubau eines Rathauses, die Höhenprachtstraße in der Rauener Vorstadt, der Bau einer neuen Havelbrücke und die Eingemeindungfrage wird nur teilweise im nächsten Jahre ihre Erledigung finden können. Bei den beiden ersten Projekten häufen sich bereits die Schwierigkeiten. Während der Magistrat den völligen Neubau eines Rathauses an anderer Stelle der Stadt anstrebt, hat sich die eingesezte Stadtvorordnetenkommission für einen Erweiterungsbau des jetzigen Rathauses erklärt, zu welchem Zwecke seit Jahren sämtliche angrenzenden Grundstücke angekauft worden sind. Für die Luftschiffstation sind die Grundstücksankäufe mit den Privatbesitzern bereits perfekt. Die Regierung dagegen macht für den ihr gehörigen Teil der Fläche

hohe Schwierigkeiten, indem sie jetzt eine Erhöhung des Bereichs früher vereinbarten Grundstückspreises fordert. Die Forderung ist so ungeheuerlich, daß sie das ganze Projekt mit 1 Million Mark mehr belastet.

Gerichts-Zeitung.

Um die Erziehung der Kinder bei Mischhen

handelte es sich in einem Strafverfahren gegen den Klempner Rasch in Münster. Rasch ist evangelisch, seine Frau katholisch. Im Einverständnis beider Eltern sind die Kinder katholisch getauft und erzogen. Als nun eine schulpflichtige Tochter nach dem Willen der Eltern in die katholische Volksschule St. Mauritz kommen sollte, wurde der Vater darauf hingewiesen, daß das Kind nur in der Schule verbleiben könnte, wenn eine schriftliche Erklärung vor dem Richter, Notar oder Oberbürgermeister abgegeben werde, daß die Eltern abweichend von den Vorschriften des § 76, Teil 2, Titel 12 des Allgemeinen Landrechts das Kind nicht in der evangelischen Religion des Vaters, sondern in der katholischen Religion der Mutter erziehen lassen wollten. A. hielt sich nicht für verpflichtet, solche Bescheinigung abzugeben. Das Kind wurde darauf aus der katholischen Schule verwiesen. Die Schulbehörde berief sich auf eine Verfügung der Regierung in Münster, wonach eine derartige Erklärung vor dem Richter, Notar oder Oberbürgermeister abzugeben sei, damit nachträglich nicht Streitigkeiten über den fraglichen Entschluß der Eltern entstünden.

Weil nun A. das Kind nicht in die evangelische Schule schickte, so es wegen des evangelischen Vaters ohne eine entgegengesetzte Einigung der Eltern hingehört hätte, so wurde er wegen unberechtigter Schulverweigerung seines Kindes angeklagt.

Die Strafkammer in Münster verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht hat jedoch dieser Tage das Urteil auf und sprach ihn mit folgender Begründung frei: Die Verordnung der Regierung zu Münster wolle möglichsie Klarheit schaffen in Fällen, wo Eltern verschiedener Religion aus dem Recht aus § 76, Teil 2, Titel 12, des Allgemeinen Landrechts Gebrauch machten und sich über die religiöse Erziehung der Kinder abweichend von § 76, Teil 2, Titel 12 des Allgemeinen Landrechts einigten, wie im vorliegenden Falle. Nach dem § 76 habe aber, wenn eine solche Einigung erfolgt sei, kein Dritter hineinzureden. Eine Verschärfung des Allgemeinen Landrechts könne natürlich die Verordnung der Regierung zu Münster nicht herbeiführen. Da die Eltern schon lange einig waren, daß ihre Kinder katholisch erzogen werden sollten, auf der andern Seite aber nur nachlässige Eltern wegen Schulverweigerung bestraft werden könnten (Allgemeines Landrecht), so könne der Angeklagte nicht bestraft werden, weil er die Tochter nach der Anweisung aus der katholischen Schule nicht in die evangelische Schule schickte.

Nun müßte eigentlich die kgl. Regierung zu Münster als intellektuelle Urheberin der versagten Teilnahme am Unterricht angeklagt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Von der deutschen Politik. — Nationalismus und Sozialismus. Von A. Kautsk. (Schluß). — Die Beamten in der Politik. Von Franz Mühs. — Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften. Von August Winnig. — Eine neue Handlungsgehilfenbewegung? Von Richard Woldt. — Literarische Rundschau: La Politique budgétaire en Europe. Von M. N. — Zeitungskritik.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchverleger und Kolportage zum Preise von 0,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Neublatte für Holzarbeiter. Heft 2. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin O. 2. 60 Pf.

Briefe aus dem Normark. Eine Sammlung von Dr. D. Wittner. 540 S. H. G. Galos (H. Lerche), Prag.

Der liebe Pfad. Drama von Ossip Dymov. 2 M. C. Bloch, Berlin O. 2.

Kritischer Marktbericht der Reichlichen Reichs-Bureau-Direktion über den Großhandel in den Zentral- und Provinzial-Handelsplätzen. Reich: Zulieferer, Geschäft ruhig, Preise für Rindfleisch nachgebend, für Schweinefleisch ansehend, sonst unbeeinträchtigt. S. 13: Zulieferer mäßig, Geschäft reger, Preise beschleunigt. S. 14: Zulieferer mäßig, in Hühnern reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unbeeinträchtigt. S. 15: Zulieferer etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise weiter nachgebend. S. 16: Zulieferer mäßig, Geschäft ruhig, Preise für Butter ansehend. S. 17: Zulieferer mäßig, Geschäft nicht lebhaft, in Blumenkohl knapp, Geschäft schleppend, Preise kaum zu behaupten.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 2.		am 14. 2.	
	15. 2.	14. 2.	15. 2.	14. 2.
Regel, Müritzersee	226 ¹	+8	226 ¹	0
Weiße, Havel	129 ¹	+2	129 ¹	+2
Oder, Rathenow	132 ¹	+13	132 ¹	+2
Elbe, Magdeburg	169 ¹	-7	169 ¹	-1
Elbe, Lützenburg	188 ¹	-11	188 ¹	-7
Elbe, Wittenberg	96 ¹	-4	96 ¹	+4
Elbe, Wittenberg	8 ¹	-2	8 ¹	0
Elbe, Wittenberg	15 ¹	+4	15 ¹	-1
Elbe, Wittenberg	16 ¹	-1	16 ¹	-2
Elbe, Wittenberg	-104	+10	-104	+10
Elbe, Wittenberg	160 ¹	-6	160 ¹	+2
Elbe, Wittenberg	183 ¹	-8	183 ¹	+4

¹) + bedeutet Hoch, - Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisstand. — ⁴) Eisbrechung. — ⁵) Eisstreifen.

Eine Klassiker-Bibliothek für die „Vorwärts“!

Meisterwerke deutscher Klassiker für Schule und Heim.

- | | |
|--|---|
| Chamisso, 1 Bd., eingel. v. Stadtschulinspektor Dr. A. Reimann, Berlin, 423 S., M. 1,15 | Kleist, 1 Bd., eingel. von Prof. Dr. W. Deetjen, Hannover, 400 Seiten, M. 1,15 |
| Goethe, 3 Bde., eingel. von Geh. Rat Prof. Dr. Ludw. Geiger, Berlin, 1300 Seiten M. 3,25 | Körner, 1 Bd., eingel. von Rektor P. Hoche, Wriezen, 228 Seiten, M. 1,15 |
| Grillparzer, 1 Bd., eingel. v. Rektor H. Schöps, Stolz, 315 Seiten, M. 1,15 | Lenau, 1 Bd., eingel. von Dr. Otto Franz Genschel, Berlin, 461 Seiten, M. 1,15 |
| Hauff, 1 Bd., eingel. von Dr. Max Mendheim, Leipzig, 783 Seiten, M. 1,50 | Lessing, 1 Bd., eingel. von Dr. Ludw. Holthoff, Stuttgart, 421 Seiten, M. 1,15 |
| Hebbel, 1 Bd., eingel. v. Prof. Dr. Rob. Petsch, Heidelberg, 432 Seiten, M. 1,15 | Schiller, 2 Bde., eingel. v. Direkt. Dr. H. Jantzen, Königsberg, 1251 Seiten, M. 2,50 |
| Heine, 1 Bd., eingel. von Hermann Kienzl, Berlin 636 Seiten, M. 1,25 | Uhland, 1 Bd., eingel. von Prof. Dr. L. Fränkel, München, 402 Seiten, M. 1,15 |

Alle 15 Bände zusammen 15 Mark franko!

Vollständig neue Ausgaben in hervorragender Ausstattung herausgegeben, um jedem Deutschen die Anschaffung unserer klassischen Dichtungen zu ermöglichen.

Die deutsche Jugend findet in unseren Klassikern die geistige Führung, das deutsche Volk geistfördernde Lektüre. Schenkt eure Kinder unsere Klassikerbände, kauft für eure Hausbibliothek die ganze Sammlung „Meisterwerke deutscher Klassiker“. Diese herrliche, 15 Bände umfassende, Sammlung bietet das Schönste und Wandervollste, was deutscher Geist je erschaffen und erschonen hat. Eine Reihe hervorragender Gelehrter und Schulmänner hat uns bei dieser, bezüglich der Ausstattung und Billigkeit, wohl einzig dastehenden Kollektion unterstützt, die mit ihrem Gesamtpreis von M. 15,— für die ganze Sammlung für jeden auch den bescheidensten Geldbeutel erschwingbar ist. Besitzen eure Kinder erst diesen prächtigen Schatz, dann werden sie auch aus ihm schöpfen, ihn lesen und studieren und dadurch emporgetragen werden zum Edlen, Guten, Wahren. Wer tagsüber angestrengt arbeitet, findet am Abend keine edlere Erhebung und Erfrischung, als eine gediegene, geistfördernde Lektüre. In jedem deutschen Hause, in jeder Familie müssen die Meisterwerke unserer klassischen Dichter als ein kostbarer, für jeden zugänglicher Hausschatz vorhanden sein.

Gutes weißes Papier! Schöner deutlicher Druck! Elegante reinleinene Einbände!

Ausschneiden und einsenden!

Legitimationschein für die Leser des „Vorwärts“.

An den Humboldt Verlag G. m. b. H. Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit unter Nachnahme:

Gesamt-Sammlung 15 Bände franko M. 15,—

- Einzelne Bände und zwar:
- | | | |
|-------------|--------|------|
| Chamisso | 1 Bd. | 1,15 |
| Goethe | 3 Bde. | 3,25 |
| Grillparzer | 1 Bd. | 1,15 |
| Hauff | 1 Bd. | 1,50 |
| Hebbel | 1 Bd. | 1,15 |
| Heine | 1 Bd. | 1,25 |
| Kleist | 1 Bd. | 1,15 |
| Körner | 1 Bd. | 1,15 |
| Lenau | 1 Bd. | 1,15 |
| Lessing | 1 Bd. | 1,15 |
| Schiller | 2 Bde. | 2,50 |
| Uhland | 1 Bd. | 1,15 |

(Ueber 5 M. franko.)

Name
Stand
Wohnung

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 18. Februar,
in den festlich dekorierten Sälen der Brauerei Friedrichshain, am Königstor:
Großer Wiener Maskenball
3 Musikkapellen. — Die neuesten Vorführungen.
Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde u. Bekannte sind hiermit freudl. eingeladen.
Einlaßkarten a 50 Pf. (Kinder unter 14 Jahren sind frei) sind in den Bezirkslokalen sowie im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen. Der Vorstand.

Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit

Jedes Paar
- Damen - oder Herren - Stiefel - ohne Ausnahme - ohne Ausnahmepreis

„Propago“
Schuh-Sport Marke
Gesetzl. geschützt
Alleinverkauf für ganz Deutschland

6 75 Mk.

„Schuh-Sport“
Versand nach auswärts unter Nachnahme!

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Erstklassige Herrengarderobe
nur nach Maß
anerkannt best. Ausführung, garantiert tadelloser Sitz, liefert an Herrn in bester Position auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wöchentlich 2,50 M.

Martin Katz,
Schneidermeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.

ZOMAROM

Bouillon-Würfel
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadenstraße 8.
Generalvertreter: **Alfred Hirsch, Berlin W. 30,**
Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

Knaben-Mode

Beginn morgen.

Ausnahme-Angebote
Tausender moderner
Knaben-Anzüge
bedeutend unter sonstigen Preisen

Man beachte das morgige Inserat!

Baer-Sohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Preis-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Crdng. Tor. Etag. 3rd, Gebrodt 1,50, Hoje 1,00, Wette 50 Pf.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparatur sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 65. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stielengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vormärzliefer erhalten für Prozent Extrarabatt, selbst bei Gegenüberstellungen.

Teppich-Thomas, Drapen- straße 160, Drapenplatz; Rosen- thalerstraße 54. 2005R*

Wilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Bohm, Godelscher Markt 4, Bahnhof Biele. Liefer des „Bismarck“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Germanienhaus a. Wandblei- haus. Elanendbillige Nachahmungen. Dekorations- u. Herrenpolster. Herrenböden. Extrahluger Betten- verkauf. Bücherverkauf. Teppich- verkauf. Gardinendekoration. Stepp- decken. Tischdecken. Nischenaus- wahl. Schmuckgegenstände. Ledermöbel. Wanduhren. Besteckhalter. Einlauf- quelle. Wandbleihaus Germania, Unter den Linden 21. 1764R*

Teppiche (Gardinen), Stepp- decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch- stoffe, Spottdrucke, Gardinen, Mauerhose, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vormärzlieferer 90 Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Ultraleichte Nähmaschinen ohne An- zahlung, gebraucht spottdrucke! Sto- ßerstraße 99, Barthsamerstraße 67. *

Simultane Steppdecken 4,15 (Eidenerjah). Wolllas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, granfarbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. In- ventar-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lebere, Drapenstraße 158. *

Inventar-Ausnahmepreise nur kurze Zeit. Extrarabatt gratis und franco. Teppichhaus Emil Lebere, Drapenstraße 158. 1995R*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut aus- gestattet, circa 200 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Beleuchtungsband. Gas- lampen 7,50, Gasweilochlöcher 3,20. Bismarckstraße 92, 1205

Verkauf des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut aus- gestattet, circa 200 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Beleuchtungsband. Gas- lampen 7,50, Gasweilochlöcher 3,20. Bismarckstraße 92, 1205

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2.— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Wanduhren, dreiflämrig 4,50, Bronzewanduhren 7,50, Gaswanduhren 7,00, Gasuhren 1,40, Gaswanduhren 0,65. Teilzahlungen gestattet. Kronen- lager Große Frankfurterstraße 92; Billale Ravenstraße 8. 1301R*

Monatanzüge und Winter- paletots von 5 Mark sowie Damen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fortalente Figuren. Neue Garderobe zu sonnend- bligen Preisen, aus Wandbleih ver- fabrene Sachen kauft man am billigsten bei Rah, Wulffstraße 14.

Lambournermaschinen Hote- meder, alleiniger Fabrikant Ger- mann, Gollnowstraße 26. Dreife- billig, Abzahlung gütlich. 2050R*

Vorjährige elegante Gehrock- anzüge, Pradanzüge und Smoking- anzüge aus feinsten Stoffen enorm billig. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 1764R*

Solofrone, dreiflämrig, 12 bis 30,00, Speisezimmer 10—40,00, Wohn- zimmer, Beisitzplatz zu halben Preisen verhuftlich. Fabrikgebäude Kollnerstraße 11/12. Sonntags ge- öffnet. 2111R*

Wanduhren und Kinderbetten, Bettstätten, allerbilligste Teilzahlung. Weihenburgerstraße 3, Kolthuber- damm 90. 2045R*

Damenhemden mit handgezierter Kasse 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalhemden, Kcheiterhemden (sowie elegante Reifemuster bis zur Hälfte des Wertes. Bismarckstr. Salomonstr., Dirschstr. 21, Alexanderplatz.

Teppiche, Wolldecken, Kassetten, Gardinen, Steppdecken, Kassetten, Tischdecken, Kassetten, Wanddecken, spottdrucke! Admissionsverkauf. Pots- damerstraße 109, Teppichhaus Kronen- lager. Vormärzlieferer Extrarabatt. *

Glossen zu Joes Capots und Sigismund Lacroy. Die wahre Ge- schichte des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Billigste Bezugsquelle für Zigareten an Resta ature in der Preisliste von 25—50 Mark hat stets abzugeben Zigareten-Fabrik-Lager S. Lorenzstr. 40, Amt I, 4558.

Glossen zu Joes Capots und Sigismund Lacroy. Die wahre Ge- schichte des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Verantwortlicher Redakteur: **Bischoff** Berlin. Für den

Inventarverkauf zu Spottpreisen.

Teppiche, Gardinen, jetzt fabel- haft billig. Nischen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik; billiger wie überall. Vormärzlieferer noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Gardinen, Fenster 1,55, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 ulm.

Totalverkauf von an- geschmuyten Gardinen, Stores, Bett- decken sonnend billig. Große Frank- furterstraße 125.

Tuch- und Wollportieren, Gar- niture 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabrik-Lager Große Frankfurter- straße 125.

Steppdecken billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Wollportieren mit feinen Mustern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbel-Fabrik. 2126R*

Wenig getragene Anzüge, Sommer- paletots, Mäntel, Reifemäntel (Gehrock- anzüge aus (schweiz), Konstru- anzüge, Wollportieren, Damenkleider aus besseren Stoffen (spottdrucke) Weiß, Wollportieren 67 L. Jagdgelb verguldet. Keine Rabattpreise. 2126R*

Wanduhren, Tischuhren, Ketten, Schmuck, Armabänder (spottdrucke) Leihhaus Oden, Königbergerstraße 19. 2118R*

Kanarienvögel, kleine Silberfische, Seezäpfer 8,00, Buchstaben 2,00, Weinmeisterstraße 4, Seitenstraße.

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, 6 Jahre be- stehend, billig zu verkaufen. Tagel, Brunnenstraße 42. 1605

Commerzial, Vorort, San, Dähne, großer Garten, See, 2 Regal- bahnen, erforderlich 4000 Mark, zu verkaufen. Näheres Kolonnenstraße 47, Restaurant. 1685*

Möbel.

Möbel-Rechner, Baumstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungsbe- rätungen auf Kredit und gegen Bar. Nischen-Auswahl. Stube und Küche Auszahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Auszahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen, Böden, Konstru- oder vierjährige Raten nach Ueber- einkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Anzeigens erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirksamkeit und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Krellmann u. Co., Kopen- straße 4, Schleißer Bahnhof. 1951R*

Rufbaummöbel, zwei Zimmer, elegante Tischgarnitur, Küchensattel, Teppich, Kronen, Silber, umhän- delbar sehr billig an Privatleute. Weinmeisterstraße 2 I. 247

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35.—, Holz, Blumen- straße 36b. 2108R*

Planino, hohes, goldgraviert, 120.— (Teilzahlung). Handr, Turn- straße 8 I. 2230*

Planino jeder Holzart, in jeder Preislage, über 100 zur Auswahl. Patentzahlung, auch ohne Anzahlung. Hofmannsabrik Rantzen, Pots- damerstraße 27b. Stets gebrauchte Instrumente auf Lager. Billige neue Planinos 400.— an. 1617*

Grammophon nebst Platten ver- kauft billig Paul Behrendt, Sülze- straße 20a. 210

Kunststoffserei von Frau Kolosty Schlichtenler, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Göttinger- straße 81. 1953R*

Patentanwalt Weigel, Göttinger- straße 21a.

Kupfer, Messing, Blattgold, Silber, Goldschmelze Nipper Adeniderstraße 20a (gegenüber Kon- stanzstraße). 2068R*

Schmiederei, Wlatna, Brunnengold, Silber, Edelsteine, Goldschmelze, Werner, Vappellasse 3. 1944R*

Wanduhren Frau Koberl, Köpenick, Wollenerstraße 21, wohnt Horstzeit Weimische, Weimische, vier Handuhren, vier Taschenuhren 0,10. Lieferung und Abholung Sonntag. *

Wanduhren Frau Koberl, Köpenick, Wollenerstraße 21, wohnt Horstzeit Weimische, Weimische, vier Handuhren 0,10. Lieferung täglich. 24/11

Wäsche wird sauber gewaschen, gestrichelt, Latex, Leibwäsche, vier Handuhren 0,10. Abholung Sonntag- abends. Frau Berta Schulz, Köpenick, Wollenerstraße 1 II. 204/10

Goldschmelze, Nischenbisse (Zahn bis 70 Pfennig) kauft Antiquitäten-Geschäft, Kollnerstraße 14, Moabit. 24/6

Ehrenerklerung. Die ausge- sene Beleidigung gegen Frau Himmels, Prenzlauer Allee 40, nehme hiermit zurück. Frau Steffen, Prenz- lauer Allee 40. 2105R*

Musik.

Restaurant mit Wohnung, Vereins- stimmung, Jagdhütte, Kletter Betrieb, zu vernünftigen Schillingen 15/16. *

Wohnungen.

Schöne Wohnungen im Hinter- hause, 2 Stuben und 1 Stube und Küche, sauber, trocken, zum 1. April preiswert zu vermieten. Damm- straße 15 beim Birt. 2113R*

Schillerpark. Billigste Kleinwoh- nungen Türkenstraße 17. 2124R*

Marxlinstraße 12 II, an der Blumenstraße, 3 Zimmer und Küche zu vermieten 1. April, auch früher, sodass zur Schulerei oder anderen Geschäften. 1645*

Pantstraße 57, an Badstraße, Blumenpark, 1 Zimmer, Küche 20.— an. 1653R*

Mietsgesuche.

Parteilose sucht möblierte Schlafstelle allein, Nähe Vorzeiler- straße. Offerten mit Preisangabe an Expedition Spandau. 2122R*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Rechenempfehlung, 28 Jahre, sucht Stellung als Kassier, Bureau- diener, Kasseier. Offerten unter A. N. 161, Postamt 26. 1675

Stellenangebote.

Rechenempfehlung für jedermann. Auskunft kostenlos. Hermann Wolf, Wulffstr. 30. 2006R*

Handreinigung vergibt 1. März, Grünauerstraße 3. 1625

Metallbrüder - Rehring, groß, kräftig, bei höchstem Kostgeld von Kronenfabrik gesucht. Entgeltliche Ausbildung zugesichert. Gefällige Offerten M. I. Expedition, Linden- straße 69. 2124

Wäsche Knopfnählerin und Kostennählerin für dauernde Arbeit. Kleiderfabrik, Wollstraße 11/12, Auf- gang 7. 1615

Künstliche Blumen, Schmuck gegen monatliche Vergütung von zwanzig Mark gesucht. Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 1585*

Künstliche Blumen, Erdbeeren und Kleberinnen, nur im Hause, sucht Schindelhauer, Alte Jakobstr. 156. *

Wärmehäuser, von großer Wärmehäuser, bei sofortiger Lohn gesucht. Rage, Köpenickerstraße 152. 1605

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wichtig! Wichtige!
Mühlen- und Guttmacher!
Geipert für Mühlen- und Guttmacher die Firma S. Gärner u. Co., Marktstr. 50. 102/28
Deutscher Kürschnerverband, Billale Berlin.
Zentralverband der Guttmacher, Billale Berlin.